



Erinnern!

Aufgabe, Chance, Herausforderung.

1 | 2023



STIFTUNG GEDENKSTÄTTEN SACHSEN-ANHALT

1933

1945

1989

Editorial	1
<hr/>	
Holocaust und Kolonialismus – ein neuer Historikerstreit?	
Frank Bajohr	3
<hr/>	
Ein Gedenkort entsteht.	
Recherchen zu den Opfern der „Euthanasie“ in Neinstedt	
Reinhard Neumann	14
<hr/>	
„Den Zahlen einen Namen geben“	
Interview von Dr. Nicolas Bertrand mit Stine Albrecht	
zum neuen Gedenkort in Neinstedt	
Nicolas Bertrand	23
<hr/>	
Ankerpunkte der Erinnerung:	
Der Zweite Weltkrieg in Erinnerungskulturen	
Deutschlands und des östlichen Europas	
Katja Makhotina	28
<hr/>	
Bestattung von Zwangsarbeiter*innen	
auf dem Gertraudenfriedhof in Halle (Saale)	
Shania Timpe	44
<hr/>	
„Restitution als Gründungsakt“. Keynote zu	
70 Jahre Luxemburger Abkommen	
Dan Diner	59
<hr/>	
Rede von Kulturstaatssekretär Dr. Sebastian Putz	
anlässlich der „Tage der Begegnung“ in der Gedenkstätte	
für die Opfer des KZ Langenstein-Zwieberge am 16. April 2023	
Sebastian Putz	64
<hr/>	

**Wie der Jüdische Friedhof in Bernburg
seine Würde wiedererlangte**

Joachim Grossert

69

Aus der Arbeit der Gedenkstätte

„Bildsprache – Fotografie und Worte“

Gesine Daifi

78

**Willkommen und Abschied. Leitungswechsel in der
Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge**

Kai Langer

81

Investigating History.

**Ein bilaterales social media Geschichtsprojekt zum Thema:
Die Befreiung des Konzentrationslagers Langenstein-Zwieberge**

Tina Kröger

84

**Erinnerungen in neuer Gestalt. Ein Erfahrungsbericht
zum Projekt „Motion Comics als Erinnerungsarbeit“**

Lisa Hölscher / Felix Ludwig

87

**Rezension „Unter Deutschen. Zwangsarbeit im NS-Staat“.
3-teilige Dokumentationsreihe von Matthias Schmidt**

Gero Fedtke

95

Liebe Leserinnen und Leser,

unser aktuelles „Erinnern!“-Heft bietet ein breitgefächertes Spektrum an Themen zu erinnerungskulturellen Diskursen, historischen Jubiläen sowie Beispielen der Gedenk- und Bildungsarbeit aus Sachsen-Anhalt.

In der aktuellen Kolonialismus-Debatte, die manche bereits als „Historikerstreit 2.0“ bezeichnen, monieren Anhängerinnen und Anhänger postkolonialer Theorien, die Perspektive der deutschen Erinnerungskultur sei zu sehr auf den Holocaust verengt, während sie die weltweiten Verbrechen der europäischen Kolonialmächte ignoriere. Im Kern geht es um die Frage, ob der Holocaust weiterhin als singulär zu betrachten ist, oder ob nicht eher die Kontinuitäten zwischen Kolonialismus und Holocaust betont werden müssten. Frank Bajohr, wissenschaftlicher Leiter des Zentrums für Holocaust-Studien am Institut für Zeitgeschichte München, setzt sich mit den Argumenten beider Seiten auseinander. Er kritisiert den teilweise schrillen Ton der Debatte, verweist aber auf legitime erinnerungskulturelle Anliegen beider Seiten, die sich keinesfalls ausschließen. Sein Fazit: „Erweiterungen der deutschen Erinnerungskultur sind sinnvoll, Forderungen nach ihrer totalen Generalrevision nicht.“

Katja Makhotina, Osteuropahistorikerin an der Universität Bonn, verweist auf andere Leerstellen der Erinnerungskultur. Die jüngsten Ergebnisse demoskopischer Studien aufgreifend, kritisiert sie, dass der deutsche Blick auf den Zweiten Weltkrieg immer noch einseitig westeuropäisch geprägt ist. Das Ausmaß der Gewaltgeschichte im Osten als dem zentralen Schauplatz des deutschen Eroberungs- und Vernichtungskrieges sei in Deutschland so gut wie unbekannt. Derselbe Befund gelte auch im Hinblick auf den „Holocaust mit Kugeln“, den die Deutschen millionenfach auf dem Territorium der damaligen Sowjetunion praktiziert hatten. Diese Wissenslücken zu schließen, wäre ein wichtiger Beitrag, um die geschichtspolitischen Erinnerungsnarrative, derer sich der russische Staat zur Legitimierung seines Überfalls auf die Ukraine bedient, zu dekonstruieren.

Der Beitrag des deutsch-israelischen Historikers Dan Diner geht auf die Ursprünge der deutsch-israelischen Beziehungen ein. Bei dem hier abgedruckten Text handelt es sich um das Manuskript einer Rede, die Diner im auf einer Jubiläumsveranstaltung im jüdischen Museum Berlin gehalten hatte. Anlass dafür war der 50. Jahrestag des Luxemburger Abkommens, einer historischen Übereinkunft zwischen der Bundesrepublik Deutschland, dem Staat Israel und der Jewish Claims Conference. Im Gegensatz

zur „antifaschistischen“ DDR, die keinerlei Verantwortung für die deutschen Verbrechen übernehmen wollte, verpflichtete sich der westdeutsche Staat zu Leistungen an die jüdische Gemeinschaft im Umfang von 3,5 Milliarden D-Mark.

Im Jahre 1952, zum Zeitpunkt seiner Unterzeichnung, war das Abkommen in beiden Ländern hochumstritten. Dass sich die Adenauer-Regierung zu einer „moralischen und materiellen Wiedergutmachung“ gegenüber „dem Judentum“ verpflichtete, hing wesentlich mit ihren Bemühungen für die Westintegration der Bundesrepublik zusammen, entsprang aber auch dem ehrlichen Wunsch nach einer „Aussöhnung“ mit den jüdischen Opfern. Die Verhandlungspartner auf der jüdischen Seite sahen in dem Vertragswerk vor allem einen Akt der Anerkennung seitens des Landes ihrer Peiniger für millionenfach erlittenes Leid. Rückblickend betrachtet wurde damit der Grundstein für das enge und vertrauensvolle Verhältnis beider Staaten gelegt.

Traditionell beleuchten wir in „Erinnern!“ auch die Erinnerungslandschaft in Sachsen-Anhalt. Konkret geht es z.B. um die „Entstehung eines Gedenkortes“ in Neinstedt, einem Ortsteil von Thale, einer Stadt im Landkreis Harz. Autor des entsprechenden Beitrags ist der Bielefelder Historiker Reinhard Neumann, der sich viele Jahre umfassend mit der Geschichte der Evangelischen Stiftung vor Ort beschäftigt hat. Im Rahmen eines von ihm geleiteten Forschungsprojektes zur Geschichte der Einrichtung während der NS-Zeit stellte sich heraus, dass über tausend Anstaltszöglinge in andere Einrichtungen verlegt worden waren, die im Zusammenhang mit dem nationalsozialistischen „Euthanasie“-Programm standen. Etliche von ihnen wurden in den „Euthanasie“-Anstalten Bernburg und Brandenburg ermordet, weitere verstarben schon in den Zwischenanstalten. Ihnen zum Gedenken hat die Stiftung im Umfeld eines bereits 1993 errichteten Denkmals für die Neinstedter „Euthanasie“-Opfer nun deren Namen anbringen lassen. Stine Albrecht, Studentin der Kunsthochschule Burg Giebichenstein Halle, die den Wettbewerb zur Neugestaltung des Gedenkortes gewann, schildert in einem Interview mit Nicolas Bertrand die Intentionen für ihren Entwurf.

Darüber und über weitere Themen können Sie sich auf den nachfolgenden Seiten dieses Heftes informieren. Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre.



Dr. Kai Langer

Direktor der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt



Der Swakopmunder Kniefall (Paying Homage to the Herero Killed in the Swakopmund Concentration Camps), aus der Arbeit „Unser Afrika“ von Marc Erwin Babej.

Holocaust und Kolonialismus – ein neuer Historikerstreit?¹

Frank Bajohr

Die deutsche Erinnerungskultur sieht sich seit einiger Zeit wachsender Kritik ausgesetzt, vorgetragen vor allem von Vertretern des Postkolonialismus und einer vergleichenden Genozidforschung, die der deutschen Erinnerungskultur vorwerfen, erstarrt und einseitig auf den Holocaust fixiert zu sein. Dieser Streit wird mittlerweile auch als „Historikerstreit 2.0“ bezeichnet.²

Als Herausforderung für die Erinnerungskultur markiert er jedoch nur die Spitze eines Eisbergs. Zugleich wurde und wird diese durch den imperialistischen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine in besonderer Weise herausgefordert. Vor allem die den Krieg begleitenden russischen Geschichtslügen und die abstrusen Kriegsbegründungen stellen grundlegende Begriffe der Erinnerungskultur in Frage. So hat sich vermutlich Raphael Lemkin im Grabe umgedreht, als Wladimir Putin gegenüber der Ukraine den

Vorwurf des „Genozids“ erhob. Auch die angeblich notwendige „Entnazifizierung“ der Ukraine stellt den Krieg in einen historischen Referenzrahmen, in den er definitiv nicht gehört. Damit werden historische Völkermorde und Massenverbrechen bagatellisiert und die Erinnerungskultur, die auf einem gewissen Konsens über verwendete Termini und historische Sachverhalte beruht, wichtiger Begriffe beraubt - durch deren Umdeutung, durch Ausblendung und Verfälschung historischer Tatsachen, durch fragwürdige Analogiebildungen und Kontinuitätskonstruktionen.

Die deutsche Erinnerungskultur kann sich dieser Auseinandersetzungen nicht entziehen, zumal sie sich stets in einem internationalen Zusammenhang bewegt hat. Dies zeigt die von den USA ausgehende Holocaust-Erinnerung ebenso wie der Widerstreit vor allem mittel- und osteuropäischer Geschichtsnarrative, denen die Deutschen nicht ausweichen können. Wie wird sich beispielsweise das geplante „Dokumentationszentrum Zweiter Weltkrieg und deutsche Besatzungsherrschaft in Europa“ positionieren im Spannungsfeld kritischer und nationalistischer Geschichtsbilder in Europa? Wird es im Einklang mit der Forschung heikle Themen wie Kollaboration mit den deutschen Besatzern oder Arbeitsteiligkeit beim Holocaust gebührend darstellen oder eher unter den Teppich kehren, um Kritik polnischer oder ungarischer Nationalisten zu vermeiden? Und wie gehen die Deutschen künftig mit sowjetischen Kriegsdenkmälern auf deutschem Boden um, zu deren Erhaltung sich die Bundesrepublik 1992 vertraglich verpflichtet hat? Schon deshalb verbietet sich jede Form der Bilder- und Denkmalsstürmerei. Aber sind kontextualisierende kritische Bemerkungen am jeweiligen Ort eigentlich tabu bzw. nicht sogar geboten? Man denke nur an die offenkundigen Defizite sowjetisch-russischer Erinnerungskultur, die mit Panzerparaden, stolz emporgereckten Rotarmisten und lauten Siegesnarrativen bis heute die Schrecken des damaligen Vernichtungskrieges überdröhnt, den eigenen Opfern jahrzehntelang nur wenig Beachtung schenkte und sich den eigenen Kriegsverbrechen bis heute nicht gestellt hat. Vor diesem Hintergrund sollte die deutsche Erinnerungskultur ihre dominante Perspektive auf die Geschehnisse vor Ort in Deutschland überdenken und den mittel- und osteuropäischen Raum deutlich stärker in den Blick nehmen, zumal auch der Holocaust bekanntlich nicht in Deutschland, sondern vor allem in Osteuropa stattgefunden hat. Diese Forderung nach einer deutlich internationaleren Perspektive der deutschen Erinnerungskultur, ja der Vorwurf ihrer Provinzialität, ist in den letzten Jahren immer lauter geworden. Sie nimmt u.a. Bezug auf den strukturellen Wandel der

Bevölkerung in Deutschland, den wachsenden Anteil von Personen mit sogenanntem Migrationshintergrund, die oft keine biographisch-familiären Bezüge zur NS-Zeit aufweisen.

Vorwürfe der angeblichen Erstarrung und Provinzialität der deutschen Erinnerungskultur machten und machen auch den Kern des Streits um Kolonialismus und Holocaust aus – eine Debatte, die sich neben differenzierenden Stellungnahmen vor allem durch schrille polemische Töne auszeichnete. Vorwürfe einer Holocaust-Leugnung von links an die Adresse von Postkolonialisten und Vertretern einer vergleichenden Genozidforschung wurden von letzteren, vor allem von unserem Kollegen Dirk Moses, mit nassforschenden Angriffen auf die deutsche Erinnerungskultur beantwortet: Die Erinnerung an den Holocaust und der Kampf gegen den Antisemitismus – so lautet der Vorwurf – sei in Deutschland als „Erlösungsnarrativ“ in den Rang eines „Katechismus“ erhoben worden, der nahezu jede Form der Kritik am Staat Israel als Antisemitismus verteufele. In provinzieller Blindheit befangen, lasse die deutsche Erinnerungskultur jede breitere, vergleichende Perspektive auf Imperialismus und Kolonialismus, Rassismus, Genozide und Massengewalt vermissen.³

Erstaunlich war zum einen, dass die Debatte um die Erinnerungskultur in Deutschland die reale deutsche Gedenkstättenlandschaft fast komplett ignorierte. Man konnte den Eindruck gewinnen, dass kaum jemand der Beteiligten jemals eine einzige deutsche Gedenkstätte besucht hatte. Denn die deutschen Gedenkstätten gehen fast immer vom Geschehen am historischen Ort aus, sie sind keineswegs einseitig auf den Holocaust fixiert. Vielmehr berücksichtigen sie eine große Bandbreite nicht nur von NS-Opfern wie die verschiedenen Kategorien von KZ-Häftlingen, die Opfer der Euthanasie-Morde, die sowjetischen Kriegsgefangenen etc., sondern auch die Opfer stalinistischer Verfolgung.

Zum anderen war die Polemik der Debatte auch deswegen bedauerlich, weil beide Seiten völlig legitime erinnerungskulturelle Anliegen vertreten und wir der Holocaust-Erinnerung, die sich erst Jahrzehnte nach 1945 mühsam durchgesetzt hat, in Zukunft genauso bedürfen wie einer verstärkten kolonialismuskritischen Erinnerung, die hierzulande, vor allem aber auch in Europa, noch deutliche Defizite aufweist. Verwundern müssen vor allem die vielfach behaupteten erinnerungskulturellen Antagonismen und Unvereinbarkeiten, als hätte sich beispielsweise die Holocaust-Forschung noch nie

um eine breitere Einordnung ihres Themengegenstandes bemüht. Tatsächlich ist die Forschung jedoch viel weiter als die öffentliche Debatte. So veranstaltete beispielsweise das Zentrum für Holocaust-Studien am Institut für Zeitgeschichte im November 2020 zusammen mit dem Hugo Valentin Center der Universität Uppsala einen Workshop unter dem Titel „Colonial Paradigms of Violence“, auf dem Holocaust-Forscher/innen mit Vertretern der Kolonialismusforschung bzw. kolonialistischer Forschungsansätze unaufgeregt und interessiert miteinander ins Gespräch kamen, selbstverständlich jenseits irgendwelcher Vergleichsverbote, die in der Holocaustforschung ohnehin nicht bestehen.⁴ In jedem Fall setzt die These von der sogenannten Einzigartigkeit des Holocaust einen systematischen Vergleich ja geradezu voraus. Allerdings heißt vergleichen nicht gleichsetzen, sodass in komparativer Perspektive oftmals eher Unterschiede als Gemeinsamkeiten hervortreten.

Auch erinnerungskulturell ist die These, dass sich die Holocaust-Erinnerung zu einem alles erstickenden Katechismus verdichtet habe und eine kritische Erinnerung an den Kolonialismus geradezu blockiere, durchaus fragwürdig, zumal dann, wenn der Eindruck vermittelt wird, etwas weniger Holocaust-Erinnerung führe automatisch zu einem Mehr an Erinnerung an anderer Stelle. Schon Michael Rothberg, der für eine multidirektionale Erinnerung plädiert, hat aber diesen Zusammenhang mit guten Argumenten bestritten und darauf hingewiesen, dass Erinnerung kein Nullsummenspiel sei.⁵ Im Gegenteil bin ich der Meinung, dass eine kritische Holocaust-Erinnerung, die der Opfer gedenkt, aber darüber hinaus auch nach Tätern und gesellschaftlicher Mit-Verantwortung fragt, eine kritische Vergegenwärtigung des Kolonialismus eher befördert als blockiert.

Schließlich habe ich mich über die Fixierung der Debatte auf Deutschland, über den angeblichen „deutschen Katechismus“ gewundert. Wenn es um auffällige Diskrepanzen zwischen extensiver Holocaust-Erinnerung und mangelhafter Aufarbeitung der Kolonialzeit geht, gerät eher ein Land wie Großbritannien in den Blick, das sich eine Holocaust-Ausstellung im Imperial War Museum in London leistet, aber um eine kritische Sicht auf das Empire einen Bogen macht. Und hat man im Hinblick auf den Holocaust nicht zutreffend immer wieder von der „Amerikanisierung des Holocaust“ gesprochen? Insofern, als Holocaust-Erinnerung ganz unzweifelhaft in den späten 1970er Jahren ihren Ausgang von den USA genommen und sich von dort nach Europa verbreitet hat. Wer sich etwa den Bericht der „President's Commission on the Holo-

caust“, geleitet von Elie Wiesel, vom September 1979 ansieht, der wird dort die These von der Singularität des Holocaust ebenso finden wie die vom Zivilisationsbruch, die in der Debatte als angeblich typisch deutsch, ja als spezifisches moralisches Fundament der Bundesrepublik bezeichnet wurden.⁶

Die Geschichte der Holocaust-Erinnerung wie die kritische Erinnerung an den Kolonialismus ist wesentlich internationaler, komplexer und windungsreicher als die Debatte suggerierte bzw. suggeriert. Dies gilt auch für den Eindruck, dass es in Deutschland noch nie eine kritische Aufarbeitung des Kolonialismus gegeben habe. Schaut man beispielsweise auf die kritische Studentenschaft in der Bundesrepublik der 1960er Jahre, dann bestätigt sich dieser Eindruck nicht. In Hamburg beispielsweise machte der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) gegen koloniale Denkmäler vor dem Hauptgebäude der Universität Front, die 1968 endgültig entfernt wurden. Im selben Jahr erschien die fundamentale Studie von Helmut Bley über die deutsche Kolonialherrschaft in Südwest-Afrika. Als erster bezeichnete Bley den Hererokrieg von 1904–1908 als „Völkermord“. ⁷ Auch in der DDR-Geschichtswissenschaft war aus ideologischen Gründen Kritik am Kolonialismus kein Tabu. ⁸ Natürlich war der SDS für die westdeutsche Gesellschaft in den 1960er Jahren alles andere als repräsentativ. Die SDS-Kolonialismuskritik war ähnlich wie die in der DDR vor allem antikapitalistisch motiviert.

Die auch heute noch in deutschen Städten vielfach anzutreffenden Straßennamen, die nach fragwürdigen Vertretern des deutschen Kolonialismus benannt sind, machen deutlich, dass es in Sachen Kolonialismus in Deutschland in der Tat noch erheblichen Aufarbeitungsbedarf gibt, wobei die Auseinandersetzungen um das Humboldt-Forum, Benin-Bronzen, Straßennamen etc. andeuten, wie viel mittlerweile doch in Bewegung gekommen ist.

Führen wir diesen historischen Blick fort und fragen nach einer Kontextualisierung von Holocaust und Kolonialverbrechen, dann zeigt sich, dass eine solche quasi schon immer vorgenommen wurde. Raphael Lemkin beispielsweise tat dies in seinem 1944 erschienenen Buch über „Axis Rule in Occupied Europe“, wo er den Begriff des Genozids ausdrücklich mit den kolonisatorischen Bemühungen der Achsenmächte Deutschland und Italien verknüpfte. ⁹ Auch andere Zeitgenossen stellten Bezüge zwischen kolonial-imperialer Massengewalt und den Massenverbrechen des Nationalsozialismus her, da-

runter Aimé Césaire in seinem 1950 erschienenen Buch „Discours sur le colonialisme“, in dem er die Holocaust und NS-Verbrechen als „Anwendung kolonialistischer Praktiken auf Europa“ bezeichnete, oder Hannah Arendt in ihrer 1951 erstmals erschienenen Studie „The Origins of Totalitarianism“, in der sie Antisemitismus, Expansionsdrang und Rassedenken nicht zuletzt im europäischen Imperialismus verortete.¹⁰

Bewegten sich solche Thesen lange Zeit eher im Rahmen allgemeiner Deutungen und Überlegungen jenseits empirischer Forschungen, so nahm die Debatte um das Verhältnis von Kolonialismus und Holocaust nach der Jahrtausendwende an Fahrt auf. Jürgen Zimmerer und andere stellten dabei den Holocaust in eine unmittelbare Kontinuitätslinie zu den deutschen Kolonialverbrechen der Kaiserzeit, vor allem im Hinblick auf den deutschen Vernichtungskrieg gegen die Herero und Nama im damaligen Deutsch-Südwestafrika 1904–1908.¹¹ Die meisten an der Debatte beteiligten Historikerinnen und Historiker wiesen jedoch solch einfach gestrickte Kontinuitätsthese zurück.¹² Dabei wendeten sie vor allem ein, dass eine kausale Kontinuität „von Windhuk nach Auschwitz“ und die Deutung des Holocaust als „kolonialer Genozid“ einen deutschen Sonderweg kolonialer Massengewalt konstruiere, der die transnationale Realität westlich-kolonialer Gewaltpraxis der damaligen Zeit ignoriere. So hatten beispielsweise die Amerikaner in den 1890er Jahren im Krieg auf den Philippinen mehr als 400.000 Zivilisten getötet, und auch die britische, französische, italienische oder belgische Kolonialzeit war durch ungeheure Gewaltexzesse gekennzeichnet, von denen sich das deutsche Beispiel nicht substantiell unterschied.

Geht man vom Holocaust im engeren Sinne aus, dann lassen sich weitere Argumente gegen einfache Kontinuitätsthese anführen: Während sich koloniale Massaker und Massengewalt in der Regel aus einem Guerillakrieg der indigenen Bevölkerung gegen die Kolonialherren entwickelten, lag dem Holocaust kein realer Konflikt, sondern ideologische Projektionen zugrunde. Er war auf kein spezifisches Territorium beschränkt und repräsentierte den präzedenzlosen Versuch, ein Volk mitsamt Frauen und Kindern „von der Erde verschwinden zu lassen“, wie es Reichsführer SS Himmler formulierte. Im Holocaust standen sich auch nicht eine Nation und das koloniale „Andere“ gegenüber, waren doch dem Holocaust umfassende rassistisch-antisemitische Neuformatierungen der eigenen, deutschen Nation im Sinne der NS-„Volksgemeinschaft“ vorausgegangen. Die antijüdische Politik, wie sie sich beispielhaft in den berüchtigten „Nürnberger Gesetzen“ manifestierte, beruhte nicht auf kolonialen Vorbildern. Die

Besonderheiten von Judenverfolgung und Holocaust und das auf ihnen gegründete Argument der Singularität sind keine ex-post-Konstruktionen, die vermeintliche Hohepriester der Erinnerungskultur als Dogma verkünden, sondern wurden schon von Zeitgenossen hervorgehoben. So konnten die verfolgten Juden in ihren Tagebüchern und Aufzeichnungen keine Kontinuität zu vorherigen Gewalterfahrungen herstellen und bezeichneten den Massenmord deshalb vielfach als „das größte Verbrechen, das jemals in der gesamten Geschichte verübt wurde“.

Auch die Täter selbst wie der Nationalsozialismus insgesamt begriffen sich und ihr Vorgehen als singulär. Wesentliches Ziel des Nationalsozialismus war es, Geschichte faktisch abzuschaffen und in einen Ewigkeitszustand zu überführen, in ein „tausend-jähriges Reich“, das vor allem durch radikale „Endlösungen“ grundlegender Probleme realisiert werden sollte. Dabei verorteten sich die Nationalsozialisten selbst außerhalb eines historischen Kontinuitätsstroms, nahmen sich nicht in der Kontinuität verschiedener Reiche wahr.¹³ Dies galt auch für die Kolonialpolitik des Dritten Reiches, die den Kurs des Kaiserreiches nicht einfach fortführte. Schon in „Mein Kampf“ hatte Hitler unmissverständlich erklärt, „bewusst einen Strich unter die außenpolitische Richtung unserer Vorkriegszeit“ ziehen zu wollen: „Wir schließen endlich ab die Kolonial- und Handelspolitik der Vorkriegszeit und gehen über zur Bodenpolitik der Zukunft.“¹⁴ Zwar stellte der Nationalsozialismus umfassende koloniale Planungen an, in dem jedoch die Schwerpunkte deutscher Kolonialtradition, vor allem in Afrika, immer nur als „Ergänzungsraum“ für das angestrebte „Ostimperium“ fungierten.

Skepsis gegenüber einfach gestrickten kolonialen Kontinuitätstheseen heißt jedoch keineswegs, dass eine Analyse der NS-Zeit unter kolonialen Prämissen keinen Sinn macht, ganz im Gegenteil. Vor allem zwei thematische Bereiche der NS-Herrschaft bieten sich in besonderer Weise an, unter kolonialen Perspektiven in Blick genommen zu werden. Zum einen gilt dies für den Versuch, die Vision neuen „Lebensraums“ im Zweiten Weltkrieg durch Okkupation Mittel- und Osteuropas im Rahmen eines imperialistischen Vernichtungskrieges zu verwirklichen. So hat der britische Historiker Mark Mazower argumentiert, dass die Besonderheiten des nationalsozialistischen Imperialismus im Versuch bestanden hätten, eine koloniale Herrschaft nicht außerhalb, sondern innerhalb Europas zu begründen und damit einen weißen Grundkonsens aufgekündigt zu haben.¹⁵ Ganz in diesem Sinne hat Wendy Lower in ihrer Analyse des NS-Herrschaftsaufbaus in der Ukraine den Begriff „Nazi Colonialism“ verwendet

oder Dieter Pohl im Hinblick auf Galizien von einer „totalitären Kolonialverwaltung“ gesprochen.¹⁶

Besonders die umfassenden Pläne zur ethnischen „Säuberung“ und Neuordnung der besetzten Gebiete inklusive deutscher Siedlungskerne und „Wehrdörfer“ in Osteuropa, wie sie vor allem im „Generalplan Ost“ zum Ausdruck kamen und nach dem Holocaust verwirklicht werden sollten, drängen sich thematisch geradezu auf, um unter „kolonialer“ Perspektive vergleichend analysiert zu werden. Sie können auch als Form des „Settler Colonialism“ betrachtet werden, der darauf ausgerichtet war, die angestammte Bevölkerung nicht primär für Arbeitszwecke auszubeuten, sondern sie langfristig durch eine neue Bevölkerung der Kolonialnation zu ersetzen.

Eine Interpretation nationalsozialistischer Besatzungsherrschaft in Osteuropa unter kolonialen Vorzeichen ist schon deshalb nahezu unvermeidlich, weil die deutschen Akteure koloniale Begriffe und Deutungsmuster fast inflationär verwendeten, um ihre Tätigkeit und das mittel- bzw. osteuropäische Umfeld zu beschreiben. Prototypisch verkörperte dies der Reichskommissar für die besetzte Ukraine, Erich Koch, der die Ukrainer zumeist als „Neger“ bezeichnete.¹⁷ Solche Kolonialrhetorik verwundert auch deswegen nicht, weil das im Osten eingesetzte Personal zumindest in Teilbereichen koloniale Kontinuitäten aufwies. Absolventinnen der „Kolonialen Frauenschule“ fanden sich ebenso im „Osteinsatz“ wie Repräsentanten früherer kolonialwirtschaftlicher Unternehmen, die in den Wirtschaftsstäben der Besatzer Dienst taten oder bei der Anlage von Tabakpflanzungen in der Ukraine assistierten. Im Generalgouvernement waren zahlreiche Bremer und Hamburger Handelsunternehmen als „Kreisgroßhändler“ eingesetzt, die zuvor wirtschaftlich vor allem in Afrika tätig gewesen waren und nicht zuletzt wegen ihrer kolonialen Erfahrungen im besetzten Polen verwendet wurden. In ihren Berichten hoben sie vielfach hervor, dass die „Primitivität Polens sehr stark an Afrika“ erinnere.¹⁸

Insgesamt lieferte der Kolonialismus offensichtlich ein willkommenes Deutungsarsenal für die Akteure der deutschen Besatzungsmacht im Osten, auch wenn diese – schon wegen ihres oft jungen Alters – über keinerlei koloniale Erfahrungen verfügten. „Kolonisation“ verlieh der eigenen Tätigkeit gewissermaßen höhere Weihen als Mission und „Pionieraufgabe“ für künftige Generationen, und gleichzeitig legitimierte sie auch die rassistische Hierarchisierung der besetzten Gebiete und das Selbstverständnis als „Herrenmensch“.

Allerdings ging die Gesamtintention des deutschen Ostfeldzuges ab Juni 1941 über die Gewinnung eines Kolonialreiches weit hinaus. Er war eben auch als weltanschaulicher Vernichtungskrieg gegen den sogenannten „jüdischen Bolschewismus“ konzipiert, sodass eine ausschließlich „kolonialistische“ Perspektive auf den deutschen Vernichtungskrieg im Osten zu kurz greift.

Neben der deutschen Besatzungsherrschaft im Osten lohnt zum anderen das breite Feld nationalsozialistischer Massengewalt jenseits des Holocaust, um unter der Perspektive kolonialer Kausalitäten und Kontinuitäten analysiert zu werden. Bekanntlich wurzelte die NS-Exklusions- und Vernichtungspolitik nicht allein im Antisemitismus, sondern verfügte über ein deutlich breiteres ideologisches Fundament, zu dem beispielsweise auch die Rassenhygiene und kolonialer Rassismus gehörten. Die Verfolgung schwarzer Menschen im nationalsozialistischen Deutschland legte davon Zeugnis ab. So wurden beispielsweise 1937 vierhundert Kinder deutscher Frauen und farbiger französischer Besatzungssoldaten, die in der NS-Diktion als „Rheinlandbastarde“ galten, im Jahre 1937 zwangssterilisiert. Der Einsatz farbiger Truppen auf dem Boden durch die französische Besatzungsmacht war schon in den 1920er Jahren als „Schwarze Schmach“ bezeichnet worden.¹⁹

Rassenhygiene und kolonialer Rassismus fanden ihren Ausdruck nicht zuletzt auch in medizinischen Menschenversuchen, die gleichermaßen in der deutschen Kolonialzeit wie in der NS-Zeit vorgenommen wurden, oft genug von denselben Personen. Wolfgang Eckart hat darauf schon in seiner 1997 erschienenen Pionierstudie über Medizin und Kolonialimperialismus hingewiesen, u.a. am Beispiel von Claus Schilling, dem Direktor der tropenmedizinischen Abteilung am Robert-Koch-Institut, der sowohl in den deutschen Kolonien wie später an Häftlingen des KZ Dachau Menschenversuche durchführte, indem er sie mit Malariaerregern infizierte.²⁰ Neuere Forschungen von Sarah Ehlers zeigen, dass manche Ärzte, die in Deutsch-Ostafrika die Schlafkrankheit erforscht und dabei medizinische Experimente an der indigenen Bevölkerung durchgeführt hatten, diese Menschenversuche und medizinischen Experimente auch im „Dritten Reich“ fortsetzten. Dabei griffen sie nun auf KZ-Häftlinge, partiell auch auf Insassen jüdischer Ghettos zurück.²¹

Dies sind nur wenige Forschungsfelder und Projekte, die zeigen, dass insgesamt die Forschung zu kolonialen Bezügen der NS-Herrschaft voranschreitet. Auch wenn die mei-

sten Historiker/innen eine unmittelbare Verknüpfung von Holocaust und Kolonialismus eher skeptisch beurteilen, drängen sich der NS-Imperialismus, der NS-Rassismus und das breite Feld nationalsozialistischer Massengewalt geradezu auf, um vergleichend und damit auch unter kolonialen Prämissen erforscht und analysiert zu werden. Von daher sind die vom Postkolonialismus aufgeworfenen Themen wichtig. Dies bedeutet jedoch nicht, den oft hermetisch-deterministischen postkolonialen Theorien oder allzu simpel gestrickten Kontinuitätsthesen einfach zu folgen. Erweiterungen der deutschen Erinnerungskultur sind sinnvoll, Forderungen nach ihrer totalen Generalrevision nicht.

Anmerkungen

- 1 Der vorliegende Text ist die gekürzte Fassung meines Eröffnungsvortrages, den ich am 21.09.2022 auf der Bundesgedenkstättenkonferenz in der Erinnerungs- und Gedenkstätte Wewelsburg gehalten habe. Wegen der begrenzten Kapazitäten beschränken sich die folgenden Fußnoten auf ein Minimum.
- 2 Vgl. u.a. Naiman, Susan / Wildt, Michael (Hrsg.): *Historiker streiten. Gewalt und Holocaust – die Debatte*, Berlin 2022.
- 3 Moses, A. Dirk: *Der Katechismus der Deutschen*, in: *Geschichte der Gegenwart*, 23.05.2021, online unter <https://geschichtedergegenwart.ch/der-katechismus-der-deutschen/> [Stand vom 13.01.2023].
- 4 Gordon, Michelle / O'Sullivan, Rachel (Hrsg.): *Colonial Paradigms of Violence. Comparative Analysis of the Holocaust, Genocide, and Mass Killing (European Holocaust Studies, Bd. 4)*, Göttingen 2022.
- 5 Rothberg, Michael: *Multidirektionale Erinnerung. Holocaustgedenken im Zeitalter der Dekolonisierung*, Berlin 2021.
- 6 *President's Commission on the Holocaust: Report to the President*, Washington 1979, online unter <https://www.ushmm.org/m/pdfs/20050707-pres-commission-79.pdf> [Stand vom 13.01.2023].
- 7 Bley, Helmut: *Kolonialherrschaft und Sozialstruktur in Deutsch-Südwestafrika*, Hamburg 1968.
- 8 Keßler, Mario: *Postkolonialismus und Internationalismus*, in: Neiman/Wildt (Hrsg.): *Historiker (wie Anm. 2)*, S. 155–170.
- 9 Lemkin, Raphael: *Axis Rule in Occupied Europe*, Washington 1944.
- 10 Césaire, Aimé: *Discours sur le colonialisme*, 3. Aufl., Paris 1955. Arendt, Hannah: *The Origins of Totalitarianism*, New York 1951.
- 11 Zimmerer, Jürgen: *Von Windhuk nach Auschwitz? Beiträge zum Verhältnis von Kolonialismus und Holocaust*, Münster 2011.

- 12 Gerwarth, Robert / Malinowski, Stephan: Der Holocaust als „kolonialer Genozid“? Geschichte und Gesellschaft 33 (2007), S. 439–466. Kundrus, Birthe: Von den Herero zum Holocaust? Einige Bemerkungen zur aktuellen Debatte, in Mittelweg 36, 14 (2005), Heft 4, S. 82–91.
- 13 Bajohr, Frank: Atemlos in die Ewigkeit. Der Nationalsozialismus, in: Seefried, Elke (Hrsg.): Politische Zukünfte im 20. Jahrhundert. Frankfurt/New York 2022, S. 179–194.
- 14 Hitler, Mein Kampf. Eine kritische Edition, hrsg. von Christian Hartmann u.a. im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin, Bd. II, München 2016, S. 1657.
- 15 Mazower, Mark: Hitler's Empire. Nazi Rule in Occupied Europe, London 2008.
- 16 Lower, Wendy: Nazi Empire-Building and the Holocaust in Ukraine, Chapel Hill 2005. Pohl, Dieter: Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941–1944. Organisation und Durchführung eines staatlichen Massenverbrechens, München 1997, S. 94.
- 17 Lower, Wendy: Nazi Empire-Building (wie Anm. 16), S. 109f.
- 18 Linne, Karsten: Afrikafirmen im „Osteinsatz“, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, 16 (2001), S. 49–90.
- 19 Knust, Christine: Kontinuitäten der Stigmatisierung von „Mischlingskindern“ und „Farbigen“ am Beispiel der „Rheinlandbastarde“, in: Westermann, Stefanie u.a. (Hrsg.): Medizin im Dienst der „Erbgesundheit“, Berlin 2009, S. 109–125.
- 20 Eckart, Wolfgang: Medizin und Kolonialimperialismus, Deutschland 1884–1945, Paderborn 1997.
- 21 Ehlers, Sarah: Europa und die Schlafkrankheit. Koloniale Seuchenbekämpfung, europäische Identitäten und moderne Medizin 1890–1950, Göttingen 2019.



Ein Gedenkort entsteht. Recherchen zu den Opfern der „Euthanasie“ in Neinstedt

Reinhard Neumann

Am 25. September 2022 wurden der Gedenkort „Den Zahlen einen Namen geben“ und die gleichnamige Buchveröffentlichung in einem Gottesdienst mit Requiem unter reger Teilnahme der Öffentlichkeit und des Fernsehens, des Rundfunks sowie der lokalen und überregionalen Pressemedien an die Gemeinde der Neinstedter Lindenhofskirche übergeben. Die Entstehungsgeschichte des Gedenkortes und der Publikation „Den Zahlen einen Namen geben“ reicht etwa zehn Jahre zurück. 2012 erteilte mir die Evangelische Stiftung Neinstedt das Mandat zur umfassenden Aufarbeitung ihrer Geschichte. Als erstes Resultat erschien im Jahr 2020 die Veröffentlichung „Nächstenliebe unter einem Dach. Neinstedter Geschichte – von den Anfängen bis in unsere Zeit“.¹ Dieses Werk bietet einen summarischen Überblick über die

verschiedenen Zeitepochen der mittlerweile über 170-jährigen Neinstedter Einrichtungsgeschichte. Im Jahr 1850 gründete das Ehepaar Marie und Philipp Nathusius in Neinstedt ein Knabenrettungshaus nach dem Vorbild des 1833 von Johann Hinrich Wichern in Hamburg initiierten Rauhen Hauses, dem sie zur Ausbildung des geeigneten Erziehungspersonals auch ein Brüderhaus, also eine Diakonenanstalt, anschlossen. Im Januar 1861 kam auf die Initiative von Philipps jüngster Schwester Johanne eine „Erziehungsanstalt für schwachsinnige und blödsinnige Knaben“ hinzu. Letztere wurde kurz darauf zu Ehren der preußischen Königin-Witwe, aber auch im Andenken an die Heilige Elisabeth von Thüringen, eine ebenfalls im Protestantismus verehrte karitativ wirkende Persönlichkeit des Mittelalters, zur Elisabethstiftung erhöht. Dort war die Pflege und Betreuung beeinträchtigter Menschen das Programm. Das Knabenrettungs- und Brüderhaus Lindenhof und die Elisabethstiftung entwickelten sich in den nächsten Jahrzehnten prächtig. Die Neinstedter Anstalten wurden zu den größten Einrichtungen der damaligen Inneren Mission (heute: Diakonie) im mitteldeutschen Raum.

Der Erste Weltkrieg und seine Folgen wurden auch zur ersten großen Herausforderung für das damalige Neinstedt. Die Hyperinflation im Deutschen Reich als eine der Kriegsfolgen, der plötzliche Tod des damals unermüdlich wirkenden Vorstehers Johannes Steinwachs, die politischen, sozialen und gesellschaftlichen Wirren der Weimarer Zeit, die Weltwirtschaftskrise seit 1929 – all das fügte den als Erfolgsmodell begonnenen Neinstedter Anstalten enorme Schäden zu. Ab Sommer 1934 wurde mit dem neuen Vorsteher Martin Knolle, einem überzeugten Nationalsozialisten und Anhänger des radikalen Flügels der sogenannten „Glaubensbewegung Deutsche Christen“, die nationalsozialistische Ideologie zum Anstaltsprogramm. Der Nationalsozialist Hans Sommerer wurde 1936 Leiter der Elisabethstiftung. Sommerer war bereits vor 1933 der NSDAP beigetreten. Er profilierte sich in Neinstedt als besonders aktiver Nationalsozialist. Ende August 1939, unmittelbar vor Kriegsausbruch, übernahm er von Martin Knolle die Leitung der gesamten Anstalten. Vorangegangen waren heftige Querelen innerhalb und außerhalb der Anstalten, die erst mit der Einberufung Knolles zur Wehrmacht endeten. Sommerer legte sein geistliches Vorsteheramt nieder und ließ sich bis 1945 nur noch als „Herr Direktor“ anreden.

Schon bei den Recherchen zu diesen Kapiteln der damaligen Anstaltsgeschichte wurde deutlich, wie sehr sich die NS-Ideologie auf das gesamte Geschehen in den damaligen Neinstedter Anstalten ausgewirkt hat. Die dortigen Bewohnerinnen und Bewohner galten aufgrund ihrer Beeinträchtigungen im Sinn der verbrecherischen NS-„Gesundheitspolitik“ als „lebensunwert“. Neinstedter Fürsorgezöglinge wurden als „asozial“ diffamiert, weil sie sich nicht in die von den Nazis propagierte „Volksgemeinschaft“ einfügen ließen. 2014 beschloss der Vorstand der Evangelischen Stiftung Neinstedt daher, diese Epoche der Anstaltsgeschichte in einem gesonderten Forschungsprojekt aufarbeiten zu lassen. Mit Mitarbeitenden der Stiftung und Studierenden der Fachhochschule der Diakonie in Bielefeld-Bethel habe ich acht Jahre lang zu dieser Thematik recherchiert und die im Neinstedter Archiv vorhandenen Unterlagen bearbeitet und ausgewertet. Bereits seit den 1980er Jahren hatten zwei Neinstedter Diakone im Ruhestand dieses Quellenmaterial gesichert und zusammengestellt. Darauf beruhten die ersten Grundkenntnisse über die NS-Zeit und die „Euthanasie“-Maßnahmen in Neinstedt: damals waren zunächst 56 Opfernamen bekannt geworden. 2001 veröffentlichte der damalige Vorsteher Jürgen Wieggebe erstmals einen Bericht über die Zwangssterilisationen und „Euthanasie“-Morde in Neinstedt.² Allerdings habe ich 2017 bei meinen Recherchen in den Beständen der Hauptabteilung (HA) IX/11 beim „Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR“ (BStU., heute Bundesarchiv/Stasi-Unterlagenarchiv) festgestellt, dass in den Jahren 1960 und 1964 ein „Inoffizieller Mitarbeiter“ (IM) der Stasi, der in Neinstedt in leitender Funktion tätig war, zahlreiche Akten aus der NS-Zeit aus dem Archiv entwendet und an die für die Verfolgung von NS-Tätern in der DDR zuständige HA IX/11 der Staatssicherheit übergeben hatte.³ Diese Stasi-Observierungen und manchmal auch Verhaftungen der vermeintlichen oder tatsächlichen NS-Täter geschahen aus rein ideologischen Gründen, ohne jegliche Bekanntgabe in der Öffentlichkeit, zu sehr fürchtete die DDR um den Verlust ihres Rufes als „antifaschistischer Arbeiter- und Bauernstaat“. Das in der heutigen Evangelischen Stiftung Neinstedt vorhandene Quellenmaterial zur NS-Zeit war somit sehr unvollständig. Im Rahmen des Forschungsprojektes konnte ich es mit Unterlagen aus bundesweit vierzehn Archiven ergänzen. Die im September 2022 vorgelegte Veröffentlichung „Den Zahlen einen Namen geben“ berichtet daher erstmals über die Schicksale von 1.019 Personen, die zwischen 1937 und 1943 aus den Neinstedter Einrichtungen in die Zwischenanstalten der NS-„Euthanasie“-Morde verlegt worden sind.⁴

Die erste in diesen Zusammenhängen ermordete Bewohnerin eines Neinstedter Pflegehauses wurde im Mai 1937 in die Landesheilstalt Pfafferode verlegt, eine „Zwischenanstalt“ der „Euthanasie“-Morde. Nach einer Weiterverlegung in die Landesheilstalt Altscherbitz wurde sie im Februar 1941 in der Mordanstalt Bernburg umgebracht. Allein am 31. Januar 1941 wurden 338 Personen aus Neinstedter Häusern in die „Zwischenanstalt“ Altscherbitz verlegt. Nachweislich 295 von ihnen wurden ermordet. Die Verhältnisse in Altscherbitz waren völlig menschenunwürdig: Die Anstalt war eklatant überbelegt, die Ernährung mangelhaft, Medikamente wurden gar nicht oder falsch verabreicht, die Insassen waren physischer und psychischer Gewalt ausgesetzt. Wer von den 295 nicht an diesen Bedingungen starb, wurde zwischen März und Juli 1941 nach Bernburg transportiert und dort ermordet. In diesem Jahr 1941 wurden insgesamt 498 beeinträchtigte Kinder, Frauen und Männer aus Neinstedter Häusern ihrem Schicksal in den staatlichen „Zwischenanstalten“ der „Euthanasie“-Morde ausgeliefert.

Diese „Verlegungen“ und „Freimachungen“ der Neinstedter Pflegeeinrichtungen standen in direktem Zusammenhang mit dem Kriegsgeschehen. Einen Tag vor dem Angriff auf die Sowjetunion (22. Juni 1941) schlossen die Neinstedter Anstalten am 21. Juni 1941 einen Pachtvertrag mit dem zuständigen Militärökonom in Hannover über die Nutzung der „geräumten Häuser“ als Reserve-Lazarett ab. Vor diesen „Verlegungsmaßnahmen“ visitierte im Frühjahr 1941 eine „Gutachter-Kommission“ der „Euthanasie“-Zentrale in der Berliner Tiergartenstraße 4 („Aktion T 4“), bestehend aus den „Euthanasie“-Ärzten Otto Hebold, Viktor Ratka, Robert Müller und Erich Straub, die infrage kommenden mitteldeutschen Heil- und Pflegeanstalten. Dabei wurden bereits ausgefüllte und an die „T 4-Zentrale“ zurückgeschickte Fragebogen überprüft oder neue Fragebogen ausgefüllt. Hebold (im März 1964 von der Stasi verhaftet, 1965 in einem nicht-öffentlichen Prozess zu lebenslänglich Zuchthaus verurteilt, 1975 im Zuchthaus Bautzen II verstorben) beschrieb diese „Gutachter-Reisen“ in seinen Stasi-Vernehmungen: „Zwischenzeitlich wurde ein neuer Reiseplan aufgestellt, der uns in die kleineren Anstalten und Pflegeheime der Provinz Sachsen und Thüringen führen sollte mit dem Ziel, diese genauestens zu überprüfen und die hier untergebrachten Pflöglinge der meist karitativen Heime zu erfassen.“⁵ Die den „Gutachtern“ von den Anstaltsärzten dabei vorgelegten Krankenakten spiegelten den größtenteils menschenverachtenden Umgang mit

beeinträchtigten Menschen schon vor 1933, der sich dann während der NS-Zeit ab Ende 1939 zum mörderischen Tötungswahn an den als „lebensunwert“ erachteten Bewohnerinnen und Bewohnern auch in den konfessionellen Einrichtungen steigerte.

Exemplarisch sei eine Passage aus der Akte der Bewohnerin Ursula B. zitiert. B. wurde 1933 im Alter von fünf Jahren mit der Diagnose „Idiotie, vermutlich Schädigung des Gehirns bei der Geburt“ in einer Neinstedter Einrichtung aufgenommen und am 31. März 1941 mit zwölf Jahren in Bernburg ermordet: „Der Mund wird ständig offengehalten. Spricht überhaupt nur einzelne Silben. Muss dauernd überwacht werden, da sie sich sonst verunreinigt. Sie ist sehr unruhig, ängstlich und weint misstönend, oft ohne Grund. Sie ist eigensinnig, handelt triebartig, ohne Überlegung. In einer Idiotenanstalt könnte das Kind wenigstens einige primitive Kenntnisse erwerben und einige einfache Handreichungen erlernen.“⁶

Im weiteren, für die Deutsche Wehrmacht immer ungünstigeren Kriegsverlauf gelangten ab Februar 1942 die „am wenigsten bildungsfähigen und jüngsten Jahrgänge“ der Neinstedter Fürsorgezöglinge in die Zwischenanstalten der NS-„Euthanasie“, im Februar/April 1943 wurden noch einmal 130 Kinder und Jugendliche aus Neinstedt in die Landesheilanstalt Uchtspringe transportiert. Schon Ende 1942 war Ernst Beese, Ärztlicher Direktor der Landesheilanstalt Uchtspringe, zur „Begutachtung“ der „Bildungsfähigkeit“ dieser Kinder und Jugendlichen in Neinstedt erschienen.⁷ Beese mordete während der NS-„Euthanasie“ in Uchtspringe auch eigenhändig. Demgemäß lauteten die meisten seiner „Gutachten“ über die Neinstedter Zöglinge: „Die Mutter war dreimal verheiratet, sie ist sittlich völlig verkommen, empfängt nachts häufig Männerbesuch, ließ deswegen die Kinder verkommen. Der Zögling ist seit 1939 in Neinstedt. Geistig und körperlich zurückgeblieben, kurzbeschult. Seine Schulleistungen sind minimal, er ist ein übler Bursche, der nichts Gutes vollbringt, ein richtiger Räuberhauptmann. Er arbeitet auch körperlich nur ungerne und ist absolut unzuverlässig. Asozialer, debiler Psychopath.“⁸

Von vornherein war das vom Neinstedter Vorstand beauftragte Projekt zur Aufarbeitung der NS-Zeit auch auf die Beteiligung daran interessierter Mitarbeitender der Evangelischen Stiftung Neinstedt sowie über den Zeitraum von vier Semestern als Wahlmodul



Besucher aus den Betheler Werkstätten für beeinträchtigte Menschen „pro Werk“ vor der Gedenkstätte für Opfer der NS-„Euthanasie“ in Bernburg, November 2021

für Studierende der Fachhochschule der Diakonie in Bielefeld-Bethel konzipiert. In mehreren Wochenendseminaren wurde in diesen „gemischten“ Arbeitsgruppen intensiv am Thema gearbeitet, der Tagesbesuch in der Gedenkstätte für Opfer der NS-„Euthanasie“ in Bernburg gehörte dabei mit zum jeweiligen Arbeitsprogramm.

Besonders eindrücklich waren zwei Seminare mit dem Titel „Was geschah mit Menschen mit Behinderung während der Zeit des Nationalsozialismus?“, geleitet von einem Diakon der Fachabteilung Bildung & Beratung Bethel und von mir fachlich unterstützt. Der Kreis der Teilnehmenden bestand aus Kolleginnen und Kollegen, Werkstattträgern und Vertrauenspersonen der Betheler Werkstätten für beeinträchtigte Menschen „pro Werk“ und der Bottroper Werkstätten. Leider verhinderte die Coronapandemie, dass diese konstruktiven „historischen Seminare vor Ort“ mit den verschiedenen Teilnehmergruppen häufiger durchgeführt werden konnten.

Die Evangelische Stiftung Neinstedt ging 2018 einen weiteren Schritt in Richtung eines weithin sichtbaren Erinnerns an die in der NS-Zeit verlegten Bewohnerinnen und Bewohner. Neben der Lindenhofskirche und dem bereits seit 1993 bestehenden Denkmal für die „Euthanasie“-Mordopfer sollte durch einen ihre Namen sicht-

bar machenden Gedenkort diesen Personen ihre Identität und damit ihre Würde zurückgegeben werden: „Diese Menschen erhalten ihre Namen wieder zurück und werden in unsere Gemeinschaft aufgenommen.“⁹ Dieser Gedenkort wurde nach einem dafür ausgelobten Wettbewerb unter Studierenden und Alumni der Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle realisiert. Nach einem einführenden Seminar für die am Projekt Interessierten zum Thema der NS-„Euthanasie“-Morde im Mai 2019 begann im Dezember 2019 das Ausschreibungsverfahren: „Die Evangelische Stiftung Neinstedt und die Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle loben für Studierende und Absolvent*innen beider Fachbereiche der Hochschule einen zweistufigen Wettbewerb ‚Den Zahlen einen Namen geben‘ für einen Gedenkort in Neinstedt aus.“¹⁰

Am 20. September 2020 konnten nach einem Gottesdienst in der Lindenhofskirche zwölf Entwürfe von Teilnehmenden der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Die Siegerin des Wettbewerbs, Stine Albrecht, als Künstlerin auf der Insel Rügen tätig, beschreibt ihren Entwurf: „Auf der von Linden umrahmten Wiese neben der Kirche wird die Bodenskulptur in Form einer stilisierten Blüte aus einem 35 cm breiten Messingband platziert. Dort sind alle Namen der Opfer eingeprägt. [...] Die formale Gestaltung des Gedenkortes hat mehrere Bedeutungsebenen, stellt Bezüge zur Umgebung her und lässt viele Assoziationen zu. Die goldfarbene Blumenform zitiert die sakralen Schmuckornamente aus der Deckenmalerei der Apsis der Lindenhofskirche, die auf blauem Hintergrund für ein ewiges, himmlisches Leben im Paradies stehen mögen. [...] Würdevoll soll der Opfern an diesem Ort gedacht werden. Sie bekommen einen Platz auf Erden, der ihnen nach dem grausamen Mord ein himmlisches Leben nach dem Tod wünschen lässt.“¹¹

Das gesamte Projektvorhaben „Erweiterung des Euthanasie-Gedenkortes in Neinstedt – Den Zahlen einen Namen geben“ wurde im Zuge einer Projektförderung mit einer Zuwendung aus der Kulturförderrichtlinie des Landes Sachsen-Anhalt unterstützt. In den ersten Monaten des Jahres 2022 begannen die Boden- und Fundamentierungsarbeiten für den künftigen Gedenkort. Ein Kiesweg rund um die Bodenskulptur soll den Besuchern einen guten Zugang und das Lesen der dort verzeichneten Namen ermöglichen. Dank der damals guten Witterung konnte der gesamte Gedenkort innerhalb von zwei Wochen fertiggestellt werden. Anfang März 2022 haben die Künstlerin



Übergabe des Gedenkortes an die Neinstedter Lindenhofsgemeinde, 25. September 2022

Stine Albrecht und der in der Evangelischen Stiftung Neinstedt tätige Architekt Paul Ulrich Grimm die Messingplatten mit den darauf eingepprägten Namen auf dem Fundament aufgebracht.

Eine Besonderheit an der Realisierung des Gedenkortes in Neinstedt bleibt die Mitwirkung ganz unterschiedlicher Personengruppen, die an dieser Form der Erinnerungskultur für die 1.019 Menschen mitgewirkt haben, die während der NS-Zeit aus Neinstedt verlegt wurden: ein Historiker am Institut für Diakonie- und Sozialgeschichte sowie Studierende der Fachhochschule der Diakonie aus ganz verschiedenen Studiengängen, Studierende und kunstschaffende Absolventinnen und Absolventen der Burg Giebichenstein Kunsthochschule, zahlreiche Mitarbeitende aus allen Bereichen der Evangelischen Stiftung Neinstedt und nicht zuletzt auch beeinträchtigte Bewohnerinnen und Bewohner der v. Bodelschwingschen Stiftungen Bethel und anderer sozial-diakonischer Einrichtungen. Das mit ihrem aktiven Interesse und ihrem großen persönlichen Engagement verbundene, aufrichtige Erinnern an die Tragödien der NS-Zeit ist unbedingt notwendig für die Zukunft unserer evangelischen Kirche und damit auch ihrer heutigen Diakonie.

Anmerkungen

- 1 Neumann, Reinhard: Nächstenliebe unter einem Dach. Neinstedter Geschichte – Von den Anfängen bis in unsere Zeit, Bielefeld 2020.
- 2 Wieggebe, Jürgen: „Entlassen Altscherbitz“ – Zwangssterilisation und „Euthanasie“ an Bewohnern der Neinstedter Anstalten 1934–1943, in: Landeszentrale für politische Bildung des Landes Sachsen-Anhalt (Hrsg.): Psychiatrie des Todes, NS-Zwangssterilisation und „Euthanasie“ im Freistaat Anhalt und in der Provinz Sachsen, Teil 1, Magdeburg 2001, S. 60–74.
- 3 Bundesarchiv/Stasi-Unterlagenarchiv (BArch./BStU.), MfS BV Halle AIM 1812/70 A-Akte, Trefferberichte vom 13.10. und 15.12.1960, sowie 09.03. und 06.05.1964.
- 4 Neumann, Reinhard: Den Zahlen einen Namen geben. Die Verlegungen von Neinstedter Pflinglingen und Fürsorgezöglingen von 1937 bis 1943, Bielefeld 2022.
- 5 BArch./BStU., MfS HA IX/11 RHE-West 401 u. MfS HA IX/11 AS 58/67 I, Vernehmungprotokolle Otto Hebold vom 19.04. u. 05.08.–08.08.1964.
- 6 Archiv der Evangelischen Stiftung Neinstedt (ESN), Bestand der Krankenakten, Akte Ursula B.
- 7 Neumann, Reinhard: Den Zahlen einen Namen geben (wie Anm. 4), S. 267–274.
- 8 Landesarchiv Magdeburg, Bestand C 98, Nr. 3005.
- 9 Jaekel, Hans, Pädagogisch-diakonischer Vorstand, im Freundesbrief der Evangelischen Stiftung Neinstedt, Weihnachten 2020.
- 10 Ausschreibung der Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle „Den Zahlen einen Namen geben“ vom 20.12.2019.
- 11 Albrecht, Stine: Projektbeschreibung. Wettbewerb für einen Gedenkort in Neinstedt vom 20.09.2020.



Die Künstlerin Stine Albrecht und der Neinstedter Architekt Paul Ulrich Grimm beim Aufbringen der Messingplatten, März 2022

„Den Zahlen einen Namen geben“ Interview von Dr. Nicolas Bertrand mit Stine Albrecht zum neuen Gedenkort in Neinstedt

Nicolas Bertrand (N.B.): Die Erstellung eines Gedenkortes wurde als Wettbewerb ausgeschrieben. Warum wollten Sie sich bewerben?

Stine Albrecht (S.A.): Der Kunst am Bau Wettbewerb „Den Zahlen einen Namen geben“ wurde von der evangelischen Stiftung Neinstedt und der Kunsthochschule Burg Giebichenstein in Halle (Saale) für Studenten der Burg ausgeschrieben. Kunst am Bau Wettbewerbe sind spannende Aufgabenfelder und geben Künstlern die Möglichkeit größere Projekte umzusetzen. Es gibt von Seiten des Gesetzgebers eine „Kann-Verordnung“, dass bis zu 3 % einer Bausumme für Kunst ausgegeben werden „kann“. Die größten Wettbewerbe werden in der Regel im Zuge von Bauvorhaben des Bundes

ausgeschrieben. Da man bei einer Bewerbung immer Referenzobjekte nachweisen sollte, ist es für Nachwuchskünstler nicht leicht, bei solchen Ausschreibungen weiter zu kommen oder zu gewinnen. Beim Wettbewerb „Den Zahlen einen Namen geben“ bekam ich als Burg-Studentin nun die einmalige Chance an einem Kunst am Bau Wettbewerb teilnehmen zu können.

N.B.: Wie sind Sie bei Ihren Recherchen zum Thema NS –„Euthanasie“ vorgegangen?

S.A.: Beim Einführungsseminar im Mai 2019 konnte ich nicht teilnehmen, jedoch lag der Ausschreibung eine eindrückliche Erläuterung der Geschehnisse in Neinstedt vor. Von Anfang an habe ich mich bewusst für die Gestaltung eines Gedenkortes für die Opfer entschieden und nicht eines Mahnmals, so dass ich auf die Suche nach Gestaltungsmitteln gegangen bin, die den Grausamkeiten etwas entgegensetzen sollten.

N.B.: Wie kann man sich den künstlerischen Schaffensprozess eines solchen Kunstwerkes vorstellen?

S.A.: Die Aufgabe bestand darin, alle Namen der Opfer zu vergegenständlichen und für Betrachter erfahrbar zu machen. Als Ort wurde die Wiese vor der Lindenhofkirche vorgesehen.

Zunächst war ich in Neinstedt und besichtigte die Kirche, die von Gärten und einer eindrucksvollen, parkähnlichen Landschaft umgeben ist. Betritt man das Kirchengelände von der anliegenden Straße aus, ahnt man noch nicht die beeindruckende Sicht auf die Dächer und Gärten der kleinen Stadt im Tal des Harzvorlandes, die sich an der Westfassade der Kirche öffnet. Lässt man den Blick schweifen, so wird man bald von einer sagenumwobenen Felsformation in den Bann gezogen – der Teufelsmauer. Ich entschied mich für einen Entwurf, der sich als flache Bodenskulptur bewusst räumlich zurück nimmt, sich natürlich in das Landschaftsbild integriert und als Fläche dennoch im Kontrast zur Umgebung steht: den emporragenden Linden, dem Euthanasiedenmal von Wieland Schmiedel, der Kirche und der bewegten Landschaft des Harzvorlandes.

Bei meinen Recherchen stieß ich auf ein Bild der Deckenmalerei in der Apsis der Lindenhofkirche, deren sakralen Schmuckornamente der entscheidende Auslöser für meine konkrete Gestaltungsidee waren. Diesen entscheidenden „Auslöser“ der Entwurfsidee zu finden war für mich die schwierigste Phase des Schaffensprozesses, da ich prinzipiell jeden Ansatz in allen erdenklichen Fragestellungen geprüft habe und oft verwerfen musste.

Mit dem Zitat der Blumenform aus der Deckenmalerei konnte ich hervorragend arbeiten und formale und inhaltliche Bezüge schaffen, die meine erste Festlegung: einen „Gedenkort für die Opfer“ zu gestalten, im Wesentlichen bestärkten.

N.B.: Welche Symbole haben Sie bei Ihrer künstlerischen Arbeit verwendet?

S.A.: Auf der von Linden umrahmten Wiese neben der Kirche ist die Bodenskulptur in Form einer stilisierten Blüte aus einem 35 cm breiten Messingband platziert. Dort sind alle Namen der Opfer eingeprägt. Innerhalb des Messingbandes ist die Wiese mit blau blühenden Blumen, wie der Schwertlilie, bepflanzt. Die formale Gestaltung des Gedenkortes hat mehrere Bedeutungsebenen, stellt Bezüge zur Umgebung her und lässt viele Assoziationen zu.

Die goldfarbene Blumenform zitiert die sakralen Schmuckornamente aus der Deckenmalerei der Apsis in der Lindenhofkirche, die auf blauem Hintergrund für ein ewiges, himmlisches Leben im Paradies stehen. Auch die blaue Lilie steht symbolisch für das ewige Leben. Einer Legende nach sollen nach dem Tod Marias Lilien und Rosen statt ihres Leichnams im Grab gefunden worden sein. Die Lilie, oder Iris, die nach der gleichnamigen griechischen Götterbotin genannt ist, wurde vor Jahrtausenden als Begleiterin der Seelen ins Totenreich angesehen. Die christliche Religion hat die Bedeutung der Iris als Götterbotin ebenfalls übernommen, die zusammen mit der symbolischen Kraft des Regenbogens einen Bogen zwischen Menschen und Gott schlägt. Karl Foerster, Gärtner und Pflanzenphilosoph, beschreibt die Iris, in einer Ode, so: „Der Name Iris deutet schon an, dass die Menschen fühlten, dies Ufergebilde rühre an ein mythisches Geheimnis. Wie ergreifend ist der aus glitzerndem Schaum gewobene, feierliche und gefestigte Aufbau dieser Blüte! Der Duft aus der Götterwerkstatt des Wundergebildes ist ein Hauch von unirdischer und verzehrender Zartheit.“

Würdevoll soll den Opfern an diesem Ort gedacht werden. Sie bekommen einen Platz auf Erden, der ihnen nach dem grausamen Mord ein himmlisches Leben nach dem Tod wünschen lässt.

N.B.: In welchen Bezug steht Ihre Arbeit in Neinstedt zu Ihren anderen künstlerischen Werken?

S.A.: Formal betrachtet gibt es in der Formgestaltung der Blütenform Prinzipien, die bei meinen Arbeiten häufiger auftauchen. So ist das Messingband in 24 Segmente eingeteilt und soweit reduziert, dass ich die Blütenform mit zwei verschiedenen Bogenformen modular bauen konnte. Modulare Bauweisen, besonders Steck-Prinzipien, finde ich als Gestaltungsmittel sehr interessant. Sie ermöglichen eine spielerische Formfindung und ein serielles Arbeiten. Bei diesen spielerischen Untersuchungen ist für mich der Moment immer wieder reizvoll, wenn aus einer Ahnung, einer groben Skizze heraus, eine konkrete Form für die Umsetzung entsteht und das Ungeplante zu einer „Neuentdeckung“ führt.

Mit christlicher Symbolsprache kam ich 2018 in Kontakt, als ich die Innenraumgestaltung eines Altarraumes einer kleinen Kapelle in Swantow auf Rügen übernommen hatte. Die Aufgabenstellung und die inhaltlichen Bezüge des Gedenkortes in Neinstedt sind jedoch neu für mich gewesen.

N.B.: Gab es Schwierigkeiten und Hindernisse, die Sie während der Erschaffung des Kunstwerks bewältigen mussten?

S.A.: Es gab typische handwerkliche Herausforderungen bei der Umsetzung des Werkes. Einen Monat lang habe ich die über 1000 Namen der Opfer selbst, mit Hammer und Buchstabenpunzen, in die 24 Messingtafeln eingeschlagen. Mit Schablonen, Führungshilfen und strengem Arbeitsprozess gelang mir diese Arbeit als Goldschmiedin recht gut. Bei über 1000 Namen – Buchstabe für Buchstabe, habe ich mich einmal verschrieben und konnte diesen Fehler jedoch gut ausbessern.

Am schwierigsten erwies sich die genaue Umsetzung des Betonfundamentes, auf der die 24 Messingtafeln angeschraubt sind. Es befindet sich an einer kleinen Hanglage. Das Problem des perfekten Ausnivellierens hatten die Tiefbauer uns überlassen. Ulrich Grimm, Architekt bei der evangelischen Stiftung Neinstedt, mein Freund und ich haben über eine Woche an der Problemlösung und der Fundamentausbesserung gearbeitet.

N.B.: Welche Wirkung erhoffen Sie sich von einem solchen Gedenkort?

S.A.: Ich wünsche mir, dass die bedeutungsvolle Geschichte des Gedenkortes von Menschen interessiert wahrgenommen wird und sie in ihrer Ehrfurcht vor dem Leben bestärkt.

Karl Foerster stellte im letzten Jahrhundert schon fest: „Das Gute bricht sich aber keineswegs selber Bahn, sondern man muß fortwährend neue Mittel suchen, ihm Bahn zu brechen, und darf sich in keiner Weise auf die automatische Weltverbreitung guter und bester Dinge durch ihren eigenen Wert verlassen.“ In diesem Sinne hoffe ich, dass der Gedenkort so ein Mittel ist, um die Geschehnisse der Euthanasie und deren Opfer in Neinstedt nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.



„10961 verbrannte Dörfer.“ Gedenkstätte Chatyn, Belarus. Installation in dem neuen Museum, 2023.

Ankerpunkte der Erinnerung: Der Zweite Weltkrieg in Erinnerungskulturen Deutschlands und des östlichen Europas

Katja Makhotina

Die Leerstellen

Je mehr Zeit seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges vergeht, desto größer wird seine Bedeutung für osteuropäische Gesellschaften, und vor allem für die Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Es ist bemerkenswert, dass gerade während des aktuellen Übergangs vom kommunikativen in das kulturelle Gedächtnis über den Krieg und seine Folgen gestritten wird. Die Besonderheit der erinnerungskulturellen Situation liegt im aktuellen Krieg Russlands gegen die Ukraine: Ein Nachfolgestaat der siegreichen Sowjetunion, die Russländische Föderation, hat einen anderen Nachfolgestaat, die Ukraine, angegriffen, führt Krieg gegen seine Menschen und seine Kultur, und bezieht sich dabei auf das Erbe und die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg.

Anders ist die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg in Deutschland gelagert. Eine im Dezember 2021 durchgeführte MEMO V-Studie zeigte, dass in den Umfragen die Kriegserinnerung nach wie vor westeuropäisch orientiert ist: Fast 75 Prozent nannten Frankreich als Land, das am stärksten mit dem Krieg in Zusammenhang gebracht wird. Bezeichnenderweise wurde Russland mit 36,3 Prozent genannt, und nicht die Sowjetunion (8 Prozent), und bezeichnenderweise nehmen alle anderen Sowjetrepubliken die letzten Listenplätze ein: Nur 1 % dachte an die Ukraine, Belarus bekam nur 0,1 Prozent.¹ Der deutsche Vernichtungskrieg im Osten wird immer noch als „Russlandfeldzug“ verstanden, nicht als Krieg gegen die *Sowjetunion*, einen Vielvölkerstaat. Die 2023 durchgeführte MEMO-Jugendstudie zeigte ähnliche Wissenslücken in Bezug auf den Krieg „im Osten“. Die Frage nach den ihnen bekannten Konzentrationslagern beantworteten sie mit der Nennung von Auschwitz (75 %), Dachau (35 %), gefolgt von Buchenwald und Bergen-Belsen.² Somit wird noch einmal die Zentralität von Auschwitz als Symbol für das industrielle, technologisierte Töten deutlich. Bezeichnend ist, dass die genannten Lager im (deutsch besetzten) Polen und in Deutschland liegen. Kein Lager, sei es KZ, Gefangenen- oder Arbeitslager, wurde genannt, das auf dem sowjetischen oder jugoslawischen Gebiet liegen würde. Wenn Holocaust erinnert wird – dann denkt man an das abstrakte Töten in Auschwitz, jedoch nicht das Massenverbrechen an der jüdischen Bevölkerung im Holocaust by bullets, an dem sich die Generation der (Ur-)Großväter beteiligte. Die Gewaltgeschichte im Osten ist noch weitestgehend unbekannt.

Zum einen liegt es in der Westorientierung deutscher Erinnerungskultur: Westliche Nachbarn wie Frankreich, die Niederlande oder Italien waren auch im Alltag den Deutschen viel näher als die Sowjetunion, Polen oder Jugoslawien. Zum anderen liegt es in der fortgesetzten Tradierung des Bildes vom „Feind im Osten“ durch die antikommunistische Gesinnung der alten Bundesrepublik, die nach der Wiedervereinigung auch für Ostdeutschland prägend werden sollte. Es ist bezeichnend, dass sowjetische und polnische Literatur über den Krieg, die in der DDR erschienen war, im Westen nicht mehr nachgedruckt wurde. So waren die Stimmen der Betroffenen hier nicht wahrnehmbar. Das langjährige Nicht-Wissen-Wollen über die Taten der Kriegsgeneration und die Abwesenheit der Betroffenenperspektive in der Erinnerungskultur führen dazu, dass diese Länder bis heute nicht auf der Erinnerungskarte in Deutschland sind.

Eine unmittelbare Folge für die Erinnerungskultur ist das fehlende Bewusstsein, dass die NS-Gewalt im Rahmen des Vernichtungskrieges auch unmittelbar „vor der Haustür“ und in aller Öffentlichkeit stattfand. Die Menschen aus dem „Osten“ waren hier – als Kriegsgefangene oder Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter. Hier wurden sie als Arbeitssklaven ausgebeutet, misshandelt, öffentlich hingerichtet, oder sie starben an Bomben kurz vor der Befreiung, da ihnen der Zugang zu den Luftschutzkellern verwehrt war.³ Bis heute sind Zeichen ihrer Präsenz hier lediglich Kriegsfriedhöfe, auf denen sie, meistens namenslos, in Massengräbern liegen. Es gibt für diese Opfergruppe kein Denkmal in der deutschen Hauptstadt. Eine mittelbare Folge ist das fehlende Wissen der jungen Generation über den Zweiten Weltkrieg, da der Unterricht in Geschichte zu diesen Themen oft nicht ausreichend ist. Viel wichtiger erscheint mir jedoch das daraus kommende Unverständnis der migrantischen Erinnerungsdiskurse. Sowohl die hier lebenden Menschen mit polnischem, ehem. sowjetischem, ehem. jugoslawischem (und nicht vergessen – auch griechischem!) Migrationshintergrund bringen andere Geschichten über den Zweiten Weltkrieg aus ihren Familien mit. Diese Geschichten, in denen Gewalt der Deutschen eine Rolle spielt, sind in deutscher Gedächtniskultur und Erinnerungspolitik nicht präsent. Dazu gehört auch die häufig wahrzunehmende Gleichsetzung sowjetisch = russisch. Die sowjetischen Gräber werden als russische Gräber bezeichnet, und Russland als alleinige Opfer und Siegermacht kommuniziert. Das ist falsch: die Sowjetunion war ein Vielvölkerstaat, und vor allem heute müsste man aufschlüsseln, dass unter den Opfern viele Ukrainer waren (wie auch Angehörige anderer Nationen). Denn das betrifft die Frage der Erinnerungsverantwortung: Deutschland hat historische Verantwortung nicht nur gegenüber Russland, sondern nicht minder auch gegenüber der Ukraine. Es ist ein abermaliges Zeichen einer defizitären Aufrichtigkeit des deutschen Nie-Wieders, dass es den Krieg brauchte, damit die Ukraine hierzulande auch als Land, das von NS-deutscher Gewalt extrem betroffen war, in den Wahrnehmungshorizont hineinkommt.

Erinnerung als Kampf

Die Erinnerung an die Besatzungsgewalt der Deutschen war in der Nachkriegszeit ein Kampf der Überlebenden und ausschließlich ihre Sache. Im Westen kümmerte man sich um die West-Anbindung Deutschlands im Kalten Krieg, und es war keine Bereitschaft da, sich mit dem Holocaust auseinanderzusetzen. Die Opferperspektive

hatten lange Jahrzehnte die Deutschen für sich beansprucht, zentralisiert im schillernden Mythos des deutschen Opfergangs von Stalingrad – und Empathie ist eine sehr beschränkte Ressource. In West-Deutschland war man misstrauisch gegenüber den ersten Gedenkstätten, oft baute man sie ab, damit sie nicht zu „roten Treffpunkten“ wurden.⁴ Die Lagerüberlebenden, organisiert in internationalen, grenzüberschreitenden Verbänden, stießen auf Widerstand bei ihrer Arbeit an der Erinnerung und bei ihrer Ermittlung und Verfolgung der NS-Täter und ihrer Mithelfer. „Nie wieder!“ war hier eher ein Kampfruf als eine Trauerfloskel. In ihren ersten Ausstellungen, Mahnmalen und Gedenkstätten verewigten die Überlebenden in ihren jeweiligen Sprachen – *Never again!*, *N'jamais plus!*, *Nie wieder!*, *Nikogda bolsche!* – die Beschwörung, die Menschheit möge sich erinnern und Auschwitz nie wieder zulassen. Ihr Eintreten für die Erinnerung war ein Kampf; das Erzählen über die KZ-Schrecken verband sich mit der Kritik an den Nichts-Wissen-Wollenden der Nachkriegsgesellschaft.

Jenseits (west-)deutscher Grenzen waren Lagerüberlebende in Ost und West die ersten Sprecher und Akteure der Erinnerung. Ihre Narrative waren heroisch, aber nicht, weil man es ihnen vorschrieb, sich so zu erinnern. Die Überwindung des Traumatischen war möglich durch die Erzählung von Mut und Heldentum. Der Kommunismus mit seiner Ausrichtung in die Zukunft, das Kämpferische und das Heldenhafte bot den Überlebenden wohl einen Raum, um der Pflicht nachzukommen, sich zu erinnern und sich zugleich als integriertes „Nicht-Opfer“-Subjekt zu erhalten. Vielleicht war es eine Hilfe, um weiterhin normal zu „funktionieren“?

Bemerkenswerterweise verzichteten die analytischen Konzepte der Erinnerungstheorie auf die Auseinandersetzung mit den narrativen Erzählrahmen der Kultur der kommunistischen Länder und den Funktionen der heroischen Erzählung.⁵ Auch in der populär-geschichtlichen Auffassung stellt man der heroischen Erinnerung ein Andersartigkeitszeugnis aus, man wundert sich darüber, dass das Leiden mit Sinn aufgeladen wird. Man hält die Abwesenheit des Opfermotivs, des Leids und des Traumas nicht aus: Es wurde als eine „falsche“, nicht-aufrichtige Erinnerungsform gesehen.

Vor allem für jüdische Überlebende war es aber sehr wichtig zu vermitteln, dass Juden nicht wie die „Schafe auf die Schlachtbank“ gegangen sind. Mit dem Aufruf, Juden nicht als passive Opfer zu erinnern, wollten sie gegen die Passivität der Welt und gegen ihre Gleichgültigkeit kämpfen. Später machte es sich Arno Lustiger zur Aufgabe, den



Heroisierende sowjetische Erinnerungskultur. Skulpturengruppe im Mahnmal in Salaspils, Lettland, 1967

Mythos der jüdischen Passivität zu entkräftigen. Ein anderes Motiv war das Erzählen-müssen für jene, denen es nicht gelungen war, zu überleben. Die Reue, überlebt zu haben, die „survivors guilt“, färbte sich auf die Erzählung ab.⁶ Dieses Kämpferische und die Erzählung als Pflicht zeichnen bis heute Erinnerungen der Zeitzeugen aus. Der Heroismus als Akt des Widerstands gegen Vergessen und gegen Viktimisierung findet sich auch in der Denkmalkunst. Das Denkmal des polnischen Juden Nathan Rappoport, eingeweiht am 19. April 1948 für die Aufständischen des Warschauer Ghettos, stellte die Figur eines starken jungen Mannes ins Zentrum. Die Inschrift „Für die jüdischen Märtyrer, für die Ghetto-Kämpfer“ spiegelt den transnationalen jüdischen Diskurs wider. Nicht von ungefähr wurde dieses Denkmal auch von den frühen, noch sowjetischen Denkmälern für die jüdischen Opfer zitiert, wie zum Beispiel in Petschera (heute Ukraine), wo am Massengrab für die erschossenen Juden ein Obelisk die Fotografie des Denkmals von Rappoport zeigt. Dieses Denkmal entstand in den 1960er-Jahren, und geht auf eine Graswurzelinitiative zurück.

Eine andere Erinnerungslogik lag im kriminalistischen Ansatz, das Verbrechen zu beweisen, um den Versuchen, das Verbrechen zu leugnen, entgegen zu wirken. Von diesen Erinnerungsmotiven waren auch die ersten Gedenkstätten geprägt. Die erste KZ-Gedenkstätte in Europa, am Ort des KZ Majdanek, wurde von polnischen, kommunistisch und pro-sowjetisch orientierten Erinnerungsakteuren 1947 geschaffen und bekam den Namen „Denkmal für das Märtyrertum der Polen und anderer Völker“. In ihrem Zentrum stehen die Asche der hier vergasteten Menschen und die hunderttausenden Schuhe, die von ihnen blieben und die die Rote Armee bei der Befreiung von Majdanek vorfand.⁷ Durch die Ausstellung solcher extrem erschreckender, emotionalisierender Exponate wollte man vor allem die Evidenz liefern: Es ist wirklich passiert! Ein anderes Ziel war das Auslösen von Betroffenheit. Wie Volkhard Knigge über die allerersten Gedenkstätten schrieb: „Schrecken, Abscheu und Mitleid sollen resistent machen gegen nationalsozialistisches Gedankengut und in einem „Nie wieder!“ kulminieren. [...] Ausstellungen waren so gesehen weniger Medien der Information als vielmehr Evokationen der Verleugneten, Bekenntnisse, Läuterungsräume, politische Stellungnahmen und Erziehungsinstanzen, in deren Zentrum ein Begriff stand: Betroffenheit.“⁸ Schuhe, Brillen, Schlüssel, die als „terrible byproducts“ Bestandteile jeder Ausstellung waren, sind seitdem *die* Exponate für Geschichten der genozidalen



Die letzten Spuren menschlicher Existenz: Brillen in der Gedenkstätte Kaunas IX. Fort.

Gewalt. Auch in der ersten sowjetischen Ausstellung im litauischen Kaunas, im KZ-Lager *Kaunas IX. Fort*, sammelten die jüdischen Überlebenden, ehemalige sowjetische Partisanen, solcher Art Gegenstände zusammen. Das 1959 eröffnete Museum sollte durch die Präsentation der letzten Spuren menschlichen Lebens ideologisch das „Nie-Wieder“ einfordern und menschlich ein Denkmal für alle Toten setzen.

Das „Nicht-Sprechen“ über das Trauma und die Stabilisierung der Identität durch Selbsteroisierung: Diese zwei Erklärungsrahmen waren eng miteinander verbunden. Das kritische Potenzial der kommunistischen Sprache nutzte man im Westen, um eine gegenwartskritische Haltung zu zeigen und die Dekolonisierung durch das Wachhalten der antifaschistischen Position im Krieg zu bestärken.⁹ Im Osten sollte es wie ein Kitt dienen, und das Motiv des proletarischen Internationalismus sollte den Raum der sowjetischen Ausdehnung zusammenhalten: Dazu gehörte auch die DDR, die die sowjetische Politik mit einem positiven Identitätsangebot, dem antifaschistischen Mythos „in Stalingrad ist der neue deutsche Staat geboren“, versah. Das antikommunistische Westdeutschland blieb von der „lästigen“ Erinnerungsverpflichtung gegenüber Menschen aus dem Osten verschont: Entschädigungsforderungen wurden nicht gestellt.

Legendär ist die Geschichte von der verwirrenden Inschrift auf dem Hauptmahnmal in Dachau *Никогда Больше* (dt. Nie Wieder) bei der beim letzten Wort das „e“ abgefallen war, und es niemanden gab, dem es aufgefallen wäre. Erst nach der Öffnung des „Eisernen Vorhangs“ begannen die bis dahin nicht präsenten Opfer des deutschen Vernichtungskrieges im Osten, hier in Deutschland ihre Schicksale öffentlich zum Ausdruck zu bringen. Viele von diesen Männern und Frauen litten auch nach dem Kriegsende – sie gehörten nicht ins Heldenpantheon der offiziellen sowjetischen Erinnerungskultur – und lebten in Armut, ausgeschlossen aus der Erinnerungsgemeinschaft. In der Hoffnung, dass ihre (Leid-) Erfahrung in Deutschland anerkannt wird, wandten sich viele von ihnen an die Bundesrepublik und auch an die historischen Orte, an denen sie gelitten hatten: an die bundesdeutschen Gedenkstätten der ehemaligen KZ. Dank des Engagements des Internationalen Fördervereins für Internationale Jugendbegegnung und Gedenkstättenarbeit in Dachau (kurz: Förderverein Dachau) können Überlebende aus Russland, Belarus und der Ukraine bereits seit fast 25 Jahren zu den Gedenkfeiern eingeladen werden. Das gemeinsame Gedächtnis und die geteilte Trauer einten die Bürgerinnen und Bürger des einst gemeinsamen Staates. Auch die Lebenssituation dieser älteren Menschen war sehr ähnlich: im wirtschaftlichen Chaos der Privatisierung wurden die Renten nicht ausgezahlt, man lebte in bitterer Armut.¹⁰ Es dauerte bis in die 2000er Jahre, dass die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter sowie ehemalige KZ-Häftlinge aus der Sowjetunion entschädigt wurden – und auch nicht vom Staat, sondern von einer Stiftung – der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“.

Dreißig Jahre sind seitdem vergangen. Heute ist ein gemeinsames Gedenken von Russen, Ukrainern und Belarussen schwer vorstellbar. Um die Orte des Gedenkens, um Symbole und Rituale wird bitter gekämpft. Noch vor dem russischen Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 hatte das Totengedenken eine nationale Form bekommen: die Fahnen Russlands, Belarus und der Ukraine wurden zu „Identitäts-Markern“. Und auch vor 2022 begann die Diskussion, welche nationale Gemeinschaft in diesem Krieg am meisten gelitten hat.

Ethische und nationale Wende in der Erinnerungskultur

Seit den 1990er Jahren prägen die „Kultur der Wunde“¹¹ und eine Politik der Reue (Jeffrey Olick) unseren Zugang zur Geschichte und vor allem zur Erinnerung an den

Zweiten Weltkrieg. Man wendet sich den Opfern zu, man zeigt Pietät, man erinnert sich an die Genozide, man stellt Mahnmale für die Opfer auf, man wendet sich einer postheroischen Erinnerungskultur zu.

Häufig wird übersehen, dass zeitgleich mit der ethischen Wende in der Erinnerungskultur auch eine Re-Nationalisierung der Erinnerungskultur stattfand. Es ist paradox: In unserer globalisierten Welt, in der Migrationen und Transfers eigentlich das Nationale (und alles was mit Grenzen zu tun hat) als überkommene Idee erscheinen lassen, erlebt gerade *die Nation* eine Renaissance als Bezugspunkt der kollektiven Identität. Die Zeit der auf Zukunft gerichteten Erinnerungskultur ist passé; nicht mehr der Sozialismus als Utopie oder der Kosmopolitismus des Weltbürgertums kann Gesellschaften zusammenhalten. In dem von François Hartog geprägten Begriff des *presentisme* kommen das Gestern und das Heute zusammen und verschmelzen zu einem Zeitgefühl, in dem das Gestrige viel wichtiger ist als die Zukunft.¹²

Nun geht es um den Antagonismus der Erinnerungskulturen, und kein anderer Begriff eignet sich dafür besser als der Begriff des *Opfers* der Geschichte.¹³ In ihrem Inneren werden die meistens national gerahmten Gesellschaften durch einen gemeinsamen Schmerz zusammengehalten. Dieser kann in der Gegenwart als auch in der Vergangenheit liegen. Der Opfererinnerung wird in unserer Zeit, in der das Trauma zu einer Kulturkonstante geworden ist, eine bessere *moralische* Qualität beigemessen, als es bei der Heldenerinnerung der Fall war.

Aber: auch der Begriff des Opfers ist keineswegs unschuldig. Viel mehr als der Begriff des Heldentums kann auch das Opfer instrumentalisiert werden. Kritisch sieht der Psychologe Vamik Volkan in dem inflationären Nutzen des Trauma-Begriffes die Auswirkung auf größere gesellschaftliche Gruppen.¹⁴ Die Gesellschaften lernen, sich selbst zu viktimisieren, was Fragen nach den eigenen Handlungsmöglichkeiten und eigener Verantwortung obsolet macht. Ein neues *emotional regime* (William Reddy) entsteht, in welchem die Schlagwörter wie „Täter“, „Opfer“, „Opfer-Täter-Umkehr“ unsere Wahrnehmung von Konflikten prägen.

Im post-sowjetischen Raum steht im Zentrum dieser neuen, von postkolonialen Ansätzen geleiteten Narrativen das Leid unter der Sowjetherrschaft, die als eine „fremde“ Herrschaft vermittelt wird. In diesem Ansatz gibt es keinen Platz für Gesellschaft als handelndes Subjekt, im Gegenteil: man war lediglich ein passives, subalternes Objekt fremder Interessen und Gewalt. Hier geht De-Kolonisierung mit Nationalisie-

rung Hand in Hand, und die neuen nationalen Narrativen werden affirmativ aufgebaut.

So wurden die ehemaligen KZ-Gedenkstätten zu „doppelten“ Museen, um doppelte Leidenserfahrung darzustellen. Solche Museen – dazu gehört das bereits erwähnte Kaunas IX. Fort – sind sehr gute Beispiele dafür, wie eine Musealisierung der Totalitarismus-Theorie funktionieren kann. Hier reihen sich die Präsentationen zur deutschen und der sowjetischen Besatzung Litauens in ein viktimisierendes Narrativ, in dem die Geschichte des Leids des eigenen nationalen Staates 1940 begann und erst 1990 zu Ende ging. Eine besonders starke Emotionalisierung bekommen diese Gedenkstätten durch den Begriff „Genozid“.¹⁵ Litauen führte den Begriff bereits 1992 in Bezug auf die Massengewalt während der Sowjetzeit ein, die Ukraine 2006. Als universelles Symbol der Musealisierung der genozidalen Gewalt wird die Figur des Kindes genutzt, sodass der Betrachter sich nicht der Emotionalisierung entziehen kann.

Die Nationalisierung der Erinnerung geht mit der Selbst-Viktimisierung auf der nationalen Ebene einher, und dazu gehören nun auch Russland und Belarus, die noch vor ein paar Jahren als letzte Bastionen der heroischen Erinnerung gelten konnten.

Genocidal turn in Erinnerungspolitik Russlands und Belarus

Zum 80. Jahrestag des Massakers von Chatyn – am 22. März 1943 tötete die deutsche Wehrmacht alle Bewohner des sowjetbelarussischen Dorfes Chatyn durch Feuer – wurde in der dortigen Gedenkstätte ein neues Museum eröffnet. Sein Ziel: die Besucher nicht durch Informationstexte zu überladen, sondern sie „interaktiv in das Geschehen einzubeziehen, die Tragödie an sich spüren (zu) lassen.“ Ziel der Geschichtsvermittlung sind Emotionen, nicht historisches Lernen. „Geh, Sieh und Fühle“ – lautet das Motto der neuen Ausstellung, in Anlehnung an den bekanntesten sowjetischen Antikriegsfilm „Geh und Sieh“ von Elim Klimov über die verbrannten Dörfer Belarus. In der interaktiven Ausstellung erzählt ein kleines Kind, wie es in dem deutsch besetzten Gebiet in ein Waisenhaus verschleppt wurde, wie ihm Blut für die deutschen Soldaten abgenommen wurde, wie die psychischen und physischen Folgen dieser Zeit so gravierend waren, dass es später kinderlos blieb. Der Krieg habe ihm nicht nur seine Zukunft genommen, sondern auch die der ganzen belarussischen Nation, die hier ungeheure demografische Verluste erlitten hat. Dieser Krieg, so die Botschaft des Museums, war ein Genozid an der belarussischen Bevölkerung. An der zentralen Stelle

werden Schuhe ausgestellt, was bei dem Betrachter das Bild der genozidalen Gewalt evoziert. Die Nutzung der visuellen Ästhetik des Holocaust ist heute in Anwendung auf verschiedenste Arten der Kollektivgewalt sehr verbreitet. Die Formatierungsvorlage Holocaust – holocaust-template – ist ein globales Phänomen der Musealisierung der genozidalen Gewalt.¹⁶ Belarus folgte somit einem weltweiten Trend. Wie in den ähnlich gelagerten Gedenkstätten geht es hier um Beweisführung (es ist tatsächlich passiert) und um Emotionen (Wut auf die Täter, Trauer um die Opfer).

Auch in Russland sehen wir seit 2020 eine erinnerungspolitische Offensive von un-gesehenem Ausmaß. Staatliche und gesellschaftliche Akteure bringen den Schrecken des „Großen Vaterländischen Krieges“ an die Öffentlichkeit. Sie sprechen von Opfern unter Zivilisten und vom „Genozid“ der Deutschen und ihrer Mithelfer in den besetzten Gebieten der Sowjetunion.

Die Geschichtspolitik in Bezug auf den Krieg ist nun nicht mehr nur Siegestriumph, sondern Genozid-Diskurs, der erlaubt, alte normativ und emotional aufgeladene Begriffe wie *Faschisten*, *Nazisten*, *Kollaborateure*, *Okkupation* ins Gedächtnis zu rufen und neu zu besetzen. Eins hat die Putinsche Propaganda erreicht: eine starke Emotionalisierung der Kriegsthematik. Der Genozid-Diskurs teilt bekanntlich scharf zwischen Opfern und Tätern. Die Aktualisierung der Verbrechen des deutschen Vernichtungskrieges auf dem sowjetischen Gebiet soll russische Bürger emotional mobilisieren, und vor diesem emotionalen Hintergrund entwickelt sich die Berichterstattung über den Donbas. Dieses Bild von den Gräueltaten der deutschen Besatzer ist in hohem Maße emotionalisierend und moralisierend – und deswegen handlungsleitend. So gehe es angeblich um die Beendigung des durch die Kiewer Regierung initiierten „Genozids“ in den ukrainischen Ostgebieten. Eine sinnfällige Koinzidenz war, dass der russische Überfall auf die Ukraine in einem Jahr besonders intensiven Holocaust-Gedenkens stattfand: 2022 wurde den Holocaustopfern auf dem Gebiet der RSFSR gedacht, da die meisten Massenerschießungen sowjetischer Juden auf dem Gebiet Russlands im Jahr 1942 stattfanden. Die Gedenkfeierlichkeiten boten dem Kreml eine abermalige Gelegenheit, sich als Beschützer der historischen Wahrheit und der jüdischen Erinnerung zu darzustellen und auf den Nazismus als ärgsten Feind hinzuweisen. Wie Kiril Feferman neulich feststellte, arbeitet Russland seit Jahren an seinem Selbstbild als Bollwerk gegen Holocaustleugnung und den Antisemitismus.¹⁷ Putin



„Ohne Verjährung“: Neues Mahnmal in Schestjanaja Gorka, Russland, 2020.

selbst rühmt sich oft seiner guten Beziehungen zu Israel und zu der Föderation russländischer Juden und ist durch seine pro-jüdische Position bekannt.

Die Selbstbeschreibung als Opfer – nicht als Held und Sieger – mag, denkt man an die sowjetische und post-sowjetische offizielle Erinnerungslogik, ungewohnt und rhetorisch noch nicht ausgereift sein. Doch für den Kreml liegt hier offenbar die ultima ratio, um Menschen zu mobilisieren.

Die Gesellschaften von heute werden als Gemeinschaften des gemeinsamen Traumas imaginiert. Was Gesellschaften trennt und eint, ist der Schmerz, erlitten in der Vergangenheit. War die kommunistische Erinnerung in ihrer Funktionalisierung eine einigende, so geht es bei der opferzentrierten Erinnerung nicht um *shared stories*, die als Ideal der gemeinsamen europäischen Erinnerung formuliert werden, sondern es geht um Trennung und eindeutige Rollenzuschreibung.

Erinnerung, die weh tut

Doch wie kann man in Deutschland mit diesem Problem umgehen? Wie den toten sowjetischen Soldaten gedenken und sich zur Verantwortung für den Vernichtungskrieg bekennen, in einer Situation, in der autoritäre Regime in Russland wie auch Belarus dieses Gedenken politisch missbrauchen, um ihre Gesellschaften auf den Krieg gegen ukrainische „Nationalisten“ einzuschwören, und, andererseits, sich nicht vom ehrenden Gedenken an die Rolle der Sowjetunion bei der Befreiung Europas zu verabschieden? Das Kernproblem der gegenwärtigen Erinnerungskultur ist die Floskelhaftigkeit der Gedenkkultur, die sich mit staatstragenden Ritualen und Kranzniederlegungen zufriedengibt. Doch die Monumentalität der Gedenkstätten bedeutet nicht, dass „fertig erinnert“ ist. Gerade jetzt braucht es eine „unbequeme Erinnerung“ an Täter, Zeugen und Profiteure an der NS-Gewalt und Erinnerung an den Orten, die für die Komplizenschaft am Terror, Rassismus, Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit stehen. Es braucht historische Hinweistafeln an den weiter bestehenden Institutionen wie Arbeitsämter, Krankenhäusern, Universitäten, Gerichten, Polizeistellen, sowie an den Orten der Zwangsarbeit – den Fabriken, Betrieben, Bauernhöfen, Steinbrüchen und auch Lagerunterkünften, in denen die „Ostarbeiter“ zusammengepfercht gehalten wurden. Wir brauchen auch angemessenes Gedenken an die Betroffenen, an die Opfer deutscher Gewalt, an ihren letzten Ruheorten. Die Kriegsgräberstätten für die sowjetischen Kriegsgefangenen und die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aus Osteuropa sind meistens Grabstätten außerhalb des Friedhofsgeländes oder an dessen Peripherie, ihre Grabplatten sind in die Jahre gekommen, die Inschriften kaum lesbar, oft fehlerhaft, unvollständig. Über die meisten dieser historischen Orte ist buchstäblich „Gras gewachsen“.

Hier, im Gegensatz zu den großen monumentalen Gedenkstätten, ist der Staat mit materiellen und personellen Ressourcen nicht präsent. Ist es nicht bezeichnend für die ritualisierte und staatstragende deutsche Erinnerungskultur, dass die kleineren, „von unten“ erkämpfte Gedenkstätten (wie z.B. am STALAG VI Hemer / NRW; Lager Hoffnungsthal, Köln-Rösrath, NRW) heute um ihre Existenz fürchten müssen? Denn: sie bekommen keine finanzielle Unterstützung vom Bund und sind an das altruistische Engagement ihrer schon älteren Mitarbeiter gebunden, das nach deren Pensionierung keine Fortsetzung findet.



Kindergräber auf dem Gräberfeld für sowjetische Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter auf dem Bonner Nordfriedhof.

Die periphere Lage dieser Orte spiegelt die marginale Stellung der Opfer des deutschen Vernichtungskrieges gegen Polen und die Sowjetunion wider. Es liegt nun an uns, den deutschen Krieg im Osten präsenter zu machen. Welche Form wäre hierfür die richtige? In unserem Buch „Offene Wunden Osteuropas“¹⁸ haben Franziska Davies und ich uns – durch die Stimmen der Überlebenden – mit der menschlichen Dimension des Krieges beschäftigt. Dies wäre meines Erachtens auch weiterhin eine Lösung für ein würdiges Gedenken an Opfer jenseits der Tagespolitik: eine möglichst konkrete, auf individuelle Schicksale oder Orte (der Gewalt, des Leids, des Widerstands) bezogene Form des Gedenkens. Diese Erinnerungsweise nimmt Menschen als Individuen in ihrem Leiden ernst und macht ihre schrecklichen Verluste sichtbar. Diesen Opfern haben wir in Deutschland bislang zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt.¹⁹ Auch das muss in einer kritischen Erinnerungskultur erwähnt werden. Es ist an der Zeit, diesen Menschen ihre Stimmen und ihr Gesicht zurück zu geben. Diese persönliche Dimension des Gedenkens eignet sich nicht dafür, in aggressive oder gar gewaltorientierte Narrative eingebaut zu werden. Formen des Gedenkens, die Menschen in ihrem Kontext der Zeit aber auch

in ihrer universellen Menschlichkeit wahrnehmen, entziehen sich der Logik der „Erinnerungskriege“.²⁰

Anmerkungen

- 1 https://www.stiftung-evz.de/assets/1_Was_wir_foerdern/Bilden/Bilden_fuer_lebendiges_Erinnern/MEMO_Studie/MEMO_5_2022/evz_brosch_memo_2022_de_final.pdf [Stand vom 28.05.2023]
- 2 <https://www.stiftung-evz.de/was-wir-foerdern/handlungsfelder-cluster/bilden-fuer-lebendiges-erinnern/memo-jugendstudie/>
- 3 Siehe die von der Autorin geleitete Projekte zur lokalen Erinnerung an die nicht-jüdischen Opfer: Münchner Leerstellen (<http://www.muenchner-leerstellen.de>); Bonner Leerstellen (<https://bonnerleerstellen.net>)
- 4 Siehe ausführlicher: Zarusky, Jürgen: Sowjetische Opfer von Krieg und nationalsozialistischer Verfolgung in der bundesdeutschen Erinnerungskultur. In: Wirsching, Andreas et. al. (Hg.): Erinnerung an Krieg und Diktatur. München 2015.
- 5 Traverso, Enzo: Linke Melancholie. Über die Stärke einer verborgenen Tradition. Münster 2019.
- 6 Siehe das Kapitel Von Minsk nach Malyj Trostenez, in: Davies, Franziska; Makhotina, Katja: Offene Wunden Osteuropas. Reisen zu Erinnerungsorten des Zweiten Weltkrieges. Darmstadt 2022. S. 123.
- 7 Davies, Makhotina, Offene Wunden, das Kapitel 9: Belzec und Majdanek. Europa der Toten.
- 8 Knigge, Volkhard: Gedenkstätten und Museen. In: Ders. / Frei, Norbert (Hg.): Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord. BpB-Ausgabe, Bonn 2005, 403 f.
- 9 raverso, Linke Melancholie.
- 10 Distel, Barbara, Zarusky, Jürgen: Dreifach geschlagen. Begegnungen mit den sowjetischen Überlebenden. In: Dachauer Hefte. 1992, H. 8, S. 88–102.
- 11 Vgl. Mark Seltzer, *Serial Killers. Death and Life in America's Wound Culture*, New York, Routledge, 1998.
- 12 Vgl. Hartog, François: Regimes of Historicity. Presentism and the Experiences of Time, Columbia University Press, 2016.
- 13 Siehe u.a.: Bull, Anna Cento; Hansen, Hans Lauge (2016): On agonistic memory. In: *Memory Studies* 9 (4), S. 390–404; Makhotina, Ekaterina et al. (Hg.): Krieg im Museum. Präsentationen des Zweiten Weltkrieges in Museen und Gedenkstätten des östlichen Europa. München 2015, hier v.a. Einleitung, S. 1–14.
- 14 Vamik Volkan: Trauma, Prejudice, Large-Group-Identity and Psychoanalysis: Am J Psychoanal. 2021; 81(2): 137–154.

- 15 kritische Diskussion des Genozidbegriffs in Bezug auf Stalinismus: Ganzenmüller, Jörg: Stalins Völkermord? Zu den Grenzen des Genozidbegriffs und den Chancen eines historischen Vergleichs. In: Steinbacher, Sybille (Hg.): Holocaust und Völkermorde. Die Reichweite des Vergleichs. Frankfurt a.M. 2012, S. 145–166.
- 16 Siehe dazu zum Beispiel: Subotic, Jelena: Yellow Star, Red Star. Holocaust Remembrance after Communism. Cornell University 2019; Williams, Paul: Memorial Museums. A global rush to commemorate atrocities. Bloomsbury 2007.
- 17 Feferman, Kiril: Russia as a Bulwark against Anti-Semitism and Holocaust Denial: The Second World War according to Moscow, In: Anton Weiss-Wendt and Nanci Adler (Hg.): The Future of the Soviet Past. The Politics of History in Putin's Russia. Indiana 2020.
- 18 Davies, Franziska / Makhotina, Katja: Offene Wunden Osteuropas. Reisen zu Erinnerungsorten des Zweiten Weltkriegs, Darmstadt 2022.
- 19 Siehe dazu die Projekte zur lokalen Erinnerungskultur im Rheinland und in München: <https://bonner-leerstellen.net/> und <http://www.muenchner-leerstellen.de/>.
- 20 Ich danke meinem Kollegen Peter Geiss für dieses unser Vorgehen unterstützende Statement bei der Buchpräsentation von «Offene Wunden Osteuropas» in Bonn am 25.05.23.



Gertraudenfriedhof Halle, Grabfeld der Vereinten Nationen, Abt. 25a, Fronttafel mit Inschrift, Aufnahme 2022.

Bestattung von Zwangsarbeiter*innen auf dem Gertraudenfriedhof in Halle (Saale)

Shania Timpe

Der Einsatz von Zwangsarbeiter*innen war im sogenannten „Dritten Reich“ allgegenwärtig und ein unverzichtbarer Faktor der Kriegswirtschaft. Menschen wurden zur Zwangsarbeit überall im Deutschen Reich und auch in den besetzten Gebieten in privaten Unternehmen und Haushalten sowie in staatlichen Betrieben und Behörden eingesetzt. Daher ist es nicht verwunderlich, dass es auch in Halle (Saale) zum Einsatz von schätzungsweise 15.000 Zwangsarbeiter*innen unterschiedlicher Herkunft kam.¹

Im Zentrum des „Arbeitseinsatzes“ der „ausländischen Arbeitskräfte“, wie sie in der Sprache des NS bezeichnet wurden, stand die rücksichtslose Ausbeutung der Arbeitskraft. Ernährung, medizinische Versorgung oder Arbeitsschutz waren fast immer man-

gelhaft; zugleich öffneten die rassistische und menschenverachtende Ideologie sowie die brutalen Strafregime Räume für willkürliche Gewaltausübung. Die Folge waren hohe Todesraten. In Halle starben etwa 2.000 der Zwangsarbeiter*innen, von denen ungefähr drei Viertel auf dem Gertraudenfriedhof bestattet wurden. In diesem Beitrag werden Quellen zu diesen Todesfällen und Bestattungen vorgestellt, diskutiert und die Abläufe rekonstruiert.

Von der Todesmeldung zur Bestattung

Der NS-Staat erließ für die Todesfälle der „ausländischen Arbeitskräfte“ Vorschriften, die einen scheinbar detailliert geregelten Ablauf anordneten.² Den Vorschriften zufolge verständigte die Lagerleitung oder der Betrieb beim Tod von Zwangsarbeiter*innen die Gestapo. Zudem wurde ein Arzt oder eine Ärztin zum Ausfüllen der Todesbescheinigung gerufen. Wenn gewünscht oder nötig konnte eine Sektion durchgeführt werden. Zusätzlich wurde das Arbeitsamt verständigt, welches ein Formblatt ausfüllte. Außerdem sollte das Arbeitsamt den Todesfall der zuständigen Stelle am Heimatort der Verstorbenen mitteilen, die anschließend die Angehörigen informierte. Anschließend wurde die Leiche durch ein Bestattungsunternehmen eingesargt und zum Gertraudenfriedhof gebracht, wo sie entweder eingeäschert oder im Sarg bestattet wurde. Die Einäscherung erfolgte im Krematorium des Gertraudenfriedhofs. Zudem legte die Friedhofsverwaltung eine Karteikarte an, die zusätzlich zum Ausfüllen der entsprechenden Seite an das Standesamt weitergereicht wurde, welches zusätzlich eine Sterbeurkunde ausstellte. Das Bestattungsunternehmen stellte nach der Bestattung die Rechnung an die Gestapo oder an das Arbeitsamt aus. Bezahlt wurde die Rechnung zusammen mit anderen entstandenen Kosten aus den Mitteln der Arbeitslosenversicherung, die zum „Reichsstock für Arbeitseinsatz“ umgewidmet wurden war. Der Nachlass der verstorbenen Person, der von der Betriebs- oder Lagerleitung aufgenommen wurde, sollte an die Familie übermittelt werden. Für besonders diskriminierte Gruppen wie polnische oder die als „Ostarbeiter“ bezeichneten Zwangsarbeiter*innen aus der besetzten Sowjetunion galten abweichende Vorschriften. Es ist weiterhin davon auszugehen, dass nur in seltenen Fällen der vorgegebene Ablauf auch umgesetzt wurde. Dennoch führten die bürokratischen Regeln dazu, dass heute zahlreiche Dokumente als Quellen erhalten sind. Sie sollen im Folgenden vorgestellt und diskutiert werden.

		E F G H J K L M N O P Q R S T U V W X Y Z																												
Friedhofs Register-Nr.	Pol. Reg.-Nr.	Datum der Einäscherung	Datum der Aschenabgabe	Verüttung erfolgt durch	Name <i>Griff</i>											Vorname <i>Theodor</i>														
					Bestattung <i>Münsterberg</i> den <i>6.6.</i> 19 <i>45</i> Uhr <i>Griff</i> -Friedho											Abt. <i>18</i> Raum <i>Münsterberg</i> Nr. <i>423</i>														
					Reihengrab a b c											Umbettung am <i>15.11.48</i> nach <i>4/240</i>														
					Rabattengrab — Erbbegräbnis											Denkmal von <i>aufgestellt</i> am														
					Einäscherung											Material <i>Wert RM.</i>														
					Leichenhalle / Kapelle / große / kleine											Kaufstellen Nr. <i>erworben</i> am														
					Träger <i>Wittmann</i>											Name des Erwerbers														
					Halle, den <i>9.2.1945</i>											Weitererhaltung beantragt am														
					Die Friedhofsverwaltung 715/3.											Bem.														
					Register-Nr. <i>6393</i>																									
					153 S. 43. 400 0,95-51-3, 44, 45											L 0/104														

Standesamt Halle-

Nr. des Registers *Griff* Name *Griff*

Vorname *Theodor*

Stand oder Gewerbe *Geißling Nr. 2608*

(bei Frauen der des Ehemannes)
Wohnort (Wohnung) *Wansleben am See*

Geburtsdag *24.8.14*

Sterbetag und Zeit *7.2.45*

Sterbeort *Wansleben am See* -Straße Nr. *Uhr*

Todesursache *Krankheit, bei Aufnahme in Gräberstätte*

Die Beerdigung kann laut Totenschein unbedenklich erfolgen.

Bemerkungen

Name des Vaters

Name der Mutter

Sonstige Angehörige

Halle, den *10* 194

Der Standesbeamte
I. V.:

Karteikarte zu Theodor Zeiss, verstorben in Wansleben am See

Die Dokumente – Karteikarten des Gertraudenfriedhofs

Von den insgesamt 15.000 in Halle (Saale) beschäftigten Zwangsarbeiter*innen sind etwa 2.000 Personen hier vor Ort gestorben. Diese Zahl geht auf das halesche Arbeitsamt zurück, welches u.a. Todesfälle von „ausländischen Personen (...) während ihres Arbeitseinsatzes“³ zu registrieren hatte. Eine Auswertung der erhaltenen Friedhofskartei ergibt, dass vermutlich etwa 1.450 von ihnen auf dem Gertraudenfriedhof bestattet wurden. Für jede*n Bestattete*n legte die Friedhofsverwaltung eine doppelseitig beschriebene Karteikarte an.

Die Vorderseite enthält neben den Angaben wie Name und Geburtsdatum auch Auskunft über Sterbeort, -datum und die Todesursache. Auffällig sind Vermerke hinter den Namen wie zum Beispiel „Pole“ oder „Ostarbeiter“ sowie die Angaben im Feld Stand/Gewerbe oder Sterbeort, da sie darauf hinweisen können, dass die Person als Zwangsarbeiter*in beschäftigt war. Weiterhin konnten auf dieser Seite die Namen der Angehörigen eingetragen werden, was meist jedoch nicht erfolgte. Diese Seite der Karteikarte wurde von den Standesämtern ausgefüllt und gelegentlich sogar von einem Standesbeamten oder einer Standesbeamtin unterschrieben.

Auf der Rückseite der Karteikarten konnten Angaben zur Bestattung gemacht werden, zum Beispiel die konkrete Lage des Grabes der Person oder ob sie eingemauert wurde. Jede Karteikarte enthält auf dieser Seite eine Registernummer. Nach dem Krieg wurden hier gegebenenfalls Umbettungen notiert, da einige der bestatteten Zwangsarbeiter*innen nach 1945 in ihre Heimat oder in ein anderes Gräberfeld umgebettet wurden. Letzteres erfolgte vermutlich, um die Gräber räumlich zu vereinen und um einen zentralen Ort für das Gedenken zu schaffen. Die Karteikarte wurde auf dieser Seite von der Friedhofsverwaltung unterschrieben. In der Friedhofsverwaltung des Gertraudenfriedhofs befinden sich noch heute die Originale der Karteikarten.⁴

Dokumente des Standesamtes

Im Stadtarchiv Halle sind Unterlagen des Standesamtes erhalten, die die Friedhofskartei ergänzen: Todesbescheinigungen und Sterbeurkunden. Die Todesbescheinigung (auch Totenschein oder Sterbefallanzeige genannt) ist wie die Karten der Friedhofskartei ein doppelseitiger Formularvordruck. Auf der ersten Seite sollten Name, Stand/Beruf, Datum, Tag und Ort der Geburt, Wohnort, Todestag, Todesursache, Krankheiten sowie ärztliche Bemerkungen aufgeführt werden. Zusätzlich wurden in der rechten

C

Nr. 168.

Munndorf den 8. Juni 1944.
D. Mr. Adolphe Laux

Famly name

wohnhaft in Munndorf, Brückhofer Straße, Laux

ist am 6. Juni 1944 um 20 Uhr Minuten

in Munndorf, in der Laux verstorben.

D. Mr. Verstorbene war geboren am 9. November 1922

in Paris.

(Standesamt Nr.)

Vater: unbekannt.

Mutter: unbekannt.

D. Verstorbene war — nicht — verheiratet familiantstand
unbekannt.

Eingetragen auf mündliche — schriftliche Anzeige des P.P.-Mutter
Hortilippe Louis Lebeck in Munndorf.

D. Mr. Anzeigende ist unbekannt für keine
von dem Sachverhalt über seinen Willensinhalt
verantwortlich zu sein.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben
Laux Lebeck.

Der Standesbeamte

In bestmügender

Todesursache: Alzheimer Herz- und Lungenleiden
personell

Eheschließung des Verstorbenen am in

(Standesamt Nr.).

Sterbefalleintrag für Adolphe Laux

Spalte die Angaben Familienstand, Alter und Religionsbekenntnis sowie Angaben zu den eigenen Kindern gefordert. Diese erste Seite der Totenbescheinigung wurde von einem Arzt oder einer Ärztin unterschrieben. Die zweite Seite forderte vor allem ausführliche Angaben zu den Familien der Verstorbenen sowie zum Nachlass. Es kam häufig vor, dass die Felder auf der ersten Seite lückenhaft und auf der zweiten Seite gar nicht ausgefüllt wurden. Auch bei diesen Dokumenten kann die Zugehörigkeit zur Gruppe der Zwangsarbeiter*innen durch Zusätze wie „Pole“ oder „Ostarbeiter“ erkannt werden.⁵

Auf den Sterbeurkunden finden sich ebenfalls die Felder Name, Wohnort, Tag und Ort des Versterbens, Geburtsdatum und -ort, Angaben zu Mutter und Vater sowie zum Familienstand und zur Todesursache. Darüber hinaus wurde ganz oben eine Nummer eingetragen und vermerkt, auf wessen Anzeige hin die Sterbeurkunde verfasst wurde. Unterschrieben wurde die Sterbeurkunde von einem Standesbeamten oder einer Standesbeamtin. Auch hier finden sich ähnliche Angaben zum Status als Zwangsarbeiter*innen, wie in den zuvor besprochenen Dokumenten.⁶

Sektionsunterlagen

Während innerhalb staatlichen Gewahrsams verstorbene (häufig sogar exekutierte) Zwangsarbeiter*innen immer von der Gerichtsmedizin untersucht wurden, war es ansonsten unüblich, verstorbene Zwangsarbeiter*innen an die Gerichtsmedizin zu überstellen. Allerdings sind Ausnahmen bekannt, weil die Arbeitgebenden oder die Arbeitslagerverwaltungen die genaue Todesursache feststellen lassen wollten. So sollten weitere Tode von Zwangsarbeiter*innen verhindert werden, um keine weiteren Arbeitskräfte einzubüßen. Die für die Sektion ausgewählten Zwangsarbeiter*innen waren sowohl in Halle (Saale) als auch in der näheren Umgebung eingesetzt. Es ist anzunehmen, dass ihre Leichen ebenfalls auf dem Gertraudenfriedhof bestattet wurden. Die Untersuchung erfolgte durch die Gerichtsmedizin im Franzosenweg. Die Sektionsunterlagen finden sich heute im Bestand „Institut für gerichtliche und soziale Medizin“ des Archivs der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Auf dem Deckblatt des Protokolls ist jeweils die Sektionsnummer sowie der Name und das Alter bzw. das Geburtsdatum eingetragen, außerdem das Datum, an dem der Verstorbene zuletzt gesehen wurde, wann er tot aufgefunden wurde und wann die Sektion durchgeführt wurde. Danach folgen Angaben über die Größe sowie das

Sektionsnummer: 352/43.

Name: Mokrjak, Viktor Priester
Alter: 16.4.25 22 Jahre

Wann zuletzt lebend gesehen:
(Seit wann vermisst)

Wann tot aufgefunden: 19. 10. 43. Stand:

Wann sezziert: 20. 10. 43. Stand:

Größe: 171 Körpergewicht: 49 kg. Haarfarbe:

Selbstmord, Unfall, oder natürlicher Tod: ?

Eingewiesen von Arzo, Arzt, Krankenhaus: Gattungen

Besondere Bemerkungen:

im Kläring vom Lager Osendorf gefall
Hammungstammadate
Brust links 300
rechts 150
Herzbeutel 50
Milz 1,70 gr.

Sektionsergebnis zu dem im Lager Osendorf verstorbenen Viktor Mokrjak, 20.10.1943

Körper- und Herzgewicht. Anschließend konnte eingetragen werden, ob es sich um einen Selbstmord, Unfall oder natürlichen Tod handelte und benannt werden, durch wen der Tote eingeliefert wurde. Zuletzt ist Platz für besondere Bemerkungen. Dort wurde zum Beispiel in einem Protokoll „zur Klärung vom Lager Osendorf“⁷ eingetragen. Zusätzlich befindet sich in den Unterlagen manchmal ein „Fernruf“, also die Niederschrift einer telefonischen Auskunft des Untersuchungsamtes für ansteckende Krankheiten im Hygienischen Institut der Universität Halle (Saale). In diesem wertete das Untersuchungsamt die bakteriologische Befundung des Materials aus, welches ihnen nach der Sektion übermittelt wurde. Darauf sind sowohl das Datum des Fernrufes, der untersuchende Arzt bzw. die untersuchende Ärztin, eine Tagebuch-Nummer, das Datum der Untersuchung, die Art des Materials, der Name der zugehörigen Person als auch das Untersuchungsergebnis festgehalten.

Weiterhin ist den Sektionsunterlagen ein Schreiben beigelegt, in dem die Ergebnisse der Sektion dargelegt werden. Bei einer Sektion eines Zwangsarbeiters wurde eine Vielzahl von Abnormitäten aufgelistet, wie Entzündungen oder Ödeme. In der Beurteilung hält der untersuchende Arzt dann fest: „Als Todesursache hat nunmehr eine beginnende Lungenentzündung bei allgemeiner Entkräftung zu gelten. Es empfiehlt sich – wie bei der Leichenöffnung besprochen – dem Ernährungszustand der anderen Strafgefangenen durch Wiegungen besonderes Augenmerk zu widmen.“⁸ Hier wird deutlich, dass die Arbeits- sowie Lebensbedingungen im Lager zum Tod der untersuchten Person geführt haben.

Weitere Dokumente

Private Bestattungsunternehmen übernahmen die Überführung der Leichen und stellten sie der Gestapo oder dem Arbeitsamt in Rechnung. Es konnte bisher nur eine solche Rechnung ausfindig gemacht werden. Sie wurde direkt an das zuständige Arbeitsamt in Halle (Saale) gestellt und führt die folgenden Punkte auf: „Sarg, Einsargung, Überf[ührung] Spergau - Gertr[audenfriedhof] anteilig, Träger zur Überf[ührung], Besorgung der amtl[ichen]. Papiere und die Einäscherungsgebühr.“⁹

Ein weiteres Dokument ist eine Mitteilung des Arbeitsamtes an den Militärverwaltungschef in Paris über das Versterben eines Zwangsarbeiters. Ziel dieser Mitteilung war es, die Familie des Verstorbenen ausfindig zu machen, um ihnen den Nachlass zu übermitteln. Weitere Dokumente, die ausgefertigt wurden, können den Nachlass und dessen

Übermittlung an die Angehörigen betreffen. Die Auflistung des Nachlasses erfolgte durch die Arbeitsstätte oder das jeweilige Zwangsarbeitslager. Bisher konnten diese Dokumente nur für eine Person recherchiert werden, daher ist ihr Verbleib unbekannt.

„Reichsarbeitsblatt“

Die eingangs genannten Vorschriften zur Bestattung bestanden aus Gesetzen, Verordnungen und Erlassen, die im „Reichsarbeitsblatt. Amtsblatt des Reichsarbeitsministeriums und der Reichsarbeitsverwaltung“ veröffentlicht wurden. Da der Begriff Zwangsarbeiter*innen damals nicht offiziell verwendet wurde, findet er sich auch nicht im „Reichsarbeitsblatt“ wieder. Stattdessen wurde vor allem die Bezeichnung „ausländische Arbeitskräfte“ benutzt, was den Zwangscharakter der Arbeit verschleierte und die Fiktion der angeblichen Freiwilligkeit aufrechterhalten sollte. Im Folgenden werden einige der grundlegenden Regelungen, die die Bestattung von Zwangsarbeiter*innen bestimmten, zusammengefasst, die im „Reichsarbeitsblatt“ der Jahre 1940 bis 1944 formuliert wurden. Die Praxis der Bestattungen auf dem Gertraudenfriedhof unterschied sich jedoch von diesen Anordnungen.

Wenn Personen während ihres Zwangsarbeitseinsatzes in Deutschland starben, sollten die zuständigen Arbeitsämter das Konsulat (später die Anwerberdienststellen) im Heimatland informieren, damit diese mit den Angehörigen die Überführung der Leiche und des Nachlasses klären konnten. Nur wenn die Überführung nicht gewünscht oder möglich war, wurde die Person auf einem Friedhof im Sterbeort bestattet.¹⁰ Sowohl die Überführungen als auch die Bestattungen sollten „in schlichter, aber würdiger Form durchgeführt werden.“¹¹ Ausnahmen dieser Regelungen wurden ab 1940 für aus Polen stammende Personen und ab 1942 für „Ostarbeiter“ formuliert: „Einer Überführung Verstorbener dieses Personenkreises in die Heimat kann grundsätzlich weder während noch nach Beendigung des Krieges stattgegeben werden, auch dann nicht, wenn die hierdurch entstandenen Kosten von den Familienangehörigen oder dritten Stellen getragen werden.“¹² Allgemein betrachtet unterscheidet sich der Umgang mit verstorbenen Zwangsarbeiter*innen vor allem nach ihrem Herkunftsland. Dabei wird zwischen Polinnen und Polen, Menschen aus den besetzten Ostgebieten, Menschen aus den besetzten Westgebieten und zwischen „Volksdeutschen“ bzw. Deutschen unterschieden. Laut Ulrich Herbert wurde die in dieser Unterteilung manifestierte „rassistische Hierarchie (Deutsche – Westarbeiter – Arbeitskräfte aus dem Osten) in

der Praxis überall sichtbar (...) und [konnte] sich fortwährend stabilisier[en].“¹³ Diese Sonderregelungen festigten die schlechtere Behandlung dieser Gruppen auf der Grundlage ideologisch-rassistischer Motive. Am 10. Oktober 1944 wurde die Regelung, dass die Begräbnisse von „Ostarbeitern“ und „Polen“ „in einfachster Form unter Vermeidung aller nicht unbedingt erforderlichen Nebenkosten zu erfolgen [hatten]“¹⁴, ohne Begründung aufgehoben. Vermutlich sollte so angesichts der bevorstehenden Kriegsniederlage und der Verluste gegenüber der Sowjetunion Racheaktionen vermieden werden.

Die erhaltenen Dokumente in Halle (Saale) geben allerdings keinen Hinweis auf eine unterschiedliche Behandlung der Zwangsarbeiter*innen nach ihrem Tod aufgrund ihrer Heimat. So wendete die Friedhofsverwaltung das Gebot der Vermeidung von Kosten auf alle verstorbenen Zwangsarbeiter*innen gleichermaßen an: Die Gräber wurden nur mit einer Grabnummer gekennzeichnet und die Menschen ohne Grabstein bestattet. Zudem bedeutete es, dass „ein Sarg einfachster Ausführung“¹⁵ zu benutzen war oder die Verstorbenen eingäschert werden konnten. Allerdings sollte auf die Einäschierung verzichtet werden, wenn „der Verstorbene muselmanischen Glaubens war, der die Leichenverbrennung ablehnt, z.B. bei Tataren hat unter allen Umständen eine Beerdigung zu erfolgen.“¹⁶ Auch die Vorschrift, dass verstorbene Personen aus Polen und der Sowjetunion „auf dem öffentlichen Friedhof des Sterbeortes“¹⁷ mit Abstand zu den für „Deutsche vorgesehene Grabstellen“¹⁸ beigesetzt werden sollen, wurde auf dem Gertraudenfriedhof nicht in die Praxis umgesetzt. Die verstorbenen Zwangsarbeiter*innen wurden unabhängig ihrer Herkunft relativ verstreut bestattet, sodass sich generell keine nennenswerte Trennung zwischen Gräbern von deutschen und ausländischen Personen erkennen lässt. Ursache dafür werden vor allem praktische Gründe gewesen sein.

Weiterhin lassen sich aus dem „Reichsarbeitsblatt“ auch Informationen über die allgemeinen Abläufe herauslesen: Die Arbeitsämter mussten das Versterben von Zwangsarbeiter*innen schnellstmöglich fernschriftlich oder telegrafisch der zuständigen Stelle im jeweiligen Herkunftsland mitteilen. Auch hier wurde für Polinnen und Polen und „Ostarbeiter“ eine Ausnahme formuliert, da bei ihnen die schriftliche Benachrichtigung reichte, die wesentlich länger brauchte, um ihren Zielort zu erreichen. Allgemein betrachtet sollte die Heimat informiert werden, um „ungünstige Rückwirkungen auf die weitere Werbung durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen.“¹⁹ Zu-

dem sollte ermöglicht werden, dass die Angehörigen der Bestattung beiwohnen und dass Wünsche der Verstorbenen bezüglich ihrer Beerdigung berücksichtigt werden können.²⁰

Für die Umsetzung dieser Regelungen konnten für die Bestattungen in Halle (Saale) keine Belege gefunden werden. Allein der Umstand, dass Angaben zu Angehörigen in die Friedhofskartei nicht aufgenommen wurden, spricht dagegen. Generell ist es sehr unwahrscheinlich, dass sie Anwendungen fanden, nicht zuletzt durch das Kriegsgeschehen.

In welchem Umfang die eigentlich vorgeschriebene Meldung des Todes von Zwangsarbeiter*innen bei ihren Heimatbehörden erfolgte, lässt sich für die auf dem Gertraudenfriedhof Beerdigten nicht sicher sagen. Es ist lediglich eine Mitteilung des Arbeitsamtes [Halle] an den Militärverwaltungschef in Paris erhalten, mit der Bitte, Angehörige ausfindig zu machen. Ob eine Antwort erfolgte, geht aus der Überlieferung nicht hervor. Generell scheint es bei der Meldung des Todes an die zuständige Stelle in der jeweiligen Heimat öfter zu Verzögerungen gekommen zu sein, weil im „Reichsarbeitsblatt“ mehrmals dazu aufgefordert wurde, die Todesmeldung schnellstmöglich zu übermitteln.

Auch für eine Übermittlung des Nachlasses von verstorbenen Zwangsarbeiter*innen an erbberechtigte Angehörige gibt es zu den in Halle verstorbenen Zwangsarbeiter*innen keinen Nachweis. Das „Reichsarbeitsblatt“ schrieb dies jedoch vor; es wurde sogar explizit ausgeschlossen, die Beerdigungskosten aus dem Nachlass des Verstorbenen zu bezahlen. Konnten bei „Ostarbeitern“ keine Angehörigen ausfindig gemacht werden, sollte der Barnachlass nach einem Jahr an den Reichsstock für Arbeitseinsatz übermittelt werden. Der Sachnachlass konnte schon nach drei Monaten verkauft und der Gewinn dem Barnachlass des Verstorbenen gutgeschrieben werden. Insofern der Sachnachlass sich nicht verkaufen ließ, sollte er verwertet oder vernichtet werden.²¹ Im „Reichsarbeitsblatt“ ließen sich keine anderen Regelungen für den Nachlass verstorbene Zwangsarbeiter*innen anderer Herkunft finden, daher ist anzunehmen, dass dort zumindest ähnlich verfahren wurde. Für die verstorbenen Zwangsarbeiter*innen in Halle (Saale) konnte jedoch kein Dokument ausfindig gemacht werden, welches die Übermittlung des Nachlasses an die Familie bestätigte. Konsequenz dieser Regelungen war, dass sich der NS-Staat den Nachlass der verstorbenen Zwangsarbeiter*innen aneignete.

Todesursachen

Todesursachen sind wie vorgestellt in der Friedhofskartei, den Sterbeurkunden und gegebenenfalls Sektionsunterlagen genannt. Diese sind jedoch als Täterdokumente zu klassifizieren, die den Vorgaben des nationalsozialistischen Regimes folgten. Daher ist damit zu rechnen, dass es bei Angaben wie der Todesursache zu systematischen Falschaussagen, Beschönigungen oder Umschreibungen kam, die den wahren Charakter der Ereignisse verschleierten. Zudem ist die Monokausalität, die sich oft in dieser Angabe verbirgt, insgesamt anzuzweifeln. Stattdessen muss, wie in den Sektionsunterlagen bestätigt, davon ausgegangen werden, dass eine Vielzahl von Krankheiten und Verletzungen sowie der schlechte Ernährungszustand zum Tod geführt haben. Zusätzlich haben auch die Lebensbedingungen in den Lagern sowie die schwere körperliche Arbeit zum Tod von Zwangsarbeiter*innen beigetragen. Insgesamt betrachtet bieten die eingetragenen Todesursachen generell einen gewissen Interpretationsspielraum. Eine häufig angegebene Todesursache sind Krankheiten wie Tuberkulose, die in den Städten und vor allem in den Lagern und Unterkünften verbreitet waren. Besonders die Unterernährung, die bei den Untersuchungen festgestellt wurde, in Kombination mit der schweren Arbeit, machten den Körper anfälliger für Krankheiten, daher ist das häufige Auftreten dieser Todesursache nicht verwunderlich. Dies machen die Sektionsunterlagen deutlich. Die Verweise auf „Entkräftung“ und den „Ernährungszustand“ machen deutlich, dass die Dystrophie in diesem Fall die eigentliche Todesursache war. Eine weitere mögliche Todesursache waren Folgen des Kriegsgeschehens, vornehmlich Bombenangriffe. Die Siebel-Flugzeugwerke beschäftigten eine Vielzahl von Zwangsarbeiter*innen in Halle (Saale) und wurden mehrmals bombardiert. Es ist bekannt, dass bei diesen Luftangriffen mehrere Zwangsarbeiter*innen starben.²²

Darüber hinaus gab es öffentliche Hinrichtungen von Zwangsarbeiter*innen. Das Stehlen von Essen oder der Versuch zu flüchten, konnte mit dem Tod bestraft werden. Zwei Exekutionen sind für das Lager Birkhahn bekannt. Sowohl Eugeniusz Sleczeck als auch Anton Smrz wurden wegen eines Fluchtversuches exekutiert. Während Eugeniusz Sleczeck im Lager Birkhahn hingerichtet wurde, wurde Anton Smrz dafür nach Buchenwald deportiert.²³ Vermutlich wurden weitere Zwangsarbeiter*innen des Siebel-Werkes zum Zwecke ihrer Hinrichtung nach Buchenwald gebracht, da sich bei einigen Exekutionen in Buchenwald der Vermerk „Siebel“ findet.²⁴ Zum geringeren Teil geschahen diese Hinrichtungen aufgrund formeller Todesurteile. In der Regel wurden

Zwangsarbeiter*innen aufgrund von Verstößen gegen Vorschriften oder zum Beispiel Arbeitsverweigerung in ein Arbeitserziehungslager oder in ein Polizeigefängnis gebracht. In einigen Fällen, insbesondere bei wiederholten Verstößen, verhängte ein Sondergericht formell die Todesstrafe, was auch in der Friedhofskartei sowie auf der Sterbeurkunde vermerkt wurde. Dies ist zum Beispiel bei einer Reihe von Exekution in der Döläuer Heide der Fall, bei der als Todesursache „Hinrichtung durch Erschießen“²⁵ angegeben ist.

Weitere Exekutionen fanden seit Juli 1944 auf einem Holzplatz der Pfännerschaftlichen Saline in der Mansfelder Straße 21, die zur Mansfeld AG gehörte, statt.²⁶ Insgesamt wurden dort mindestens 104 ausländische Zwangsarbeiter ermordet. Die erhängten Männer sind jedoch mit großer Wahrscheinlichkeit ohne gerichtliche Verurteilung und lediglich auf Anweisung der jeweiligen Lagerverwaltungen oder der Gestapo ermordet wurden. Die Polizei ließ sie anschließend alle auf dem Gertraudenfriedhof bestatten. Das belegen die Karteikarten, auf denen die Mansfelder Straße 21 als Sterbeort angegeben ist.²⁷ Als Todesursache sind Angaben wie „plötzlicher Herztod-Atemstillstand“ festgehalten. Solche Formulierungen wurden oft benutzt, um willkürliche Tötungen zu verschleiern.

Darüber hinaus ist unklar, ob und in welchem Umfang Gewalteinwirkung von anderen zum Tod von Zwangsarbeiter*innen führte, da nur Einzelfälle bekannt sind.²⁸ Vor allem sei es nicht zu Morden durch das Wachpersonal oder sogar zu einer systematischen Tötung durch zum Beispiel Giftspritzen gekommen.²⁹

Fazit

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass der Ablauf der Bestattungen durch die Gesetze, Erlasse und Verordnungen des „Reichsarbeitsblattes“ zwar geregelt wurde, die Realität sich aber von diesen Vorschriften unterschied. Die Dokumente, die im Falle des Todes von Zwangsarbeiter*innen angefertigt wurden, geben vorrangig Auskunft über die Personalien und über den Tod durch Angaben wie Sterbeort, -datum und -ursache. Zur Bestattung erhalten die vorgestellten Dokumente nahezu keine Angaben. Darüber hinaus wurde beleuchtet, dass die Todesursachen von einem Zusammenspiel aus Krankheiten und Unterernährung bis hin zu Exekutionen, Kriegsfolgen, vor allem Bombenangriffen, Selbstmord oder sogar Mord reichen konnten. Diese Todesursachen können jeweils mit den Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen in

Verbindung gebracht werden, denen sie aufgrund der Zwangsarbeit ausgesetzt waren. Dies ist auch in den Fällen nachvollziehbar, in denen versucht wurde, die wahren Todesursachen in den Dokumenten zu verschleiern.

In den Dokumenten lassen sich keine Misshandlungen der Leichen oder das Stören der Totenruhe erkennen. Es ist jedoch anzunehmen, dass die Bestattung auf dem Gertraudenfriedhof in Halle (Saale) fern von den Angehörigen und der Heimat nicht den Wünschen der Verstorbenen oder ihren Angehörigen entsprach. Darüber hinaus ist es wahrscheinlich, dass nicht auf persönliche Wünsche über die Ausgestaltung der Bestattung eingegangen wurde. Die bekannte Verzögerung der Mitteilung des Todes legt nahe, dass die Angehörigen meistens nicht an der Beerdigung teilnahmen. Zudem ist fraglich, ob die Meldung über den Tod den Angehörigen systematisch vorenthalten wurde.

Anmerkungen

- 1 Vgl.: Rodewald, Ralf: Das System der nationalsozialistischen Lager. in: Das vergessene Lager. Udo Grashoff, Zeit-Geschichte(n) e.V. (Hrsg.), Halle (Saale) 2. Auflage 2012, S. 57.
- 2 Die folgenden Ausführungen beruhen auf der Auswertung der noch zu diskutierenden Dokumente sowie Osterloh, Albert: NS-Lager bei Mötzlich, in: Grashoff, Udo / Zeit-Geschichte(n) e.V. (Hrsg.): Das vergessene Lager, 2. Auflage, Halle (Saale) 2021, S. 69.
- 3 Ebenda.
- 4 Vgl.: Archiv des Gertraudenfriedhofs: Kopie der Karteikarten mit den Register-Nummern 7466; 5488; 3201.
- 5 Vgl.: Stadtarchiv Halle (Saale): Kopie der Sterbefallanzeige, A 2.1 1285/1943 und A 2.1 1286/1943.
- 6 Vgl.: Stadtarchiv Halle (Saale): Kopie der Sterbeurkunden, A 2.1 59/1943 und A 2.1 162/1943.
- 7 Archiv der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale): Kopie Sektionsunterlagen mit der Sektionsnummer 352/43.
- 8 Ebenda.
- 9 Archiv der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale): Kopie der Rechnung der Bestattungs-Anstalt Willy Lutze, Betreff: Sterbefall des Louis Jeauzac.
- 10 Vgl.: Reichsarbeitsblatt: Einsatz ausländischer Arbeitskräfte; hier: Kosten der Rückbeförderung bei Erkrankung usw., Krankenhauskosten und Überführungskosten bei Todesfällen. Va 5510/30, in: 20. Jahrgang, Teil 1, Nr. 31, 22.10.1940, S. I 529f.

- 11 Reichsarbeitsblätter: Einsatz ausländischer Arbeitskräfte; hier: Kosten der Rückbeförderung bei Erkrankung usw., Krankenhauskosten und Überführungskosten bei Todesfällen. Va 5510/30, in: 20. Jahrgang, Teil 1, Nr. 31, 22.10.1940, S. I 530.
- 12 Reichsarbeitsblatt: Maßnahmen bei Todesfällen ausländischer Arbeitskräfte; hier: zivile Arbeitskräfte aus den besetzten Ostgebieten. Va 5511/979, in: 22. Jahrgang, Teil 1, Nr. 30, 13.05.1942, S. I 455.
- 13 Herbert, Ulrich: Geschichte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland 1880 bis 1980. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Berlin/Bonn 1986, S. 141.
- 14 Reichsarbeitsblatt: Maßnahmen bei Todesfällen ausländischer Arbeitskräfte; hier: Ostarbeiter und Polen, VI a 5519/211 in: 24. Jahrgang, Teil 1, Nr. 29/30, 05.10.1944, S. I 385.
- 15 Reichsarbeitsblatt: Maßnahmen bei Todesfällen ausländischer Arbeitskräfte; hier Ostarbeiter. Va 5510/6, in: 23. Jahrgang, Teil 1, Nr. 6, 09.02.1943, S. I 141.
- 16 Ebenda.
- 17 Ebenda.
- 18 Ebenda.
- 19 Reichsarbeitsblatt: Maßnahmen bei Todesfällen ausländischer Arbeitskräfte. Va 5511/362, in: 23. Jahrgang, Teil 1, Nr. 24, 10.08.1943, S. I 425.
- 20 Vgl.: Ebenda.
- 21 Vgl.: Reichsarbeitsblatt: Maßnahmen bei Todesfällen von Ostarbeitern hier: Nachlass. VI a 5510/9150/43, in: 23. Jahrgang, Teil 1, Nr. 1/2, 10.12.1943, S. I 15.
- 22 Vgl.: Grashoff, Udo: Das KZ-Außenlager Birkhahn bei den Siebel-Flugzeugwerken in Halle. in: Grashoff, Udo / Zeit-Geschichte(n) e.V. (Hrsg.): Das vergessene Lager, 2. Auflage, Halle (Saale) 2012, S. 41.
- 23 Vgl.: Grashoff, Udo: KZ-Außenlager. (wie Anm. 25), S. 31 f.
- 24 Vgl.: Jacob, Ralf: Dokumente zum KZ-Außenlager Halle. in: Grashoff, Udo/Zeit-Geschichte(n) e.V. (Hrsg.): Das vergessene Lager, 2. Auflage, Halle (Saale) 2012, S. 80.
- 25 Archiv des Gertraudenfriedhofs: Kopie der Karteikarte mit der Register-Nummer 3201.
- 26 Vgl.: Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt, Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) (Hrsg.): Ausländische ZwangsarbeiterInnen in Halle (Saale) 1939–1945. CD-ROM, Halle (Saale) 2009.
- 27 Vgl.: Archiv des Gertraudenfriedhofs: Kopie der Karteikarte mit der Register-Nummer 5488.
- 28 Vgl.: Osterloh, Albert: NS-Lager. (wie Anm. 2), S. 70.
- 29 Vgl.: Ebenda.



Prof. Diner bei seiner Rede anlässlich der Gedenkveranstaltung des Bundesministeriums für Finanzen zum 70. Jahrestag des Luxemburger Abkommens im Jüdischen Museum Berlin, 15. September 2022.

„Restitution als Gründungsakt“. Keynote zu 70 Jahre Luxemburger Abkommen.

Dan Diner

Es war 8 Uhr früh, als die bundesdeutsche, die israelische und die jüdische Delegation am 10. September 1952 durch gegenüberliegende, rituell sich öffnende Türen wortlos in den *salle des mariages* des Luxemburger Stadtpalais schritten, um ebenso wortlos am weit ausladenden Zeremonientisch Platz zu nehmen. Dort unterfertigten sie schweigend den im niederländischen Wassenaar bei Den Haag ausgehandelten Vertrag zur sogenannten „Wiedergutmachung“.

Die für einen diplomatischen Akt verdächtig frühe Uhrzeit offenbart das weitere, überaus komplexe politische Umfeld des Luxemburger Abkommens. Die Delegationen

hatten sich nämlich deshalb um 8 Uhr früh im Stadtpalais einzufinden, weil bereits um 9 Uhr, eine Stunde später und am selben Ort, eine überaus wichtige Sitzung anberaumt war: die erste Zusammenkunft des Besonderen Ministerrats der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl – der Montanunion, der ersten Institution des europäischen Einigungswerks. Anwesend waren die Gründungsväter Europas: Robert Schuman, Alcide De Gasperi und Konrad Adenauer. Letzterer führte den Vorsitz. 1949 war das Gründungsjahr der Bundesrepublik. Indes ist 1952 ein kaum weniger wichtiges *annum*, denn in jenem Jahr häufen sich fundamentale Entscheidungen: Mitten im Koreakrieg schlägt Stalin in an die westlichen Besatzungsmächte gerichteten Noten vor, ein wiedervereinigtes, gleichwohl neutralistisches Gesamtdeutschland zu schaffen. Ziel dieser nationalen Lockungen war es, die sich im Gange befindlichen Vorhaben der atlantischen wie europäischen Integration des deutschen Weststaates zu hintertreiben. Die Alternative war Deutschland oder Europa.

Auch nach innen konsolidierte sich das westdeutsche Gemeinwesen in diesem Jahr. Am 1. September wurde das Lastenausgleichsgesetz, ein Gesetz zur Kriegsfolgenbereinigung, unterzeichnet. Es diente vornehmlich der Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen. Rückblickend betrachtet handelte es sich dabei um den wohl bedeutendsten Vorgang sozialer Umverteilung in der Bundesrepublik. Neun Tage darauf, am 10. September, wurde das Luxemburger Abkommen mit dem jüdischen Volk in Gestalt des Staates Israel und der Claims Conference in Luxemburg unterfertigt. Aus deutscher Sicht war auch dies ein Abkommen der Kriegsfolgenbereinigung, das eine rasche Integration jüdischer Flüchtlinge in den jüdischen Staat ermöglichen sollte. So gesehen mutet Israel an wie ein herausgerissenes und in die Levante hinein verschobenes Stück Mitteleuropa.

Für die junge Bundesrepublik war das Luxemburger Abkommen mit dem jüdischen Volk der moralische Baustein ihrer Integration in den Westen. Dies war durchaus Kalkül, gleichwohl handelte es sich auch um mehr. Die sichtbare Ergriffenheit der daran beteiligten Personen lässt auf einen Akt der Anerkennung schließen. Für die jüdischen Vertreter bedeutete diese Anerkennung eine nachträgliche Würdigung der Ehre ihres Volkes durch die staatlichen Nachfolger ihrer vormaligen Peiniger. Für die deutschen Repräsentanten ließ das Abkommen auf Abbüßung, gar auf Versöhnung hoffen. Wenn schon nicht im Hier und Jetzt, so doch in absehbarer Zukunft. Konrad Adenauer zog

sich nach der Unterfertigung des Vertrages in eine Kapelle zum Gebet zurück und verließ sie mit Tränen in den Augen.

Allenthalben war die Wucht von Initiation, einem kollektiven Gründungsakt zu verspüren. Der am Zeremonientisch auf deutscher Seite platzierte Jakob Altmaier, ein sozialdemokratischer Bundestagsabgeordneter jüdischer Herkunft, überliefert in seinen Erinnerungen das Bild eines inneren Dramas. Angesichts des deutschen Kanzlers habe der Leiter der israelischen Delegation, Außenminister Moshe Sharett, mit „zuckenden Lippen“ dagestanden, „blass wie der Tod“. „Totenstille“ habe im Saal geherrscht. „Nur die Federn kritzelten und es roch nach gebranntem Siegellack“. So nahm Altmaier die Szene wahr, die, wie er weiter niederlegte, „sich im Schatten von sechs Millionen ermordeter, erschlagener europäischer Juden“ ereignete. Eine Szene, die seinen Worten nach „kein Dante und kein Shakespeare mit all ihrer Größe und dichterischen Wucht hätten ersinnen können.“

Die Bedeutung dieses Gründungsaktes als moralisches Entrée-Billet Deutschlands in die Gemeinschaft der Völker dürfte sich damals nur wenigen deutschen Zeitgenossen und Zeitgenossen erschlossen haben. In ihrer überwiegenden Mehrheit lehnten sie das Abkommen ab. Ein Bewusstsein von Schuld oder zumindest von Verantwortung für die an den Juden verübten Verbrechen war ihnen nicht anzusehen. Dass jenes Abkommen angesichts des nur wenige Jahre zuvor von Deutschland verbrochenen Genozids – dem später so genannten Holocaust – von jüdischer Seite als ungeheuerliche Grenzüberschreitung, gleichsam als Sünde empfunden wurde, war allenthalben präsent. Über Deutschland lastete ein jüdischer Bann – ein Fluch aus Millionen Kehlen Ermordeter.

Dass die Regierung Israels die prospektiven deutschen Zahlungen als Kompensation für materielle Schäden ausgab und nicht als eine Art von Ablass für die Dahingemordeten, wurde in der jüdischen, vor allem in der israelischen Öffentlichkeit als fadenscheinig erachtet. Vor allem wurde die Bereitschaft der Regierung Ben-Gurion, mit Deutschland in direkte Verhandlungen einzutreten, schon allein des hierfür unvermeidlichen physischen Kontakts wegen als Sakrileg geschmäht.

Die Knesseth-Debatte zu Jerusalem Anfang Januar 1952 war die stürmischste in der israelischen Geschichte gewesen – ein kollektiver Aufschrei gegen das Vorhaben der Regierung, mit Deutschland in Verhandlungen zu treten. Es war Außenminister Moshe Sharett aufgetragen, im Parlament die Argumente der Regierung gegen ihre Kritiker

vorzutragen. In polemischer Schärfe kam er diesem Auftrag nach. Dabei konfrontierte er die oppositionellen Parlamentarier mit einer Alternative: mit der Moral des Gedächtnisses und den Erfordernissen der Staatsräson. Das Gedächtnis sei rückwärts-gewandt, der Vergangenheit verpflichtet - die Staatsräson hingegen den Erfordernissen von Gegenwart und Zukunft zugewandt. Israel befinde sich in höchster Not, fuhr Sharett fort. Nur wenige Jahre zuvor war das politische Gemeinwesen der Jüdinnen und Juden errichtet worden. Indes sei seine Lebensfähigkeit keinesfalls gesichert. Dem Staat fehle es an allem. Mit Weizen beladene Schiffe dümpelten vor Haifa. Das Getreide an Bord könne nicht ausgelöst werden, weil es dem Staat an Devisen fehle. Durch ins Land strömende Flüchtlinge und Einwanderer verdreifache sich die Bevölkerung in kürzester Zeit.

Sharett warf den Gegnern von Verhandlungen zur Erlangung von Restitution vor, einem vorstaatlichen Verständnis von Wirklichkeit anzuhängen. Früher, vor der Staatswerdung Israels, so Sharett, als die Jüdinnen und Juden Verfolgung und Massakern ausgeliefert waren, seien sie ihren Feinden mit den untauglichen Mitteln des Fluchs und der Verwünschung begegnet. Dies sei ein armseliger, ein folgenloser Protest gewesen. Heute führten die Gegner eines Abkommens diese jämmerliche Tradition eines verstreuten, schutzlosen Volkes fort. Die Gegner von Restitution und Verhandlungen hätten die revolutionäre Bedeutung der Staatsgründung nicht verstanden. Sie schwadronierten von „ewigem Bann“, forderten Kontakt- und Berührungsverbote und setzten damit die Zukunft, ja die Existenz des Staates aufs Spiel. Der Eintritt in Verhandlungen mit der Bundesrepublik Deutschland um Restitution, um sogenannte „Wiedergutmachung“ war für Israel ein schmerzhaftes Moment von Transformation, einer inneren Staatswerdung.

In der Sache dramatischer, wenn auch für das bloße Auge wenig sichtbar, mag sich ein dem Geschehen vorausgegangener Zusammenhang erweisen: Nämlich der rechtsanthropologische Nexus zwischen einem absoluten Genozid, wie es der Holocaust gewesen war, und der Restitutionsfrage – oder genauer: die einer *kollektiven* Vernichtung entsprungene Anspruchsgrundlage auf *kollektive* Restitution.

Die systematische Verknüpfung zwischen absolutem Genozid und Kollektivanspruch auf Restitution rührt daher, dass die Vernichtung bzw. die Ausrottung ganzer Familienverbände dazu führte, dass niemand überlebte, um die Erbfolge anzutreten bzw. einen zivilrechtlichen Anspruch auf die materiellen Hinterlassenschaften der Ermordeten zu

erheben. Das Eigentum war durch Genozid erblos geworden. Nach geltendem Territorialprinzip würden jene Hinterlassenschaften dem Staat oder jener Gebietskörperschaft anheimfallen, auf deren Gebiet sie aufgefunden werden. Womöglich gar dem deutschen Staat.

Um derart rechtsethisch unerträgliche Folgen auszuschließen, galt es, erblos gewordene Vermögen und Besitztümer einem kollektiven jüdischen Anspruchsberechtigten zuzueignen. Der so entstehende Kollektivanspruch entspringt also dem Kollektivverbrechen – ein dem Genozid geschuldeter juristischer Schöpfungsakt. Die so begründete kollektive jüdische Rechtsfigur ist zwar schwächer als ein vollgültiges international anerkanntes Rechtssubjekt, ist aber moralisch stark genug, um in der Restitutionsfrage zu handeln.

Die aus dem Genozid hervorgegangene große rechtsschöpfende Neuerung fußt auf dem US-Militärregierungsgesetz Nr. 59 vom November 1947. Mittels seiner Maßgaben bestellte die Militärregierung sogenannte Nachfolgeorganisationen für erblos gewordenen, genauer: für durch Mord erblos gemachtes jüdisches Eigentum. Vor diesem Anspruch, dem Anspruch der Nachfolgeorganisationen, hatten das geltende Fiskalrecht und das mit ihm verbundene hoheitliche Durchgriffsrecht des Staates auf erblose Vermögen – das sogenannte Heimfallrecht – zurückzuweichen. Anspruch auf das erblose Vermögen konnte nur eine Körperschaft erheben, die berechtigt war – wie es in Gesetz Nr. 59 hieß – „eine gesamte Gruppe oder Klasse“ zu vertreten. Dies war eine Zuschreibung, die mit der in der jüdischen Restitutionssemantik gebrauchten Bezeichnung vom „jüdischen Volk als Ganzes“ (*the Jewish people as a whole*) einherging. Damit geht das US-amerikanische Militärgesetz, das den jüdischen Kollektivanspruch auf erblose Besitztümer und Vermögenswerte regelt, allem Weiteren voraus: auch dem Luxemburger Abkommen vom 10. September 1952 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem nunmehr als kollektive Rechtsfigur, wenn auch nicht als vollgültiges Rechtssubjekt anerkanntem jüdischen Volk – vertreten durch den Staat Israel und der *Conference on Jewish Material Claims against Germany*.



Kulturstaatssekretär Dr. Sebastian Putz bei seiner Rede am Mahmal der Gedenkstätte für die Opfer des KZ Langenstein-Zwieberge, 16. April 2023.

Rede von Kulturstaatssekretär Dr. Sebastian Putz anlässlich der „Tage der Begegnung“ in der Gedenkstätte für die Opfer des KZ Langenstein-Zwieberge am 16. April 2023

Sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der „Gruppe der 2. Generation“,
sehr geehrter Herr Dr. Langer (Direktor der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt),
sehr geehrter Herr Dr. Fedtke (Leiter der Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge),
sehr geehrter Herr Bertrand (bisheriger Leiter der Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge),
liebe Schülerinnen und Schüler (Gestaltende der Gedenkaktion „Krieg“),
sehr verehrte Damen und Herren!

Vielen Dank für die Einladung und die Möglichkeit, an diesem Ort das Wort zu ergreifen.
Ich bin sehr bewegt von den soeben gehörten Beiträgen der Vertreter der „Gruppe der

2. Generation“. Sie sind die Familienangehörigen und Nachfahren jener Menschen, die diese Stätte des Schreckens und des Terrors erleben und erleiden mussten. Es ist keinesfalls selbstverständlich, dass es generationsübergreifend eine derart enge und kontinuierliche Zusammenarbeit mit einer Gedenkstätte gibt. Ich danke Ihnen im Namen der Landesregierung und auch persönlich herzlichst für Ihr Engagement und Ihre Hingabe sowie für den Ideenreichtum, mit dem Sie diese Arbeit leisten.

Angeregt durch die „Gruppe der 2. Generation“ haben Jugendliche aus der Region in diesem Jahr eine Aktion zum Thema „Krieg“ initiiert. Wir hörten gerade Leilara Gofins deutliche und mit eindringlichen Sprachbildern vermittelte Botschaft, dass jeder Beitrag für den Frieden und gegen den Krieg wichtig ist – auch wenn er noch so klein erscheint.

Das Thema Krieg ist in Europa wieder gegenwärtig. Als Folge des russischen Angriffs gegen die Ukraine kämpfen in diesen Tagen Menschen gegeneinander, deren Vorfahren in den Jahren 1941–1945 gemeinsam in der Abwehrschlacht gegen den Aggressor Hitlerdeutschland standen.

Mir kam gerade im Vorfeld unserer heutigen Begegnung wieder ein Ereignis in den Sinn, das mich schon vor einem Jahr zutiefst erschüttert hat: Im März 2022, der Krieg in der Ukraine tobte seit einem Monat, starb bei einem russischen Bombenangriff auf die Stadt Charkiw der 96-jährige Einwohner Boris Romantschenko. Der Ukrainer wurde 1942 als Zwangsarbeiter nach Deutschland verschleppt und hatte die Konzentrationslager Buchenwald, Mittelbau-Dora und Bergen-Belsen überlebt.

Welch unvorstellbare Tragik, welche Perfidie der Ereignisse! – Ein ukrainischer KZ-Überlebender, der mit russischen Häftlingen in den Lagern gelitten hatte, kommt am Ende seines kampferfüllten Lebens durch russische Bomben zu Tode. Die deutschen Faschisten hatten es nicht vermocht, diesen großen Menschen zu brechen und zu töten – sehr wohl aber das System Putin mit seinem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg. Das Leid Boris Romantschenkos als Zwangsarbeiter teilten auch viele Häftlinge des Konzentrationslagers Langenstein-Zwieberge. Sie wurden zur Kriegsbeute gemacht und ihre Arbeitskraft sollte dem Nazireich dazu dienen, seinen Angriffskrieg unter Ausnutzung aller Ressourcen fortzusetzen. Die vorrangig in der Rüstungsindustrie eingesetzten Häftlinge dieses Lagers kamen aus über 30 Ländern, unter anderem aus Frankreich, Belgien, Italien, Lettland, den Niederlanden – und eben auch aus der Ukraine und aus Russland.

Die meisten Gefangenen mussten am Bau des Stollens in den Thekenbergen arbeiten. Eine gefährliche und schwere Arbeit bei gleichzeitiger Mangelernährung und völlig unzureichender medizinischer Versorgung. Rund 2.000 Menschen überlebten diese menschenverachtenden Bedingungen nicht. Dieser Stollen ist daher für die Hinterbliebenen der ehemaligen Häftlinge *der zentrale Ort ihrer Trauer* und eine Stätte der unmittelbaren Vergegenwärtigung der schrecklichen Ereignisse. Gemeinsam mit dem Förderverein haben sie sich in einer Petition für die dauerhafte Sicherung des Stollens als Teil der Gedenkstätte ausgesprochen.

Sie wissen, dass hinsichtlich des historischen Teils des Stollens das Land Sachsen-Anhalt sein Vorkaufsrecht ausgeübt hat und der Fall gegenwärtig bei den Gerichten liegt. Lassen Sie mich aber gerade von dieser Stelle aus in aller Deutlichkeit sagen: Wir als Landesregierung betrachten den Stollen als das Herzstück dieses Gedenkortes!

Verehrte Anwesende!

Wir haben heute im Rahmen unserer „Tage der Begegnung“ einen Gedenkstein für die Opfer des Todesmarsches 1945 eingeweiht. Diese Todesmärsche waren das letzte organisierte Massenverbrechen des nationalsozialistischen Staates. Im März 1945 näherten sich US-amerikanische Truppenverbände der Region Halberstadt und damit auch dem Konzentrationslager. Die SS zwang rund 3.000 Menschen auf einen Fußmarsch in Richtung Westen.

Die marschierenden Häftlinge wurden kaum mit Essen versorgt. Die meisten verloren auf dem Marsch über mehr als zweihundert Kilometer die Kräfte. Wer nicht mehr gehen konnte, wurde von den Wachmannschaften erschossen. Nur ein kleiner Teil der Häftlinge überlebte, genaue Zahlen sind nicht bekannt. Jean-Louis Bertrand hat uns in seiner Rede die erschütternden Augenzeugenberichte von Überlebenden des Todesmarsches in bewegender Weise nahegebracht.

Am 11. April 1945, vor 78 Jahren, befreiten US-Soldaten hier im Konzentrationslager ungefähr 1.400 Menschen. Sie waren von Unterernährung und Krankheiten geschwächt. Trotz medizinischer Versorgung starben auch nach der Befreiung jeden Tag 25 Menschen. Wir gedenken dieses Tages als einen „Tag der Befreiung“. Doch die Todesmärsche dauerten weiter an. Die Überlebenden dieser Märsche entkamen erst am 21. April dem Terrorregime der SS. Für sie war vor 78 Jahren der Schrecken noch nicht vorbei.

Den Opfern der Todesmärsche des Konzentrationslagers Langenstein-Zwieberge gilt am heutigen Tage unser besonderes Gedenken. Wir müssen uns immer wieder klar machen: Hinter jeder Opferzahl verbirgt sich eine menschliche Tragödie. Umso wichtiger sind Veranstaltungen wie die „Internationalen Tage der Begegnung“ an diesem Wochenende. Ihre wichtigste Botschaft lautet: Die Opfer und ihr Vermächtnis sind nicht vergessen!

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
kein Volk kann seine Vergangenheit ungeschehen machen. Aber es kann aus seiner Geschichte lernen und hieraus die richtigen und notwendigen Lehren ziehen. So wird aus dem Erinnern ein konkreter Auftrag. Dieser Auftrag lautet, unsere Zukunft im Geiste der Freiheit, der Toleranz, der Mitmenschlichkeit und der Weltoffenheit zu gestalten.

Die hier in Langenstein-Zwieberge dokumentierten nationalsozialistischen Verbrechen sind nicht nur Geschichte. Sie sind auch eine eindringliche Warnung! Wir dürfen uns nicht in trügerischer Sicherheit wiegen. Der Firnis der Zivilisation ist dünn und die Zivilisation kann schnell in Barbarei umschlagen. Die geistigen Brandstifter in unserem Land befeißigen sich bereits, gesellschaftliche Grundüberzeugungen infrage zu stellen und das Überschreiten von Toleranzgrenzen zu forcieren.

Immer ungehemmter treten sie auf und verkünden uns ihre „Alternativen für Deutschland“ auch auf dem Feld der Erinnerungskultur. Da wird gefordert, eine *„erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“* herbeizuführen. Es ist die Rede von einem *„Mahnmal der Schande“*, das sich das deutsche Volk mit dem Holocaust-Mahnmal in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt habe).

Es gilt wachsam und sensibel zu sein gegenüber solchen Einstellungen und Haltungen! Den schrecklichen Vereinfachern, den Verfälschern und Verführern, die für hochkomplexe Probleme simple Lösungen anbieten, müssen wir mit aller Entschlossenheit begegnen. In einer offenen Gesellschaft darf es keinen Raum geben für menschenverachtende Parolen. Wehret den Anfängen!

Wir alle sind aufgefordert, unsere Stimme zu erheben gegen Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Wir können uns alle einbringen und Stellung beziehen. Nur so wird es Menschen unterschiedlicher Kulturen und Religionen möglich sein, in Frieden miteinander zu leben.

Die heutige Veranstaltung gibt mir in diesem Zusammenhang Anlass, am Schluss meiner Ausführungen an den berühmten „Schwur von Buchenwald“ zu erinnern, den die befreiten Häftlinge am 19. April 1945 auf dem Appellplatz des Konzentrationslagers verfasst haben. Unter ihnen befand sich übrigens auch der eingangs erwähnte Boris Romantschenko.

In dem Text heißt es unter anderem: *„Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel. Das sind wir unseren gemordeten Kameraden, ihren Angehörigen schuldig!“*

Ich danke Ihnen.



Jüdischer Friedhof Bernburg mit sanierter Trauerhalle, 2021.

Wie der Jüdische Friedhof in Bernburg seine Würde wiedererlangte.

Joachim Grossert

Im Juni 1997 besuchte der Historiker Prof. Christopher R. Friedrichs von der University of British Columbia in Vancouver (Kanada) die sachsen-anhaltische Kreisstadt Bernburg (Saale). Er bekleidete gerade eine Gastprofessur an der Universität Augsburg und nutzte die Gelegenheit zur Spurensuche nach seinem Uurgroßvater Dr. Salomon Herxheimer (1801–1884), der seinerzeit Landesrabbiner im Herzogtum Anhalt-Bernburg war. Eine kleine Abordnung des Schulverwaltungs- und Kulturamtes der Kreisverwaltung, darunter der Autor dieses Beitrages, begleiteten Prof. Friedrichs auf den Jüdischen Friedhof in Bernburg. Für alle war es der erste Besuch auf dem ummauerten und stets verschlossenen „Guten Ort“. Das Grabmal war bekannt von einem Foto aus den 1980er Jahren; es steht exponiert am Ende des Hauptweges und wurde von der Israelitischen Gemeinde in Dankbarkeit für die über 50-jährige segensreiche Tätigkeit

des Rabbiners in Bernburg errichtet. Aber welches Bild bot sich den Gästen! Die Trauerhalle war Ruine, ohne Fenster und Eingangstür, das Schleppdach der Toranlage nicht mehr vorhanden, die Hauptwege zwar gemäht, aber alle Gräberfelder von Efeu überwuchert und als böse Überraschung das Rabbinergrabmal geschändet: Nach hinten vom Sockel gestoßen lag der Grabstein in mehrere Teile zersprungen auf dem Boden. Prof. Friedrichs nahm es scheinbar stoisch zur Kenntnis. Die Begleiter fragten, dem damaligen geringen Kenntnisstand entsprechend, dass man wohl auf jüdischen Friedhöfen umgefallene Grabsteine nicht aufstelle. Darauf entgegnete er: „Wenn sie von allein umfallen, dann stimmt das. Wenn sie aber geschändet wurden, dann soll man sie wiederaufrichten.“ Dieser Hinweis sollte Folgen haben.

Der Israelitische Friedhof wurde 1826 auf Anweisung und mit Unterstützung des aufgeklärten Herzogs von Anhalt-Bernburg Alexius Friedrich Christian angelegt. Sehr wahrscheinlich ist, dass Baurat Johann August Philipp Bunge das in Sachsen-Anhalt einzigartige Torhaus des Friedhofes entwarf. Der Friedhof befindet sich auf einer Anhöhe über einem Altarm der Saale – der Röße – am Rand der reizvollen Auenwälder des Flusses. Erst nach und nach entstanden in der Umgebung einzelne Ausflugslokale und Villen. Mitte der 1930er Jahre wurde für ein neu stationiertes Regiment der Wehrmacht in der Nähe des Friedhofs die neue Infanterie-Kaserne erbaut, die von 1945 bis 1991 von der sowjetischen Armee weiterbetrieben wurde. Das Areal ist heute teilweise mit Eigenheimen bebaut (Herrmann-Mostar-Siedlung). Die städtische Bebauung umgrenzt seit den 1970er Jahren an drei Seiten den Friedhof.

Die NS-Zeit

Für die Bernburger SA-Horden, die in den frühen Morgenstunden des 10. November 1938 die verbliebenen jüdischen Geschäfte plünderten, jüdische Männer inhaftierten und die Synagoge brandschatzten, war der abgelegene Friedhof wohl zu weit entfernt und eine Absprache mit der Wehrmacht nicht erfolgt, so dass der Friedhof unangetastet blieb, anders als etwa in den benachbarten Kleinstädten Güsten und Nienburg, wo die jüdischen Gemeinden längst nicht mehr existierten und sich der Hass der SA im Umwerfen von Grabsteinen entlud, die man am Tag danach als Baumaterial von interessierten Privatleuten abholen ließ. Die dramatischen Ereignisse der NS-Zeit hinterließen dennoch bis heute sichtbare Spuren, etwa auf den Grabsteinen mit „Platz-



Das geschändete Grabmal des Rabbiners Dr. Salomon Hexheimer, 1997.

halten“ für die zum Zeitpunkt der Steinsetzung noch lebenden Familienangehörigen. Sie sind in vielen Fällen Opfer des Holocaust geworden.

Unsichtbar dagegen ist die Tragödie, die sich am frühen Morgen des 26. November 1942 auf dem Familiengrab des Bankiers Ludwig Gumpel ereignete, der nach dem Sohn Siegfried (verstorben nach einem Unfall 1911 im Alter von 12 Jahren) 1935 hier beigesetzt wurde. Dessen Witwe, Hedwig Gumpel, war 1942 nach der Wannseekonferenz zunächst in Berlin, später bei Bekannten in Thüringen untergetaucht, bevor sie im Juli unerkannt wieder in das Bernburger Land zurückkehrte. Franz Hartling, der eine einsam gelegene Gärtnerei zwischen dem Bernburger Ortsteil Roschwitz und dem Dorf Baalberge besaß, versteckte die ihm wohlbekannte Frau – er pflegte die zahlreichen Gräber der Gumpels auf dem jüdischen Friedhof. Nach der zweiten Deportation am 16. November 1942 galt Bernburg als „judenfrei“. Eines Nachts, zehn Tage nach der erfolgten Deportation, verließ Hedwig Gumpel ihr Versteck, ging den ca. sechs Kilometer langen Weg zum Friedhof und nahm sich auf dem Familiengrab mit Veronal das Leben. Ihr Sohn Dr. Max Gumpel, letzter Eigentümer der Bank Gumpel & Samson in Bernburg (heute Standort der Salzlandsparkasse), kam im Januar 1946

als britischer Offizier nach Bernburg und wies den Bürgermeister Rudolf Eberhardt an, die Überreste Hedwig Gumpels ordnungsgemäß zu bestatten.¹

Die DDR-Zeit

Eine jüdische Gemeinde konnte nach Ende des Zweiten Weltkrieges nicht wieder entstehen – viel zu wenige Juden kehrten in ihre Heimatstadt zurück. Die letzte Bestattung war die von Eugen Madelong (1874–1954), Inhaber eines Herrenkonfektionsladens, der in der NS-Zeit der Vertrauensmann der Bezirksstelle Sachsen-Thüringen der Reichvereinigung der Juden in Deutschland für Bernburg gewesen war und das Ghetto Theresienstadt überlebt hatte. Danach wurde der Friedhof, der sich mit Urkunde vom 10.12.1949² durch das Innenministerium des Landes Sachsen-Anhalt inzwischen im Eigentum des Landesverbandes jüdischer Gemeinden (später der Synagogengemeinde Magdeburg) befand, außer Betrieb genommen. Allerdings lebte noch Margot Schauer als Jüdin in Bernburg. Als sie 1975 starb, wurde sie auf dem Friedhof III auf dem Gräberfeld der Opfer des Faschismus beigesetzt, obwohl ihr nichtjüdischer Mann – er starb 1949 – im Familiengrab der Eltern von Margot Schauer beerdigt worden war. Margot Schauer bot sich zu Lebzeiten bei ihren Besuchen auf dem Friedhof ein immer traurigerer Anblick. 1955 gab es eine massive Schändung, bei der „64 Gräber verwüstet und ein großer Teil der Gedenksteine [sic!] zerschlagen“³ wurden. Bei einer weiteren Schändung 1988 wurde der Rabbinergrabstein umgeworfen. Die Täter wurden nicht ermittelt; eine seinerzeit erstellte fotografische Dokumentation ist nicht mehr auffindbar.

1978 trat die Synagogengemeinde Magdeburg eine Reservelfläche im nördlichen Teil des Friedhofes an den VEB Gebäudewirtschaft Bernburg ab, die sie zur Errichtung eines Eigenheimes an einen Privatmann weiterveräußerte. Somit wurde die nördliche Mauer niedergelegt und eine neue errichtet. Als man auf dem Gelände unter Gestrüpp noch zwei Gräber entdeckte, wurde eine Umbettung verfügt. Ein Protokoll über die Durchführung ist bisher nicht bekannt. Außer von Nachfahren jüdischer Familien wurde der Israelitische Friedhof nur selten besucht. Lediglich der Kreisjugendpfarrer Martin Kwaschik stellte bei der Synagogengemeinde einen Antrag, den Friedhof als Station des Jugendkreuzweges im März 1988 nutzen zu können.

Die Grünpflege des Friedhofsgeländes leistete auf vertraglicher Basis mit der Synagogengemeinde Magdeburg der VEB Stadtwirtschaft. Tatsächlich ließ die Stadt den

Friedhof jedoch verkommen, wie folgende Episode illustriert. Ende Dezember 1987 besuchte der Vorsitzende der Synagogengemeinde Magdeburg, Hans Levy, mit Gästen aus Brasilien den Israelitischen Friedhof in Bernburg und fand ihn völlig ungepflegt vor. Er hatte den Besuch eigens im November dem Rat der Stadt angekündigt, die für Grünpflegearbeiten der Synagogengemeinde 3.300 M in Rechnung stellte. Auf Levys bittere Beschwerde antwortete ihm der Stellvertreter des Rates des Bezirkes Halle für Inneres, Herr Föhner: „Völlig zu Recht bin auch ich Ihrer Auffassung, daß ein Jüdischer Friedhof in einem von Ihnen dargestellten Zustand keinesfalls dem Ansehen der DDR dienlich ist. Anhand Ihrer Feststellungen werde ich eine ernsthafte Prüfung der Gesamtsituation vornehmen lassen und mich persönlich für die Durchsetzung der festgelegten Maßnahmen verwenden.“⁴ Nach bisherigem Kenntnisstand folgten jedoch keine Pflegemaßnahmen seitens der Stadt.

Nach der deutschen Wiedervereinigung

1988 wurde zum 50. Jahrestag des Novemberpogroms in Dessau am Ort der ehemaligen Synagoge ein Mahnmal errichtet. Zeitgleich verhinderte die SED-Kreisleitung Bernburg die öffentliche Präsentation der Ergebnisse einer ersten umfassenden Recherche mit der Fragestellung „Was wurde aus den Juden der Stadt Bernburg?“, organisiert und geleitet von Pfarrer Dietrich Bungeroth von der Martinsgemeinde. So gab es nur in der Martinskirche eine Ausstellung und ein über Ormig vervielfältigtes Material für den innerkirchlichen Gebrauch. Dieses wichtige Material wurde 1993, leicht ergänzt, von dem inzwischen gegründeten Verein der Freunde und Förderer der Kulturstiftung Bernburg gedruckt. Es war nach kurzer Zeit vergriffen.⁵

Um 2000 schufen engagierte Frauen im Rahmen einer mehrjährigen Arbeitsbeschaffungsmaßnahme, fachlich unterstützt von der Leiterin der Gedenkstätte für die Opfer der NS-„Euthanasie“ Bernburg, Dr. Ute Hoffmann, eine aussagekräftige Materialsammlung zur Geschichte der Juden in Bernburg. Für Forschende ist sie nach wie vor unverzichtbar.⁶

Der Friedhof jedoch verharrte noch bis zum Besuch von Prof. Friedrichs in seinem wenig gepflegten Zustand. Der Grabstein des Landesrabbiners Salomon Herxheimer wurde erst 1999 restauriert und wieder aufgestellt, wofür der zuständige Sachgebietsleiter Kultur Joachim Grossert nicht verwendete Mittel aus dem Sachsen-Anhalt-Tag-Budget verwenden konnte.

Seitdem werden jährlich zwei oder drei geschändete Grabsteine wiederaufgerichtet, in bewährter Weise durch den Bernburger Steinmetz Steinbach. Die Finanzierung erfolgte lange Zeit durch Spenden bei den jährlich durchgeführten Tagen des offenen Friedhofes mit Führungen und Ausstellungen in der Trauerhalle und durch Sammlungen in den christlichen Gemeinden. Den jahrzehntelang wuchernden Efeu beseitigten 2003 sechs Kontingentflüchtlinge innerhalb einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme. Alle Maßnahmen geschahen in vertrauensvoller Abstimmung mit dem Landesverband Jüdischer Gemeinden Sachsen-Anhalt. So auch die Sanierung des Torhauses 2000/2001, das die Stadt allein bezahlte, während die erheblichen Erhaltungsmaßnahmen für die Trauerhalle einschließlich des Gärtneraums 2014–2017 aus dem Förderprogramm „Stadtumbau Ost“ finanziert wurden. Hier ist das besondere Engagement von Uwe Hey aus dem städtischen Baudezernat hervorzuheben. 2022 gab es in der ehemaligen Trauerhalle die erste öffentliche Veranstaltung im Rahmen der Jüdischen Kulturtag Sachsen-Anhalts. Aber auch die Bedingungen für die regelmäßigen Führungen für sechste Klassen des Gymnasiums und weitere interessierte Gruppen haben sich deutlich verbessert. Man bedenke, dass 1988 Hans Levy sogar den Abriss der Trauerhalle wegen des schlechten baulichen Zustands in Betracht gezogen hatte.⁷

In modernen Zeiten veröden kommunale Friedhöfe, weil Liegefristen abgelaufen sind und viele Menschen sich anonym bestatten lassen, um niemandem zur Last zu fallen. Aber jüdische Friedhöfe haben Bestand, auch wenn die Nazis einen Völkermord begingen und in der DDR das Vergessen der Schicksale der früheren jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger bewusst oder unbewusst in Kauf genommen wurde. So sammeln wir weiter Informationen, erschließen Akten, um Biographien neu erzählen zu können. Die bewegendsten Momente aber gibt es, wenn Angehörige von Bestatteten den Friedhof besuchen. So auch im Juni 2022 anlässlich von Stolpersteinverlegungen, als Nachfahren auf den Grabstein für den Lederhändler Leopold Maschke (1860–1933) den Schriftzug seiner in Theresienstadt umgekommenen Frau Wally Maschke (1868–1942) in den Stein gravieren ließen. Die Großfamilie Gumpel war gleich mit 10 Angehörigen aus Deutschland, Israel und England vertreten. Nicht dabei war der schwer erkrankte Sohn des letzten Inhabers der Bank Gumpel & Samson, Dr. med. Michael Gumpel aus London. Er hörte 2021 vom Engagement der Arbeitsgruppe „Jüdische Geschichte in Bernburg“ für die Verbesserung des Zustandes des Jüdischen Fried-

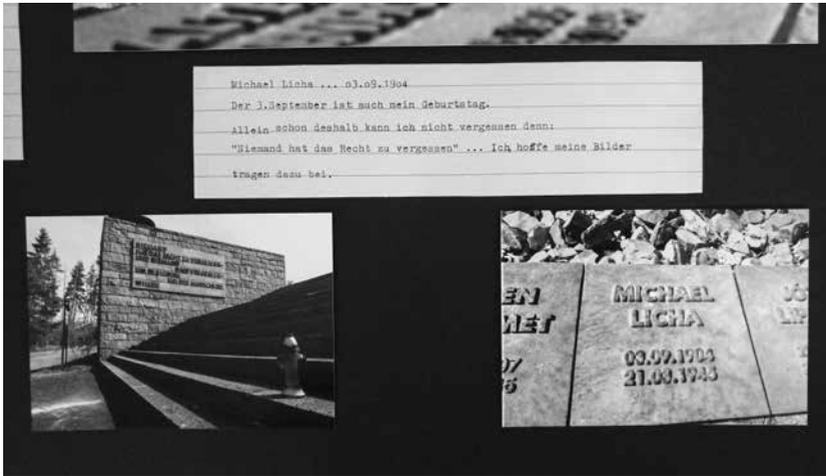
hofes und übertrug daraufhin eine über 20.000 qm große Fläche in einer Magdeburger Gartensparte, die ihm gehörte, an den Landesverband Jüdischer Gemeinden. Der jährliche Ertrag dieser Fläche in Höhe von 3.000 € steht nun der Arbeitsgruppe für weitere Erhaltungsmaßnahmen zur Verfügung. Was für eine Geste!
Der Bernburger Friedhof hat seine Würde wiedererlangt.

Anmerkungen

- 1 Grossert, Joachim: Die Grabanlage der Familie Ludwig Gumpel in Bernburg, in: Schriefl, Edith / Hieke, Anton (Hrsg.): Gute Orte. Jüdischen Grabstätten in Sachsen-Anhalt, Halle (Saale) 2022, S. 94-104.
- 2 Archiv der Synagogengemeinde Magdeburg, Bestand Bernburg
- 3 Schmidt, Monika: Die Bedeutung des offiziellen Antizionismus im Umgang mit jüdischen Friedhöfen und Friedhofsschändungen, in: Deutschland Archiv, 22.01.2019, online unter <https://www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/284290/die-bedeutung-des-offiziellen-antizionismus/> (Stand vom 21.02.2023). Nach anderen Quellen betrug die Zahl der geschändeten Steine sogar 82. https://de.wikipedia.org/wiki/Schändung_jüdischer_Friedhöfe (Stand vom 21.02.2023).
- 4 Brief Föhner an Levy, 18.01.1988, Archiv der Synagogengemeinde Magdeburg, Bestand Bernburg.
- 5 Bungeoth, Dietrich / Verein der Freunde und Förderer der Kulturstiftung Bernburg: Spurensuche: Was wurde aus der Juden der Stadt Bernburg?, 3., völlig neu gestaltete und erw. Auflage, Bernburg 1993.
- 6 Die Materialsammlung kann – ebenso wie die eines Folgeprojektes aus den Jahren 2013–2016 – in der Gedenkstätte für Opfer der NS-“Euthanasie“ Bernburg eingesehen werden.
- 7 Brief H. Levy an den Rat der Stadt Bernburg, 29.02.1988, in: Archiv der Synagogengemeinde Magdeburg, Bestand Bernburg.

Aus der Arbeit der Stiftung





Ausschnitt aus einer der Wort-Bild-Kompositionen. Mahnmal und Namenstafel in der Gedenkstätte.

„Bildsprache – Fotografie und Worte“

Gesine Daifi

Seit zwei Jahrzehnten findet jährlich von April bis Juni in Quedlinburg ein „Bücherfrühling“ statt, der vielfältige und für verschiedene Altersgruppen konzipierte Veranstaltungen rund um die Themenfelder Literatur, Theater und Film im Programm hat. Zum 20. Quedlinburger Bücherfrühling gab es am 11. und 12. April 2022 in der Gedenkstätte für die Opfer des KZ Langenstein-Zwieberge erstmals in diesem Rahmen einen besonderen Workshop. Zehn Jugendliche aus Quedlinburg und Wernigerode im Alter von 17 bis 20 Jahren nahmen daran teil. Unter ihnen waren auch eine junge Frau und ein junger Mann aus Frankreich, die zu diesem Zeitpunkt in Halberstadt einen Freiwilligendienst absolvierten. Die jungen Leute setzten sich nicht nur mit der Geschichte und den Schicksalen von Häftlingen auseinander, sondern suchten auch nach einem künstlerisch kreativen Weg, um ihre Reflexionen zum Ausdruck zu bringen.



Auf dem Gelände des ehemaligen Häftlingslagers.

Zunächst erkundeten die Jugendlichen gemeinsam als Gruppe das ehemalige Lager-gelände und ein Teilstück des Stollensystems, das die Häftlinge des KZ Langenstein-Zwieberge für die Untertageverlagerung von Rüstungsproduktion in die benachbarten Thekenberge treiben mussten. Im Anschluss durchstreiften die jungen Leute nochmals allein das ehemalige Lagergelände und richteten dabei ihren Fokus auf die Suche nach Orten, die sie persönlich auf besondere Art berührten, zum Nachdenken anregten oder Fragen aufwarfen. Diese Orte betrachteten sie aus verschiedenen Blickwinkeln, um eine Perspektive zu finden, die sie fotografisch festhalten wollten. Auf diese Weise entstanden Fotos, die die Widersprüchlichkeit des Ortes veranschaulichen, denn die Natur hat inzwischen in Form von Ranken, Blüten oder Moos die Fundamentreste von Lagerbaracken durchbrochen und an manchen Stellen wieder Besitz von dem Ort er-griffen, an dem 7.000 Menschen unter unmenschlichen Arbeitsbedingungen, Hunger, Krankheiten, Kälte und Angst gelitten haben.

Der Gegensatz zwischen dem Wissen um die Geschehnisse und der Natur, die sich einzelne Stellen zurückerobert hat, ließ bei den Jugendlichen Bilder im Kopf entste-



hen, für die sie in einer Schreibwerkstatt nach Worten suchten. Entstanden sind dabei ganz individuelle Texte, die in Form von Gedichtzeilen, Gedankensplittern oder ausformulierten Sätzen die Auseinandersetzung mit dem Ort und die persönliche Sicht der jungen Leute auf die Geschehnisse widerspiegeln.

Auf der Grundlage dieser Verbindung von Bild und Wort erarbeiteten die Jugendlichen kreative Wort-Bild-Kompositionen und stellten sie für eine gemeinsame Ausstellung zusammen. Auch wenn die einzelnen Kompositionen die individuellen Erfahrungen der Teilnehmenden bei der Beschäftigung mit dieser Thematik zeigen, haben die jungen Leute ganz bewusst auf die Nennung ihrer Namen verzichtet, da sie ihre einzelnen Arbeiten als Bruchstücke oder Puzzleteile eines Ganzen verstehen.

Am 8. Oktober 2022 wurde in den Räumen der Gedenkstätte die von den Jugendlichen gestaltete Ausstellung mit dem Titel: „Bildsprache – Fotografie und Worte“ eröffnet. Drei der jungen Leute lasen die einzelnen Texte vor. Unterbrochen wurde die Lesung von Gitarrenklängen, um den rund 50 Gästen verschiedener Generationen Zeit zu geben, das Gehörte zu reflektieren. Anschließend nutzten die Gäste die Möglichkeit, sich die Ausstellung intensiv anzuschauen und mit den jugendlichen Gestaltern darüber ins Gespräch zu kommen. Ein kurzer Rundgang über das ehemalige Lagergelände mit interessierten Gästen brachte die Ausstellungseröffnung zum Abschluss.

Das Projekt „Bildsprache – Fotografie und Worte“ war ein gemeinsames Projekt der Gedenkstätte für die Opfer des KZ Langenstein-Zwieberge, der Regionalkoordination des Harzkreises „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“, des Dachvereins Reichenstrasse e.V. Quedlinburg und des Soziokulturellen Zentrums ZORA e.V. Halberstadt. Bereits im Rahmen des 21. Quedlinburger Bücherfrühlings konnte eine Neuauflage des Workshops am 15. und 16. Mai 2023 stattfinden.



Leitungswechsel in der Gedenkstätte: v.l.n.r. Dr. Nicolas Bertrand und Dr. Gero Fedtke.

Willkommen und Abschied. Leitungswechsel in der Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge

Kai Langer

Nachdem Herr Dr. Nicolas Bertrand, Leiter der Gedenkstätte für die Opfer des KZ Langenstein-Zwieberge, bereits im Sommer 2022 angekündigt hatte, im kommenden Jahr Sachsen-Anhalt verlassen und in seine französische Heimat zurück kehren zu wollen, begab sich die landeseigene Gedenkstättenstiftung auf die Suche nach einer Nachfolge.

Im Ergebnis des Auswahlverfahrens sprach sich der Stiftungsrat auf seiner 45. Sitzung am 24.11.2022 mit großer Mehrheit für einen Kandidaten aus Weimar aus: Dr. Gero Fedtke, geboren am 08.09.1970 in Leverkusen, hatte von 1990 bis 1997 Osteuropäische Geschichte, Slawistik, Politikwissenschaften sowie Sprach- und Kulturwissenschaften Zentralasiens in Köln, Bonn und Wolgograd studiert. Nach seinem



Studium war er zunächst freiberuflich als Dolmetscher und Übersetzer für Russisch tätig gewesen, bevor er 2004 als wissenschaftlicher Mitarbeiter an den Lehrstuhl für Osteuropäische Geschichte der Ruhr-Universität Bochum wechselte.

Ab 2005 arbeitete er als Programmkoordinator für das NGO-Netzwerk „Women in Europe for a Common Future“ mit Partnerorganisation im Kaukasus und in Zentralasien in Projekten zu nachhaltiger Entwicklung im ländlichen Raum zusammen. Von 2013 bis 2019 koordinierte er für die in Weimar ansässige Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora die internationale Wanderausstellung „Zwangsarbeit. Die Deutschen, die Zwangsarbeiter und der Krieg.“

Danach war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter der Professur für Europäischen Diktaturenvergleich an der Universität Jena tätig, wo er außerdem als Koordinator des Forschungsverbundes „Diktaturerfahrung und Transformation: Biographische Verarbeitungen und gesellschaftliche Repräsentationen in Ostdeutschland seit den 1970er Jahren“ fungierte.

Mit einer Dissertation zur Geschichte der Russischen Revolution in Zentralasien war Gero Fedtke 2017 an der Universität Jena promoviert worden. Das Werk erschien zwei Jahre später unter dem Titel „Roter Orient. Muslimkommunisten und Bolschewiki in Turkestan (1917–1924)“. Neben russischer Imperialgeschichte umfassen Fedtkes Forschungsinteressen insbesondere die Themen Zwangsarbeit unter nationalsozialistischer Herrschaft sowie die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg in der Sowjetunion.¹ Seit dem 1. März 2023 ist Herr Dr. Fedtke Mitarbeiter der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt. Mit dem geplanten Ausscheiden seines Vorgängers zum 18.04.2023 übernimmt er die Leitung der Gedenkstätte sowie die Gedenkstättenkoordination für den Arbeitsbereich 1933–1945.

Als Stiftung wünschen wir Herrn Dr. Fedtke viel Schaffenskraft, Freude und Fortune für seine herausforderungsvolle neue Tätigkeit. Zugleich danken wir Herrn Dr. Bertrand für die in den letzten fünf Jahren geleistete Arbeit in der Gedenkstätte, insbesondere im Hinblick auf deren weitere Entwicklung in Richtung eines zeitgemäßen Ortes der historisch-politischen Bildungsarbeit.

Anmerkung

- 1 Seine letzten Publikationen zu diesen Themen sind: „Der lange Weg nach Hause: Ein Bericht über die Repatriierung von Ilmenau, Thüringen, nach Presnogor'kovka, Kasachstan, 1945/46“, in: NS-Verfolgte nach der Befreiung. Ausgrenzungserfahrungen und Neubeginn, Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung 3/2022, S. 15–32, sowie (mit Julia Landau) „Boxring hinter Stacheldraht“ und ‚Buchenwalds Sturmgeläut‘ – Schreiben über Buchenwald in der Sowjetunion“, in: Buchenwald – Zur europäischen Textgeschichte eines Konzentrationslagers, herausgegeben von Stephan Pabst, Berlin 2023, S. 261–282; 283–339.



Investigating History.

Ein bilaterales social media Geschichtsprojekt zum Thema: Die Befreiung des Konzentrationslagers Langenstein-Zwieberge

Tina Kröger

Wie kann die Geschichte der NS-Verbrechen der heutigen Jugend vermittelt werden? Welchen Beitrag können Gedenkstätten leisten und wie können sie gemeinsam mit Schulen erfolgreiche Projekte meistern? Ein kleines, aber dennoch internationales Projekt zwischen dem Gymnasium Martineum in Halberstadt und der Gedenkstätte für die Opfer des KZ Langenstein-Zwieberge vermag es vielleicht, hier ein paar interessante Einblicke zu geben.

Die ersten Ideen für das Projekt entstanden im Rahmen des internationalen EVZ Seminars „Passing down, Passing on“, welches Ende 2021 / Anfang 2022 am Mémorial in Compiègne, in der Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge und im Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit in Berlin-Schöneweide stattfand. Hier kamen Gedenkstättenleiter:innen- und Mitarbeiter:innen, Wissenschaftler:innen und Lehrkräfte aus Frankreich, der Ukraine und Deutschland zusammen, um über innovative Ansätze für die Gedenkstättenarbeit mit Jugendlichen zu diskutieren. In Compiègne lernte ich auch Dr. Bertrand, Leiter der Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge, kennen, in welchem ich einen gleichgesinnten Kooperationspartner fand.

Auch wenn die Ausgestaltung unserer Ideen ein langwieriger Prozess war, so waren die ersten Rahmenbedingungen schon in einem frühen Stadium klar: Als Lehrkraft für bilingualen Unterricht am Gymnasium Martineum Halberstadt leitete ich zum damaligen Zeitpunkt einen 12-köpfigen Oberstufenkurs. Daher bot es sich an, die sehr guten Englischkenntnisse der Schüler:innen zu nutzen, um einen schon länger existierenden losen Austausch mit amerikanischen Veteranenverbänden seitens der Gedenkstätte zu vertiefen. Die Befreiung des Lagers durch die *83rd Infantry Division* und die *8th Armored Division* der amerikanischen Armee ist tatsächlich ein nur wenig erforschter Aspekt der Lagergeschichte. Die Schüler:innen hatten folglich die Chance, echte Pionierarbeit zu leisten und aktiv an Erinnerungskultur teilzuhaben – ein ausgewiesenes didaktisches Ziel des Geschichtsunterrichts.

NEW
Post by Anne

FACES AND FATES
LIBERATION OF LANGENSTEIN-ZWIEBERGE CONCENTRATION CAMP
IN APRIL 1945

SLIDE AND CHECK NOW

#INVESTIGATINGHISTORY

A RESEARCH PROJECT
BY STUDENTS OF THE
MARTINEUM HIGH SCHOOL
HALBERSTADT

SUPERVISED BY
DR. NICOLAS BERTRAND (MEMORIAL LANGENSTEIN-ZWIEBERGE)
TINA KRÖGER (MARTINEUM HIGH SCHOOL)

IN COOPERATION WITH
THE 83RD INFANTRY DIVISION ASSOCIATION
THE 8TH ARMORED DIVISION ASSOCIATION

Titelbild #investigatinghistory

Folgt man dem Fachlehrplan Geschichte des Landes Sachsen-Anhalts, so sollen die Schüler:innen außerdem die Kompetenz erwerben, „digitale Aufbereitungen von Geschichte [...] selbst [zu] entwickeln“¹ in Form von Podcasts, Erklärvideos oder Social-Media-Beiträgen. Letztere Anregung gewann das Rennen um das beste Produkt für unser Projekt: Auf den Instagram- und Facebook-Accounts der Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge wurden zwischen dem 9. und 18. April 2023 sieben Posts (in Form von kurzen Texten und Fotografien, Interviewausschnitten und Reels) veröffentlicht,



die das Leben von ehemaligen Häftlingen und Soldaten während der Befreiung thematisieren. Die Daten stehen jeweils im direkten Zusammenhang mit den Ereignissen vor 78 Jahren.

Aber nicht nur die Posts sind als positive Bilanz unseres Projekts zu ziehen: Hervorzuheben sind die drei Video-Zeugeninterviews mit Überlebenden und Veteranen und die neuen Fotos, Quellen und Erinnerungen, die durch die Recherche des Bili-Kurses für die Gedenkstätte gesammelt werden konnten. Die größtmögliche Selbstständigkeit bei Quellen- und Literaturrecherche und bei der Kontaktaufnahme mit Vereinen und Zeitzeugen war das ausgesprochene Anliegen von Dr. Bertrand und mir. Die Schüler:innen sollten die Akteure ihrer eigenen Forschungen sein. Dass dies in Anbetracht des Abiturs und der vielen anderen Verpflichtungen der Schüler:innen nicht immer reibungslos vonstatten ging, versteht sich fast von selbst. Hier und da mussten wir als Mentoren also lenkend eingreifen. Auf diese Weise sind nebenbei aber auch noch weitere Biografien und Aufsätze zur 83rd Infantry Division und 8th Armored Division entstanden, welche für zukünftige Forschungen erste Anhaltspunkte liefern können. Schließen möchte ich gern mit einem Auszug aus einer an mich gerichteten E-Mail von Keven Smith, einem sehr aktiven Mitwirkenden der *83rd Infantry Division Association*, der uns während des Projekts stets mit viel Geduld und großem Engagement zur Seite stand:

„Often teenagers don't realize the importance and significance of their work until they are my age. You, Dr. Bertrand and your students have immortalized for the world to never forget in order to never repeat.“

Anmerkung

- 1 https://lisa.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MK/LISA/Unterricht/Lehrplaene/Gym/Anpassung_2022/FLP_Geschichte_Gym_01082022_swd.pdf, S. 11 [letzter Zugriff am 30. 05.2023].

Erinnerungen in neuer Gestalt. Ein Erfahrungsbericht zum Projekt „Motion Comics als Erinnerungsarbeit“

Lisa Hölscher / Felix Ludwig

Historisch-politische Bildung muss sich beständig neu erfinden. Im Oktober 2021 startete an der Gedenkstätte Deutsche Teilung (GDT) Marienborn das Projekt „MoCom: Motion Comics als Erinnerungsarbeit. Ein Projekt von und für junge Menschen in West- und Ostdeutschland mit und ohne Migrationserfahrung.“ Motion Comics (MoComs) sind animierte und vertonte Bildgeschichten.¹ In den Vereinigten Staaten halten Motion Comics schon seit den Zehnerjahren zunehmend Einzug in die Bildung:² Sowohl der Zeichenstil als auch die Kürze der etwa 10 minütigen Videos knüpfen an die Sehgewohnheiten von Jugendlichen und jungen Erwachsenen an. In der Bundesrepublik findet das Medium erst seit wenigen Jahren Verwendung.³

Entstehung und Ziele des MoCom-Projektes

Entsprechend nimmt das Projekt eine Vorreiterrolle ein: Bis Ende 2023 entstehen in Zusammenarbeit mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Alter zwischen 15 und 27 Jahren zeitlich versetzt insgesamt vier Motion Comics. Sie erzählen Erinnerungen an das geteilte Deutschland und werden von unterschiedlichen Künstlerinnen und Künstlern gestaltet. Sie ermöglichen einen niedrigschwelligen Zugang für Auseinandersetzungen und den (intergenerationalen) Austausch über Zeitgeschichte. Jede der vier Projektgruppen widmet sich einem anderen Thema der deutschen Teilung: „Grenzübertritte“, „Flucht und Ausreise“, „Geteilte Geschichte(n)“ und „Ankommen in der Fremde“. Die Idee für das Projekt lieferten 2020 die Sozialanthropologin Sarah Fichtner und die Historikerin Anja Werner mit ihrem Motion Comic „Geisterzüge“⁴. Er erzählt aus Sicht zweier Kinder eine Geschichte über die Berliner U-Bahnen, die Ost-Berliner Gebiet unterquerte, aber dort nicht anhielt.

Die beiden Wissenschaftlerinnen konzipierten das MoCom-Projekt und sind Teil des interdisziplinären Teams. Die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt ist Trägerin des Projektes. Angesiedelt ist es bei der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn. Lisa Hölscher ist Projektleiterin. In dieser Funktion begleitet sie auch die Projektgruppen.



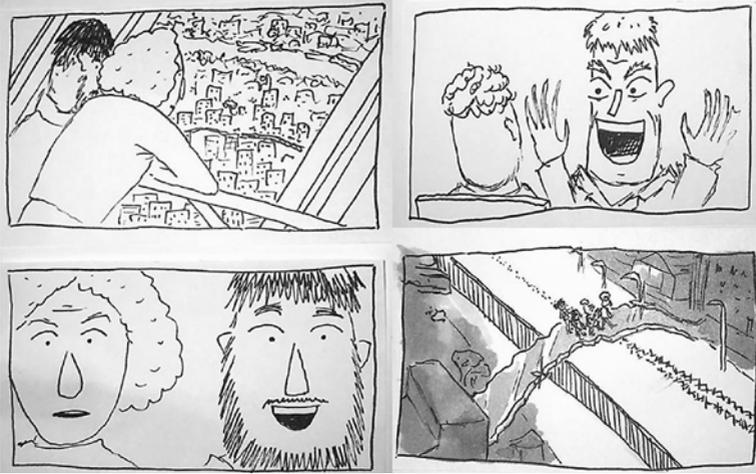
Vom ersten Kennenlernen bis zur Premiere koordiniert sie (Online-)Treffen, unterstützt die Gruppen bei der Materialauswertung, der Entscheidungsfindung und der Entwicklung der Erzählung. Daneben organisiert sie gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen der GDT Marienborn die Verwaltung. Möglich ist das MoCom-Projekt durch das Bundesprogramm „Jugend erinnert“ in der Förderlinie SED-Unrecht der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien, die durch Eigenmittel der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt aufgestockt werden.

Das Projekt verfolgt insgesamt drei Ziele: Der Fokus liegt, erstens, auf der Partizipation der Zielgruppe bei der Entwicklung der Bildungsformate. Im langwierigen und spannenden Arbeits- und Produktionsprozess setzen sich die Teilnehmenden kritisch mit der Repräsentation von Geschichte(n) auseinander. Wie der Projekttitel schon andeutet, werden die Teilnehmenden ausdrücklich ermutigt, eigene Migrationserfahrungen (oder die ihrer Familie) und aktuelle Grenzübertritte zu thematisieren. Denn eigene Lebenswelten als Anknüpfungspunkt und die Verbindung von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft sind notwendig, damit sich Lernende historisch orientieren und interessieren können.⁵

Dadurch sollen die MoComs, zweitens, Perspektiven auf das Leben im geteilten Deutschland beleuchten, die bisher vergleichsweise wenig Aufmerksamkeit in der Geschichtsvermittlung erhalten. Dazu gehören insbesondere Erfahrungen von Personen mit Migrationshintergrund. Drittens sollen pädagogische Begleitmaterialien die MoComs an Schulen und außerschulische Lernorte tragen.

Die Genese eines Motion Comics

Gemäß der partizipativen Ausrichtung des Projektes stehen die Teilnehmenden während der gesamten Entstehung ihres MoComs im Vordergrund. Mit einem Auftaktworkshop in der GDT Marienborn beginnt für die jeweiligen Gruppen die circa neunmonatige Projektzeit. Die Gedenkstätte bildet einen hilfreichen Ausgangspunkt für die eigene Erinnerungsarbeit. Der ehemals größte innerdeutsche Grenzübergang veranschaulicht das repressive und brutale Grenzregime der DDR. Dies geschieht nicht abstrakt, sondern anhand persönlicher Geschichten und verschiedener Perspektiven – von der alltäglichen Arbeit der Beschäftigten bis hin zu dramatischen Fluchtversuchen. Wichtiger Bestandteil des Workshops sind Gespräche mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen. Außerdem arbeiten sich die Teilnehmenden je nach Vorkenntnissen in den



Ausschnitt der Thumb Nails des zweiten Motion Comics „Die Dichte von Freiheit“

historischen Kontext ein. Die Teilnehmenden lernen einander, das Projektteam und die Künstlerinnen sowie Künstler kennen. Letztere fertigen später die Zeichnungen und den Schnitt des MoComs an.

Der anschließende Arbeitsprozess findet online statt. Während sich die Teilnehmenden methodisch auf ihre eigene Erinnerungsarbeit vorbereiten⁶, begeben sie sich auf die Suche nach Zeitzeuginnen und Zeitzeugen in ihrem eigenen Umfeld. Sie sammeln Erinnerungen und dazugehörige Materialien, wie Fotos oder Objekte, und dokumentieren die Gespräche. Mit der gemeinsamen Besprechung des gesamten Materials beginnt einer der sowohl wichtigsten als auch schwierigsten Arbeitsschritte: Die Teilnehmenden müssen über die Story des MoComs entscheiden. Es werden (mindestens) zwei zueinander passende Geschichten ineinander verwoben. So entsteht mithilfe beider Erzählstränge eine Gesamterzählung. Ist der Handlungsrahmen festgelegt, verfassen die Teilnehmenden das Manuskript für die Audiospur⁷. Wenn es nach mehreren Überarbeitungsschleifen letztlich fertiggestellt ist, beginnt die Arbeit der Kunstschaffenden. Sie übersetzen die Erzählung visuell zunächst in kleinformatige Entwürfe,



sogenannte Thumb Nails. Nach einer gemeinsamen Entwurfsbesprechung fertigen sie die tatsächlichen Zeichnungen an. In dieser Zeit sammeln die Teilnehmenden notwendige Musik und Geräusche und sprechen das Manuskript ein, indem sie es vorlesen und mit einem Audioaufnahmegerät aufnehmen.⁸ Im Videoschnittprogramm werden die Zeichnungen nun teils animiert und mit dem Audiomaterial unterlegt.

Parallel zum Produktionsprozess findet die Arbeit am Begleitmaterial statt. Hierin finden im MoCom nicht genutzte Erinnerungen, kontextualisierende Beiträge und Informationen Raum. Vorangestellt ist eine ausführliche Einführung für die Verwendung der MoComs an Schulen und außerschulischen Lernorten. Die Teilnehmenden verfassen selbst Beiträge, die das MoCom-Team mit didaktischen Hinweisen versieht. Die fertigen Motion Comics und das pädagogische Begleitmaterial sind auf der Projektwebseite⁹ zu finden; das Begleitmaterial wird auch als Druckexemplar zur Verfügung gestellt. Am Schluss des Arbeitsprozesses steht die Premiere des MoComs. Die öffentliche Veranstaltung ist in ein Rahmenprogramm der GDT Marienborn eingebettet. An die Vorstellung der Produktion schließt sich ein Podiumsgespräch mit den Teilnehmenden an. Eine solche öffentliche Besprechung und Anerkennung ihrer langwierigen Arbeit verstärkt abschließend nochmal ein Gefühl der Selbstwirksamkeit.

Der Arbeitsprozess der jeweiligen Arbeitsgruppen (AG) muss fortführend evaluiert und bezüglich der Kapazitäten der Jugendlichen und jungen Erwachsenen und der Gruppendynamik angepasst werden. Die Teilnehmenden machen neben Schule, Studium oder Arbeit in ihrer Freizeit im Projekt mit. Unter ihnen sind/waren beispielsweise eine kürzlich aus Kabul geflüchtete Afghanin; eine Studentin, die selbst Zeitzugin ist; und ein Graphic Novel-Autor, der in seiner Arbeit aktuelle Fluchten über das Mittelmeer thematisiert. Diese heterogenen Gruppen (insbesondere der AG 1 und 2) sind für die Organisation teilweise herausfordernd, ermöglichen aber ebenso einen spannenden Austausch.

Pandemiebedingt konnte für die AG 1 und 2 leider kein Auftaktworkshop in Präsenz stattfinden. Die langfristige und intensive Zusammenarbeit in beiden Gruppen fand bis zur Premiere ausschließlich online statt. AG 3 hatte als erste Gruppe einen umfassenden Auftaktworkshop in Präsenz. Der Vergleich macht deutlich, dass ein persönliches Kennenlernen und das multi-sensorische Erleben der GDT Marienborn inhaltlich und zwischenmenschlich für den weiteren Arbeitsprozess sehr wichtig ist. Trotzdem zeigt das MoCom-Projekt, dass ein virtuelles Zusammenarbeiten inklusive



Zeichnungen aus dem Motion Comic „Geisterzüge“

komplexer Produktionsprozesse in der politisch-historischen Bildungsarbeit möglich sind.

Erzählte Geschichte(n): Der aktuelle Arbeitsstand

Das belegen auch die bisherigen Ergebnisse des Projektes: Der erste MoCom „Grenzübertritte“ ist im Juni 2022 erschienen. Die AG 1 erzählt in „Grenzübertritte“ und dem dazugehörigen Begleitmaterial unter anderem die Flucht des jungen Iraners Reza in das geteilte Berlin. Obwohl ihn aufgrund seiner Nähe zum Kommunismus die DDR attraktiver erschien, ahnte er bereits, dass er dort nicht bleiben könne. Nachdem das SED-Regime ihn in die Bundesrepublik abgeschoben hatte, reiste er später in einem Kofferraum versteckt von Westdeutschland nach West-Berlin und wieder zurück. Beides überraschte uns alle und ließ auch unterschiedliche Emotionen aufkommen. Zunächst erscheint sein Wunsch kaum verständlich, ausgerechnet in die DDR einwandern zu wollen. Solche Irritationen können in der Bildungsarbeit nützlich sein. Sie werfen Fragen auf, die zum weiterführenden Lernen anregen.¹⁰ Die Teilnehmenden der AG 1 knüpften ausgehend von Rezas Geschichte auch an der Gegen-



wart an und diskutierten beispielsweise die Residenzpflicht für Asylbewerbende und aktuelle Fluchtbewegungen aus der Ukraine. Rezas Geschichte wird kontrastiert mit einer „klassischeren“ Fluchtgeschichte: Die junge DDR-Bürgerin Anna will mit ihrem Neugeborenen über die ungarisch-österreichischen Grenze zu ihrem Partner fliehen.

Der zweite MoCom „Die Dichte von Freiheit“ befindet sich zum Redaktionsschluss in der letzten Phase der Produktion und feierte am 25. März 2023 Premiere. Die Recherchen brachten Erinnerungen zutage, die nicht dem anfänglichen Oberthema „Flucht und Ausreise“ entsprechen. Der MoCom beginnt damit, dass sich Johanna und Ernest an ihre Besuche des Berliner Alexanderplatzes zurückerinnern. Johanna zeigt einem rumänischen Gast das Aushängeschild Ost-Berlins, während Ernest mit der Überwachung und der Staatsmacht der DDR konfrontiert wird. Beide beginnen so über die Grenzen von Freiheit in der Diktatur nachzudenken. Ihre Reflexion der Vergangenheit bildet einen roten Faden, wobei das Gedächtnis als subjektive Wahrnehmung transparent gemacht wird. Auf kreative Art und Weise regt der MoCom also den kritischen Umgang mit schriftlichen Quellen und Zeitzeuginnen und Zeitzeugen an.

Als kreatives Medium lassen Motion Comics die starren Grenzen zwischen Dokumentation und Fiktion verschwimmen, ohne dabei historische Fakten außer Acht zu lassen. Der Konstruktionscharakter von Geschichte wird so transparent: Einzelne Erinnerungen oder Details in beiden MoComs wurden angepasst oder entfremdet, sei es auf Wunsch der Zeitzeuginnen und Zeitzeugen oder um eine runde Erzählung zu ermöglichen.¹¹

Die AG 3 entwickelt momentan die Erzählung für ihren MoCom zum Thema „Geteilte Geschichte(n)“. Dieser wird Ende Juni 2023 veröffentlicht. Die vierte und letzte Projektgruppe beginnt im März und setzte sich aus Studierenden der Public History an der Freien Universität Berlin zusammen. Sie können sich die Teilnahme als Alternative zu einem Praktikum anrechnen lassen und werden – anders als die vorherigen Projektgruppen – zusätzliche didaktische Materialien und Konzepte erstellen.

Schluss

Mit dem Projekt „Motion Comics als Erinnerungsarbeit“ befinden sich die Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn und die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt in einer Vorreiterrolle: Sowohl das Medium selbst als auch der partizipative Ansatz des Projektes sind in der Gedenkstättenzene keinesfalls üblich. Mehr noch: In der

Konstruktion des Projektes greifen die gesetzten Ziele ineinander. Die Wirkmacht der Jugendlichen und jungen Erwachsenen über die erzählten Geschichten garantiert, dass sie für die angestrebte Zielgruppe im Schulunterricht attraktiv sind und trägt zugleich bisher kaum beachteten Perspektiven in die Bildungsarbeit. Das Begleitmaterial – zusammengestellt von den Teilnehmenden selbst – erweitert den Fokus zusätzlich und stellt die weitere Nutzung sicher, indem es den Einsatz im Unterricht unterstützt. Auf diese Weise finden die Erinnerungen und Geschichten an die deutsche Teilung weit über den Einzugsbereich der GDT Marienborn hinaus ihren Weg in die moderne historisch-politische Bildung.

Anmerkungen

- 1 Anders als im Animationsfilm wird die Handlung selbst aufgrund der limitierten Animation stärker durch den Text bzw. den Ton getragen, wobei die gezeichneten Bilder die Stimmung und emotionale Wirkung der Erzählung stärken.
- 2 *Motion Comics* existieren bereits seit ungefähr 1966, wenn auch noch nicht unter diesem Begriff.
- 3 Vgl. dazu das Motion Comic-Projekt des Lernortes Kislau. Die dortigen Produktionen entstanden allerdings nicht unter Mitwirkung von Jugendlichen. Online unter <https://lernort-kislau.de/geschichtsportal/motion-comics/> [Stand 28.02.2023].
- 4 Aghalouie, Azam(u.a.): Geisterzüge, 2022, 10:01 Minuten, online unter: <https://www.youtube.com/watch?v=URueqZ8hB34> [Stand 28.02.2023].
- 5 Vgl. Becker, S.: Einführung in die Grundlagen der Fachdidaktik, online unter https://geoges.ph-karlsruhe.de/wiki/index.php/Einf%C3%BChrung_in_die_Grundlagen_der_Fachdidaktik#Historisches_Lernen [Stand vom 30.01.2023]; und Schreiber, Waltraud: Historisches Lernen und Lebenswelt, in: Weber, Barbara / Stalla, Bernhard / Merkel-Trinkwalder, Petra (Hrsg.): Phänomenologische Dimensionen der Bildungsanthropologie. Interdisziplinäre Forschungsbeiträge im Fokus ethischer Verantwortlichkeit, Regensburg 2005, S. 323.
- 6 Die methodische Vorbereitung beinhaltet die Auseinandersetzung mit beispielsweise folgenden Fragen: Welche ethischen und organisatorischen Aspekte gilt es bei Gesprächen mit Zeitzuginnen und Zeitzugenen zu beachten? Welche Rolle spielen Objekte und Gegenstände und warum können sie hilfreich dafür sein, Erinnerungen zu wecken? Welche Möglichkeiten gibt es für die Dokumentation von Interviews?



- 7 Die Projektgruppe ergänzt ihr Manuskript zum einen mit Hinweisen und Wünschen bezüglich der visuellen Umsetzung. Die Kunstschaffenden entscheiden mit ihrer Expertise selbst, inwiefern sie diese umsetzen können. Zum anderen stellt die Gruppe eine Sammlung von recherchiertem Fotomaterial zu (historischen) Objekten oder Handlungsorten zusammen, die als Visualisierungshilfen dienen.
- 8 Je nachdem, welche Stimmen benötigt werden, sprechen auch Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, deren Erinnerung im MoCom einfließen, Teile des Manuskriptes ein. Wenn notwendig kümmert sich das MoCom-Team auch selbst um Aufnahmen und Sprecherinnen und Sprecher.
- 9 Vgl. <http://mocom-memories.de/>
- 10 Vgl. Schultheis, Klaudia: Das Unerwartete als pädagogische Chance. Historische und aktuelle Einblicke in den Umgang mit Irritation in der Erziehung, in: Gugutzer, Robert / Uzarewicz, Charlotte u.a. (Hrsg.): Irritation und Improvisation. Zum kreativen Umgang mit Unerwartetem, Freiburg 2018, S. 156.
- 11 Die Geschichte von Anna (Pseudonym) in „Grenzübertritte“ stammte aus zweiter Hand und es bestand kein Kontakt zur ihr. Deshalb wurde die Geschichte soweit angepasst, dass die Person nicht wiederzuerkennen wäre. Für die Geschichte von Johanna in „Die Dichte von Freiheit“ kombinierten wir in Absprache mit ihr zwei Erinnerungsfragmente zu einer Geschichte.



Preview des Dokumentarfilms in der KZ-Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge am 26.04.2023: v.l.n.r.: Per Leo, Matthias Schmidt, Anmais Roth, Annett Meltschack (MDR).

Rezension „Unter Deutschen. Zwangsarbeit im NS-Staat“. 3-teilige Dokumentationsreihe von Matthias Schmidt.

Gero Fedtke

An dem Podiumsgespräch zur Preview des Dokumentarfilms in der Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge, so stellt ein Teilnehmer aus dem Publikum fest, nehme neben dem Regisseur und der Redakteurin von Arte/MDR auch ein „Zeitzeuge“ teil. Zunächst muss man innerlich schmunzeln: Per Leo, Jahrgang 1972, ist kein Zeitzeuge für die Zwangsarbeit im nationalsozialistisch beherrschten Europa, über die die Filmtrilogie berichtet. Der Schriftsteller ist ein Protagonist des Films, denn er hat sich in mehreren Werken mit seinem Großvater auseinandergesetzt, der als Abteilungsleiter im Rasse- und Siedlungshauptamt der SS darüber entschied, ob der „Rassenschande“ beschuldigte osteuropäische Zwangsarbeiter als „eindeutschungsfähig“ galten oder nicht – und damit darüber, ob sie eine Überlebenschance hatten oder hingerichtet wurden.



Tatsächlich kommen in dem Film keine Zeitzeugen der Erlebnisgeneration zu Wort. Denn die exemplarisch ausgewählten Personen, anhand derer die Autoren Matthias Schmidt und Vít Poláček sich dem Thema nähern, sind bereits gestorben. Es sind die Kinder oder Enkel ehemaliger Zwangsarbeitenden und ehemaliger Nationalsozialisten, die als Protagonistinnen und Protagonisten des Films von ihren Eltern oder Großeltern berichten. Mit diesem Zugang haben die Autoren eine überzeugende Antwort auf die Frage gefunden, wie man nach dem Ableben der Erlebnisgeneration über die Verbrechen des Nationalsozialismus berichten kann. Denn die Kinder und Enkel erzählen in erster Linie nicht vom Schicksal ihrer Vorfahren, sondern von den Folgen dieses Schicksals für ihr eigenes Leben, von ihrer Suche nach und ihrer Auseinandersetzung mit dieser Geschichte, die auf allen Seiten nach dem Krieg in den Familien vorwiegend verschwiegen wurde. So werden aus den Einzelschicksalen Familiengeschichten. Damit überwinden Schmidt und Poláček nicht nur die etablierte Zeitzeugen-Funktion im Dokumentargenre; sie machen auch deutlich, warum es sich hier nicht um abgeschlossene Geschichte handelt, sondern eine Geschichte, die sehr gegenwärtig ist.

Aus nahezu dem gesamten nationalsozialistisch beherrschten Europa wurden während des Zweiten Weltkriegs Menschen zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt. Ohne ihre Arbeitskraft hätte das Deutsche Reich seine Kriegsanstrengungen nicht aufrechterhalten können. Der polnische Schuhmacherlehrling Josef Bednarz, der 1941 nach Süddeutschland verschleppt wurde und auf Bauernhöfen arbeiten musste, steht stellvertretend für den Sektor Landwirtschaft, in dem schon kurz nach Kriegsbeginn die Zwangsarbeit von Kriegsgefangenen begann. Sein Schicksal auf verschiedenen Bauernhöfen macht deutlich, dass die deutsche Zivilbevölkerung sehr wohl Spielräume hatte, die Ihnen unterstellten Menschen besser oder schlechter zu behandeln. Als seine Tochter später von der schlechten Behandlung erfuhr, hatte es Konsequenzen für ihr Verhältnis zu ihren Nachbarn. François Cavanna aus Frankreich, später einer der Mitbegründer der Zeitschrift Charlie Hebdo, und Jan Šefl aus Tschechien wurden im Rahmen angeordneter Zwangsrekrutierungen verschleppt. Jan Šefl gelangte nach Norwegen, womit im Dokumentarfilm auch das große Spektrum der Zwangsarbeit im besetzten Europa angedeutet wird. Zwangsarbeit leisten mussten auch in Konzentrationslager verschleppte politische Gegner, wie die Tschechin und Wiener Widerstandskämpferin Irma Trksak. Für als jüdisch verfolgte Menschen konnte die Zwangsarbeit

ein Mittel zu ihrer Vernichtung sein, insbesondere aber Aufschub oder gar Rettung vor der Vernichtung bedeuten. Dies wird deutlich an der Geschichte des niederländischen jüdischen Mikrobiologen Ellis Hertzberger und dessen späterer Frau, damals seine Assistentin, Jenny Gold. Es waren überwiegend junge Menschen, die für die Zwangsarbeit rekrutiert wurden und über alle ideologischen Grenzen hinweg auch gegen den Kontrollwillen des Regimes und seine drakonischen Strafen zusammenfanden. Unter dem Titel „Verbotene Liebe“ führt der zweite Teil dies am Beispiel Joseph Bednarz aus, der sich ausgerechnet in die Tochter eines NS-Funktionärs verliebte und damit sein Leben riskierte, Stichwort: „Rassenschande“. Auch viele Varianten des Widerstandes von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern werden durch die individuellen Geschichten beleuchtet: Sabotage, Selbstverstümmelung, Flucht.

Schmidt und Poláček gelingt es, vielfältige Aspekte des Themas in ihrem Film aufzufächern und angemessen zu kontextualisieren. Sie thematisieren die wichtigsten Etappen des Zweiten Weltkriegs, die nationalsozialistische Rassenideologie samt der resultierenden Hierarchie mit abgestuften Kennzeichnungspflichten und Regelungen für zivile Zwangsarbeitende aus verschiedenen Ländern. Diese Hierarchie hatte europaweit Konsequenzen, wie es in der Geschichte des nach Norwegen verschleppten Jan Šefl sichtbar wird: Die als „arisch“ eingestufteten Norweger blieben weitestgehend von Zwangsarbeit verschont; dafür wurden nach Norwegen verbrachte sowjetische Staatsangehörige – wie es auch Jan Šefl registrierte – besonders schlecht behandelt. Šefl hatte als Tscheche eine gewisse Bewegungsfreiheit, was es einer norwegischen Familie ermöglichte, ihm zu helfen. Die europaweite Rekrutierung war nur durch einen organisierten Apparat möglich, den der Film in seinen Grundzügen vorstellt: den deutschen Soldaten folgten die Arbeitsämter, die die lokale Bevölkerung erfassten, der „Generalbeauftragte für den Arbeitseinsatz“ Fritz Sauckel koordinierte und organisierte die Verschleppung, die „Organisation Todt“ und das von Albert Speer geleitete Rüstungsministerium verteilten die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter an die deutsche Industrie oder eigene Bauvorhaben. „Anwerber“ waren unterwegs, um die erforderliche Anzahl von Arbeitskräften in den besetzten Gebieten zu beschaffen, und setzten dabei skrupellos auf Gewalt, wie Cajetan Graf von Spreti, dessen Sohn Wilhelm davon berichtet, wie ihn ein Foto seines Vaters in einer Ausstellung im NS-Dokumentationszentrum in München zur kritischen Auseinandersetzung animierte. Von Spreti war in der Ukraine unterwegs. Die typische Zwangsarbeiterin wiederum





Plakat zum Film.

war, wie es Ulrich Herbert einmal zuspitzte, eine junge Frau aus der Ukraine. Für diese Gruppe steht im Film Jewgenija, Mutter der Schriftstellerin Natascha Wodin. Im besetzten Mariupol war sie ausgerechnet für das deutsche Arbeitsamt tätig, was sie in den Augen der Sowjetmacht zur Kollaborateurin machte. Daher floh sie mit den deutschen Truppen – und musste ihrerseits in der Rüstungsindustrie Zwangsarbeit leisten. Schmidt und Poláček schaffen es, sich hier zurückzunehmen und überlassen den Zuschauenden ihr eigenes Urteil.

Es ist gut und wichtig, dass Schmidt und Poláček der Nachkriegszeit bis in unsere Jetztzeit nicht weniger Aufmerksamkeit schenken als der Kriegszeit. So fassen sie das Verhalten der deutschen Bevölkerung in die Formel: „Die Frauen nähten, die Männer schwiegen.“ Überhaupt ist der Kommentartext reich an pointierten kritischen Zusammenfassungen. Die Autoren bearbeiten die allenfalls rudimentäre Bestrafung von Tätern und deren Rückkehr in die deutsche Gesellschaft, das späte Mehr-Wissen-Wollen der „68er“, die Weigerung von Firmen und westdeutschem Staat, Schuld und Verantwortung anzuerkennen (was nicht nur für deutsche Firmen gilt): „Bürokraten haben keinen Schmutz an den Ärmelschonern, sondern nur ihre Arbeit gemacht“. Die DDR kommt nur kurz vor – aber immerhin finden Unterschiede und Gemeinsamkeiten beider deutscher Nachkriegsstaaten auch ihren Platz. Die erst nach der deutschen Einheit und auch nur auf externen Druck eingerichtete Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft und die über die Stiftung EVZ erfolgten Auszahlungen im Gegenzug gegen abschließenden Verzicht auf weitere Ansprüche ehemaliger Zwangsarbeitenden – wenn diese wie die italienischen Militärinternierten nicht von den Zahlungen ausgenommen waren – würdigt der Film angemessen kritisch.

Wie sehr und wie unterschiedlich die Zwangsarbeit der Eltern das Leben ihrer Nachkommen prägte, zeigen die Protagonistinnen und Protagonisten auf ganz verschiedene Weise. Damit wirft der Film Schlaglichter auf eine bisher wenig beleuchtete Dimension deutscher (und österreichischer) Nachkriegsgeschichte. Allein schon deshalb sollte man ihn sehen. Irma Trksaks Sohn beschreibt seine Kindheit: „Wir waren bei den Ravensbrückerinnen [...] das waren die ganz lieben Tanten, die mich auf den Schoß genommen haben, die mir ein Zuckerl gebracht haben. Für mich war das so selbstverständlich mit dem KZ. [...] Man geht in den Kindergarten, man geht in die Schule, man lernt einen Beruf, irgendwann einmal geht man dann arbeiten, dazwischen ist man im KZ. [...] Irgendwie, das hat man so, man war mal im KZ.“ Natascha Wodin musste als rassistisch exkludiertes „Russenskind“ aufwachsen; ihre Mutter nahm sich das Leben. Josef Bednarz hingegen blieb, heiratete, legte sich ein akzentfreies Deutsch zu und führte ein augenscheinlich „normales“ Leben als mehrfacher Familienvater mit größtmöglicher Assimilation. Wieviele Deutsche haben eigentlich ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter unter ihren Eltern und Großeltern? Auf der anderen Seite zeigen Per Leo, Wilhelm von Spreiti und Amella Mai Nachgeschichten in den Familien von Nationalsozialisten – einschließlich des Eingeständnisses von Amella Mai,



ihre gegen das widerständige Schweigen in der Familie geführten Recherchen doch nicht bis zu dem Punkt geführt zu haben, an dem mögliche konkrete Verbrechen ihres Großvaters hätten offenbar werden können.

Insgesamt ist der Film gründlich recherchiert und fachlich fundiert. Dies gilt trotz mancher Unschärfen, beispielsweise mangelnder Trennung ziviler Zwangsarbeit von KZ-Zwangsarbeit oder der von Kriegsgefangenen – wie letztere überhaupt sehr wenig thematisiert werden. Da der Film jedoch deutlich macht, dass die Lebens- und Arbeitsumstände und Überlebenschancen sowohl von den Orten der Zwangsarbeit wie der Einstufung in der NS-Rassenhierarchie abhingen, ist dies verzeihlich. Typisch für die zentraleuropäische Wahrnehmung ist die Vermengung von „russisch“ und „sowjetisch“; nicht erst der Krieg Russlands gegen die Ukraine gibt Anlass, hier präziser zu sein. Ärgerlich ist die kurze Darstellung des Kniefalls von Warschau, denn diese erzählt der sonst so kritische Film ausschließlich als Teil deutsch-polnischer Beziehungen und bedient damit gleich zwei problematische Narrative. Brandt legte je einen Kranz am Grabmal des unbekanntes Soldaten sowie am Ghetto-Ehrenmal nieder. Aufnahmen der beiden Kranzniederlegungen sind im Film so zusammengeschnitten, dass sie wie von einer Niederlegung wirken, begleitet von dem Kommentar, Brandt habe sich „spontan zu einer großen Geste der Versöhnung“ entschlossen. Eine „Geste der Versöhnung“ war der Kniefall jedoch nicht. Es ist vielmehr heutige deutsche Politik, sich für eine zu Versöhnung bedanken, die so explizit gar nicht angeboten wurde.¹ Brandt sagte später, er habe um Verzeihung gebeten und gebetet. Seine „Geste“ am Ghetto-Ehrenmal galt den jüdischen Opfern des Holocaust, gleich, wessen Staates Bürger sie waren. Es ist seit längerem polnische Regierungspolitik, den Kniefall zu einem Teil deutsch-polnischer Beziehungen umzudeuten und einer Erinnerungspolitik unterzuordnen, die polnische Kollaboration und Beteiligung am Holocaust negiert (polnische Historikerinnen und Historiker, die dies thematisieren, werden gar mit Klagen konfrontiert) und stattdessen den polnischen Opferstatus betont. Es war aber niemand im Ghetto, weil die Nationalsozialisten ihn oder sie als Polen oder Polin verfolgt hätten, sondern als Jüdin oder Juden.

Insgesamt ist „Unter Deutschen“ aber sehr zu empfehlen. Es ist beeindruckend, wie es den Filmemachern gelingt, die vielen Fäden zusammenzuhalten, die Biographien von Eltern, Kindern und Enkeln mit den zahlreichen Aspekten des Themas und seiner Kontexte zu verweben, und dabei die Zuschauenden nicht zu verwirren. Wer sich

umfassend über das Thema informieren möchte, wird derzeit keinen besseren Dokumentarfilm finden.

Anmerkungen

- 1 Siehe dazu z.B. Czollek, Max: Versöhnungstheater, München 2023.



Anhang

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

Stine Albrecht ist Studentin an der Kunsthochschule Burg Giebichenstein in Halle (Saale). | **Prof. Dr. Frank Bajohr** ist Wissenschaftlicher Leiter des Holocaust-Zentrums am Institut für Zeitgeschichte, München. | **Dr. Nicolas Bertrand** war bis April 2023 Leiter der Gedenkstätte für die Opfer des KZ Langenstein-Zwieberge. | **Gesine Daifi** ist pädagogische Mitarbeiterin der Gedenkstätte für die Opfer des KZ Langenstein-Zwieberge. | **Prof. Dr. Dan Diner** ist emeritierter Professor für Moderne Geschichte an der Hebräischen Universität Jerusalem. | **Dr. Gero Fedtke** ist Leiter der Gedenkstätte für die Opfer des KZ Langenstein-Zwieberge. | **Joachim Grossert** war Sachgebietsleiter Kultur im Landkreis Bernburg. | **Lisa Hölscher** ist Projektleiterin „MoCom: Motions Comics als Erinnerungsarbeit“ des Bundesförderprogramms „Jugend erinnert“. | **Tina Kröger** ist Lehrerin am Gymnasium Martineum Halberstadt. | **Dr. Kai Langer** ist Direktor der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt. | **Felix Ludwig** ist kommissarischer Leiter der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn. | **Dr. Katja Makhotina** ist Osteuropahistorikerin an der Universität Bonn. | **Reinhard Neumann** war Dozent an der Fachhochschule der Diakonie und Historiker an der Evangelischen Bildungsstätte für Diakonie und Gemeinde der v. Bodelschwinghschen Stiftungen Bethel. | **Dr. Sebastian Putz** ist Vorsitzender des Stiftungsrats der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt und Staatssekretär für Kultur in der Staatskanzlei und Ministerium für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt. | **Shania Timpe** ist Studentin an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Fotonachweis

Titelbild: Enrico Kreim

S. 3: Marc Erwin Babej | S. 14 / 21 / 23: Enrico Kreim | S. 19: Bildung & Beratung Bethel | S. 28 / 32 / 34 / 39 / 41: Katja Makhotina | S. 44: Michael Viebig | S. 46: Archiv des Gertraudenfriedhofs: Kopie der Karteikarten mit den Register-Nummern 7466; 5488; 3201. | S. 48: Stadtarchiv Halle, Bestand Standesamt Ammendorf, Nr. 168 aus 1944 / S. 50: Quelle: Universitätsarchiv Halle-Wittenberg, Rep. 29, Nr. 1396 | S. 59 / 64 / 81: Kai Langer | S. 69: Anett Gottschalk | S. 71: Sammlung Joachim Grossert | S. 78 / 79 / 85: Sammlungsbestand Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge | S. 89: Marc Buyny | S. 91: Azam Aghalouie und Hassan Tavakoli | S. 95: Kerstin Gensel-Dittmann | S. 98: Arte / MDR

Impressum

Herausgeberin: Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt | Umfassungsstraße 76 | 39124 Magdeburg
Tel. 0391 244 55-930 | Fax -998 | Mail: info-geschaeftsstelle@erinnern.org

Redaktion: Kai Langer (v.i.S.d.P.), Matthias Ohms, Gero Fedtke

Gestaltung | Druck: laut wie leise, Halle | Halberstädter Druckhaus GmbH

ISSN-Nr.: 2194-2307

Spendenkonto: IBAN: DE74 8100 0000 0081 0015 16 | BIC: MARKDEF1810

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Herausgeberin dar. Für die inhaltlichen Aussagen sowie für die Veröffentlichungsrechte der verwendeten Fotos tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt wird gefördert durch das Land Sachsen-Anhalt.



SACHSEN-ANHALT

#moderndenken

Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin

Prettiner Landstraße 4 | 06925 Annaburg, OT Prettin | Tel.: (035386) 60 99 75 | Fax (035386) 60 99 77
mail: info-lichtenburg@erinnern.org | Öffnungszeiten: Dienstag bis Donnerstag 09:00 bis 15:30 Uhr
Freitag 09:00 bis 13:00 Uhr | jeder letzte Sonntag im Monat 13:00 bis 17:00 Uhr
An den gesetzlichen Feiertagen ist die Gedenkstätte geschlossen.

Gedenkstätte für Opfer der NS-„Euthanasie“ Bernburg

c/o Fachklinikum für Psychiatrie Bernburg | Olga-Benario-Str. 16/18 | 06406 Bernburg
Tel.: (03471) 31 98 16 | Fax (03471) 64 09 691 | mail: info-bernburg@erinnern.org
Öffnungszeiten: Dienstag bis Freitag 09:00 bis 16:00 Uhr | jeder erste Sonntag im Monat 10:00 bis 16:00 Uhr
sowie nach Vereinbarung | An den gesetzlichen Feiertagen ist die Gedenkstätte geschlossen.

Gedenkstätte für die Opfer des KZ Langenstein-Zwieberge

Vor den Zwiebergen 1 | 38895 Langenstein | Tel.: (03941) 56 73 26 | Tel./Fax (03941) 30 248
mail: info-langenstein@erinnern.org | Öffnungszeiten (Dauerausstellung): Dienstag bis
Freitag 09:00 bis 15:30 Uhr | Stollenabschnitt: April bis Oktober jedes letzte Wochenende im Monat
14:00 bis 17:00 Uhr und für angemeldete Gruppen nach Vereinbarung. Das Freigelände ist tagsüber zugänglich.

Gedenkstätte Feldscheune Isenschnibbe Gardelegen

An der Gedenkstätte 1 | 39638 Hansestadt Gardelegen | Tel.: (03907) 77 590 812 | Fax (03907) 77 590 820
Mail: info-isenschnibbe@erinnern.org | Öffnungszeiten: Dienstag bis Donnerstag: 09:00 bis 15:30 Uhr |
Freitag 09:00 bis 13:00 Uhr jeder letzte Sonntag im Monat 13:00 bis 17:00 Uhr | Das Freigelände ist
tagsüber zugänglich. | Führungen sind nach vorheriger Anmeldung möglich.

Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale)

Am Kirchtor 20 b | 06108 Halle | Tel.: (0345) 470 698 337 | Fax (0345) 470 698 339
mail: info-roterochse@erinnern.org | Öffnungszeiten: Montag und Freitag 10:00 bis 14:00 Uhr
Dienstag bis Donnerstag 10:00 bis 16:00 Uhr | jedes erste Wochenende im Monat (Samstag und Sonntag)
13:00 bis 17:00 Uhr | An den gesetzlichen Feiertagen ist die Gedenkstätte geschlossen.

Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg

Umfassungsstraße 76 | 39124 Magdeburg | Tel.: (0391) 24 45 590 | Fax (0391) 24 45 599
mail: info-moritzplatz@erinnern.org | Öffnungszeiten: Montag bis Mittwoch 09:00 bis 16:00 Uhr Donnerstag
09:00 bis 18:00 Uhr | Freitag 09:00 bis 14:00 Uhr | jeder erste Sonntag im Monat 10:00 bis 16:00 Uhr
sowie nach Vereinbarung | An den gesetzlichen Feiertagen ist die Gedenkstätte geschlossen.

Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn

An der Bundesautobahn 2 | 39365 Marienborn | Tel.: (039406) 92 090 | Fax (039406) 92 099
mail: info-marienborn@erinnern.org | Öffnungszeiten: täglich 10:00 bis 17:00 Uhr
sowie nach Vereinbarung | Öffnungszeiten Grendenkmal Hötenleben: Das Freigelände ist jederzeit
zugänglich. Führungen sind nach Vereinbarung möglich.

Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt

Geschäftsstelle | Umfassungsstraße 76 | 39124 Magdeburg
Tel.: (0391) 244 55 930 | Fax (0391) 244 55 998
mail: info-geschaefsstelle@erinnern.org
web: www.erinnern.org

